

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. Behördlich bestimmte Blatt

**Bezugspreis** mit Illustr., Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.00 Mk. — Durch die Post bezogen 2.— Mk. ohne Beleggeld. Telefon Sammelnummer 72206  
**Volksredaktion:** Leipziger Buchdruckerei A. G., Leipzig Nr. 534 77

**Redaktion:** Leipzig, Taubner Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 72206. — **Verlag in Leipzig:**  
Taubner Straße 19/21 — Telephon 72206

**Anzeigenpreise:** Die 10 Geispart. Kolonelle 35 Pf., bei Platzverdrängung 40 Pf.  
Stellenangebote 10 Geispart. Kolonelle 25 Pf. Familienanzeigen von Verheiratheten 10 Geispart. Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklamezeile 2 Mk. Inserate v. a. ausm.: die 10 Geispart. Kolonelle 40 Pf. bei Platzverdrängung 50 Pf. Reklamezeile 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postämter entgegen

## Oesterreichs Bundespräsident

### Der christlich-soziale Miklas gewählt

SPD Wien, 5. Dezember.

Am Mittwochabend wurde der Präsident des österreichischen Nationalrates, Wilhelm Miklas, im dritten Wahlgang mit 84 Stimmen bei Stimmenthaltung der Sozialdemokratie zum Bundespräsidenten der österreichischen Republik gewählt. Auf den Polizeipräsidenten Schöber entfielen 26 Stimmen. Miklas ist auf vier Jahre gewählt.

Im ersten Wahlgang stimmten die Christlich-Sozialen für Miklas, die Sozialdemokraten für den ersten Staatskanzler der Republik, Dr. Renner, und die Landbündler für den Polizeipräsidenten von Wien, Johann Schöber. Die verfassungsmäßig vorgeschriebene absolute Mehrheit wurde für keinen der Kandidaten erreicht, so daß nachmittags um 6 Uhr ein zweiter Wahlgang erfolgte, der ebenfalls ergebnislos verlief. Die Sozialdemokratie beantragte daraufhin eine Unterbrechung der Bundesversammlung um 2 Stunden und beschloß in ihrer Fraktionsitzung, bei dem dritten Wahlgang leere Stimmzettel abzugeben, um die Wahl des bei der Wiener Bevölkerung wegen der Juli-Vorfälle im vorigen Jahre verhassten Polizeipräsidenten Schöber unter allen Umständen zu verhindern. Der dritte Wahlgang führte dann zur Wahl von Miklas.

Der neue Bundespräsident von Oesterreich hat als christlich-sozialer Abgeordneter eines niederösterreichischen Wahlkreises, wo er Direktor einer höheren Schule ist, bereits dem österreichischen Parlament angehört. In der vorläufigen Nationalversammlung war er es, der am 12. November 1918 für die Christlich-soziale Partei die Erklärung für die Republik abgab, was für diese Partei eine starke Wandlung bedeutete. Seit fünf Jahren ist Wilhelm Miklas Präsident der Nationalversammlung (neben unserem Genossen Matthias Eidersch) und er hat dieses Amt stets mit allgemeiner anerkannter Objektivität geführt. Als bei den Kund-

gebungen wegen des Kellnerstreiks im Wiener Café Drüch vor kurzem die sozialdemokratischen Abgeordneten Seidel und Jelenka widerrechtlich verhaftet wurden, hat Präsident Miklas sich mit aller pflichtmäßigen Energie für die Rechte des Parlaments gegen die Regierung und ihre Polizei eingesetzt. Miklas ist katholischer Konfessionsangehöriger.

### Erklärung der Sozialdemokraten

SPD Wien, 6. Dezember.

Der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten und Bundesräte veröffentlicht nachfolgende Erklärung:

Die Sozialdemokratische Partei war bereit, jedem außerhalb der Parteien stehenden Wahlbewerber, der die Achtung und das Vertrauen aller Parteien genießt, ihre Stimme zu geben, um die Wahl eines Ackerkulten zu verhindern. Die Großdeutschen und Landbündler haben jedoch die provokatorische Kandidatur des Johann Schöber aufgestellt. Damit war selbstverständlich jede Möglichkeit eines Zusammengehens mit den Großdeutschen und Landbündlern zur Wahl eines Nichtkandidaten geschwunden. Die Sozialdemokratische Partei hätte Herrn Dr. Hainisch oder jeden anderen außerhalb der Parteien stehenden freiheitlichen Ehrenmann einem Ackerkulten vorgezogen. Aber die Sozialdemokratie zieht jeden persönlich achtbaren Ackerkulten einem Johann Schöber vor. Daher hat der Verband, nachdem er in zwei Wahlgängen seine Stärke gezeigt hatte — sein Kandidat erhielt nur drei Stimmen weniger als der gewählte Bundespräsident — beschlossen, im dritten Wahlgang leere Stimmzettel abzugeben und dadurch den von den Großdeutschen und Landbündlern unternommenen Anschlag auf die Ehre der Republik und auf den Frieden in der Republik sofort und vollständig abzutun. Diese Entscheidung ist dem Verband am so leichter geworden, als der heute gewählte Herr Bundespräsident unbeschadet aller politischen Gegensätze als Präsident des Nationalrats das Vertrauen auch der sozialdemokratischen Abgeordneten erworben hat.

## Das Leipziger Messamt

Der Gegenwart für Subventionen

Auf Beschluß des Reichstages wurde im März dieses Jahres in den Etat des Reichswirtschaftsministeriums im Kapitel B 6 ein neuer Titel 10 eingefügt, nachdem zur Förderung des deutschen Ausstellungs- und Messewesens 1.200.000 Mark bewilligt wurden. Eine besondere Anmerkung dazu erklärt: „Davon für die Förderung der Leipziger Messe 800.000 Mark“. Die Stadt Leipzig zahlt dem Messamt eine offen ausgewiesene Subvention von 200.000 Mark unter der Voraussetzung, daß der sächsische Staat die gleiche Summe bewilligt. Demzufolge bezieht das Messamt nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge für das Jahr einen Betrag von 1.200.000 Mark, die vom Reich, von Sachsen und der Stadt Leipzig bewilligt werden.

Man kann über den Wert oder den Unwert dieser Subventionen geistlicher Meinung sein. Jedenfalls ist die Leipziger Messe gegenwärtig noch immer ein bedeutender Faktor im deutschen Wirtschaftsleben. Ein großer Teil der Subventionsbeträge fließt in die Propagandaabteilungen des Messamts. „Die Verlagsanstalt des Leipziger Messamts G. m. b. H., Leipzig, Postplatz 6,“ gibt unter dem Titel W. E. Z. eine besondere Wirtschafts- und Exportzeitung heraus. Sie firmiert als „Fachblatt für die deutschen Fertigwaren-Industrien“. Dieses Organ erscheint mit Ausnahme der Messen wöchentlich. In der Nummer 46 vom 14. November befindet sich u. a. ein Aufsatz, der mit dem Stichwort „Beneidenswerte Rücklagen“ versehen wurde.

Der Artikel befaßt sich mit den Leistungen der deutschen Sozialversicherung. In ihm sind alle jene Angriffe zusammengefaßt, die von der reaktionären Presse gegen die deutsche Sozialversicherung gerichtet wurden. Wir haben ganz gewiß keinen Anlaß, den heutigen Stand der Sozialversicherung als paradiesisch anzusehen, und gerade in diesen Spalten ist auf die Unzulänglichkeit der Versicherungsleistungen oft verwiesen worden. Dazu sei aber festgestellt, daß gerade diejenigen Parteien des Reichsparlaments, die politisch die Interessen der deutschen Fertigenindustrie vertreten, konsequent jede Verbesserung im Sinne der sozialdemokratischen Anträge verhindert haben. Das weiß naturgemäß auch die Redaktion der W. E. Z., trotzdem bringt das Organ des Messamts einen Aufsatz, der geradezu von Verdrehungen strotzt.

Mit den „beneidenswerten Rücklagen“ sind die Vermögensbestände gemeint, die die verschiedensten Versicherungsträger gesetzlich machen müssen. Der Verfasser, Meier ist sein Name, zeigt, daß die Vermögensbestände der Versicherungsträger am 1. Januar 1928 2668 Millionen Mark betragen haben. Herr Meier schildert die Kapitalnot in der gesamten Industrie, über die gewiß recht viel zu sagen wäre, und kommt dann zu folgendem Schluß:

„Zunehmend dürften die Rückstellungen keinen so starken Widerspruch gegen die sonstigen Leistungen einer Kaffe zeigen, wie es bei den Sozialversicherungen geschieht, denn die Leistungen sind oft geringfügig und werden zuweilen nur nach großen Bemühungen der Leistungsempfänger gezahlt.“

Was es mit den Rentenquerschnittsmethoden in der Unfallversicherung auf sich hat, das wurde in der Öffentlichkeit an der Hand Tausender von Beispielen dargelegt. Wenn aber der Verfasser dieses Aufsatzes in der W. E. Z. ungehindert über ungeschickliche Vergewaltigung von Geldern schreibt, dann werden sich für die Subventionen in Frage kommenden Instanzen mit diesen Propagandamethoden eingehend beschäftigen müssen. Er schreibt:

„Wesentlich freigebiger ist man (bei den Versicherungsträgern die Red.) bei den Verwaltungskosten.“

Der Verfasser weist auf die Zersplitterung in der Sozialversicherung hin. Die sozialdemokratische Fraktion hat immer auf Zusammenlegung hingedringt, und zuletzt war es der Hamburger Gewerkschaftskongress, der entsprechende Forderungen an die Reichsregierung gerichtet hat. Ob die Vertreter der Fertigwarenindustrie im Reichstage diesen Rationalisierungsvorschlägen beitreten werden, dürfte vorerst noch höchst zweifelhaft sein. Sie werden sich dazu nur entschließen wollen, wenn ein fiktiver Einfluß der Unternehmerinteressen in den Versicherungsträgern gesteigert wird. Um aber an der Hand eines konkreten Beispiels nachzuweisen, was es mit den Beschlüssen der W. E. Z. auf sich hat, nach denen man bei den Verwaltungskosten so freigebig ist, weswegen die Leistungen oft „geringfügig“ seien, und die „zuweilen nur nach großen Bemühungen der Leistungsempfänger gezahlt“ würden, sei auf die Allgemeine Ortskrankenkasse für die Stadt Leipzig hingewiesen.

Der Redaktion der W. E. Z. wäre es ein Leichtes gewesen, sich dieses Tatsachenmaterial zu verschaffen, um an der Hand dessen nachzuprüfen, inwieweit die Angriffe des Artikel-schreibers berechtigt sind. Das aber war nicht die Absicht der W. E. Z. Darum sei in aller Deutlichkeit und wiederholt festgestellt, daß die Leipziger Ortskrankenkasse vom Januar bis einschließlich Oktober 1928 Ausgaben in Höhe von 22.512.534 Mark machte. Davon wurden im gleichen Zeitraum für Sachleistungen (Arzthonorar, Krankenhausbehandlung, Heilmittel, Arznei usw.) 10.805.478 Mark ausgezahlt. In

## Hamburg und Preußen

Vor der Verständigung

SPD Hamburg, 5. Dezember.

Der preußische Ministerpräsident Dr. Braun wollte am Mittwoch in Hamburg. Abends wurde er durch den Hamburger Senat im Rathaus empfangen. Bürgermeister Dr. Petersen legte bei dieser Gelegenheit in einer längeren Rede ein Treuebekenntnis zum Einheitsstaat ab. Die Idee des Einheitsstaates gebe auch, wie Petersen betonte, sichere Gewähr, daß die zwischen Preußen und Hamburg schwebenden Verhandlungen zu einem erfolgreichen Ende geführt werden. Das große Problem, das diese Verhandlungen beherrsche, sei das Problem der Hafengemeinschaft. Weiter sei die Wohnungsfrage Gegenstand wichtiger Zusammenarbeit und es sei für die Arbeiterklasse nur zu wünschen, wenn auf der Grundlage einer Verständigung mit Preußen neue bessere Wohnungsmöglichkeiten erschlossen werden könnten. Die Rede Petersens schloß mit einem Hoch auf den preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun und die preußische Staatsregierung.

In seiner Antwort betonte der preußische Ministerpräsident, daß der Hamburger Bürgermeister nicht so sehr als Hamburger, sondern vielmehr als Deutscher gesprochen habe; diesem Beispiele werde er folgen. Durch die Verhandlungen zwischen Preußen und Hamburg seien die Voraussetzungen für eine gedeihliche Gesamtentwicklung eines großen Welthafens im Unterelbegebiet zum Nutzen Hamburgs, der umliegenden preußischen Gemeinden und zum Nutzen des gemeinsamen deutschen Vaterlandes geschaffen worden. Wenige Wochen gemeinsamer Arbeit hätten genügt, um das gesteckte Ziel zu erreichen. Wenn auch Einzelheiten noch zu regeln seien, so sei es doch gelungen, am Nachmittag bereits eine Vereinbarung zu unterzeichnen, die die wichtigsten Gebiete und die Grundlinien für die zukünftige Zusammenarbeit Hamburgs und Preußens festlegte.

Der preußische Ministerpräsident schloß seine Ausführungen mit der Hoffnung, daß dieses Beispiel Hamburgs und Preußens bahnbrechend und richtunggebend für die gesamte Neugliederung des Deutschen Reichs werden möge. Die Landesgrenzen seien im Falle Hamburg-Preußen zwar noch nicht beseitigt, aber sie seien überwunden worden, weil sich die Unterhändler bei diesen Verhandlungen nicht als Hamburger und nicht als Preußen fühlten.

### Der Kellogg-Pakt wird ausgeführt

Die Stoda-Werke (Tschekowolawski) errichten in Pischehischen eine neue Munitionsfabrik. Der diesbezügliche Vertrag der Gemeinde Pischehischen mit den Stoda-Werken wurde bereits seitens der Bezirksverwaltung von Staat genehmigt.

Der Schah von Persien hat nach Meldungen aus Teheran, an italienische und türkische Firmen Aufträge für den Bau von zwei Zerstörern und vier kleineren Kriegsschiffen erteilt.

## 36 Milliarden Reparationssumme?

SPD Brüssel, 5. Dezember.

Von gut unterrichteter Seite erfährt der Korrespondent des Sozialistischen Brüssel, daß die Einigung über die Gesamtsumme der Reparationen im Betrage von 36 Milliarden Mark nahe bevorzuehen soll. Die Zahlungsbedingungen für Deutschland sollen ziemlich günstig sein. Andererseits glauben die Alliierten jetzt mit einem starken Entgegenkommen Amerikas rechnen zu dürfen.

Die belgische Forderung auf Einföhrung der Papiermark wird lediglich in Reserve gehalten, um eine Herabsetzung der bisherigen Einkünfte Belgiens aus den Reparationen zu verhindern.

## Arbeiterpartei und Rheinlandpolitik

Fragen an Chamberlain

SPD London, 5. Dezember.

Im Unterhause kam am Mittwoch auf Veranlassung einer Reihe von Abgeordneten der Arbeiterpartei die Frage der Rheinlandbesetzung wiederum zur Sprache. Der Abgeordnete der Arbeiterpartei, Wedgwood, fragte den Außenminister, ob nach der Auffassung der Regierung die Räumung des Rheinlandes von der Zustimmung Deutschlands zu einer Neuregelung der Reparationsfrage abhängig gemacht werden solle. Als Antwort verlas der Außenminister auf seine am Montag abgegebene Erklärung. Wedgwood fragte hierauf, ob diese Antwort vom Montag die Regierung zu einer Unterstüfung der französischen Wünsche verpflichte, worauf Chamberlain die bezeichnende Antwort gab, eine derartige Frage wolle vorher eingereicht werden, da ihre Beantwortung „weit über Großbritannien hinaus gelesen“ werde.

In Beantwortung einer weiteren Frage stellte Chamberlain fest, er wisse nichts von einer offiziellen französischen Ausrüfung, wonach die Aufhebung der militärischen Kontrolle im Rheinland von der Durchführung eines Planes zur Liquidierung der deutschen Reparationsverpflichtungen abhängig gemacht werden solle. Chamberlains Aufmerksamkeit wurde hierauf von sozialistischer Seite auf die gemeinsame Erklärung Wilsons, Clemenceaus und Lloyd Georges im Juni 1919 gelenkt, in der eine von der heutigen offiziellen britischen Interpretation verschiedene Auslegung des Artikels 481 des Friedensvertrages gegeben worden sei. Der Außenminister erklärte, daß er von diesem Dokument Kenntnis genommen habe.



# Politischer Word in Polen

## Anschlag auf Wisludzi's Wache

SPD Warschau, 5. Dezember.

Am Mittwoch wurde der Kommandant der Wache vor dem Schloß Besondere, in dem Marschall Wisludzi wohnt, von einem unbekanntem Mann durch mehrere Revolverkugeln getötet. Eine sofort eingeleitete Untersuchung führte bisher noch zu keinem Ergebnis. Es wurde lediglich in dem angrenzenden Park ein früherer Soldat mit einem geladenen Revolver in der Tasche aufgefunden, der aber leugnet, mit dem Mord irgendwas zu tun zu haben. Die Polizei gibt an, daß es sich um einen Racheakt handle.

Nach weiteren Meldungen aus Warschau ist der Mörder ein gewisser Kossowski, ehemals Polizeilagerant und der Wache des Besondere-Schlusses zugeteilt. Er wurde wegen Trunksucht entlassen und hat den Mord begangen, um sich wegen seiner Entlassung zu rächen. Kossowski ist verhaftet worden.

## Um das polnische Schwein

### Schlechte Aussichten für die Wirtschaftsverhandlungen

SPD Warschau, 4. Dezember.

Berichte der Warschauer Zeitungen aus Berlin über die am heutigen Tage erscheinende Aufnahme der Besprechungen zwischen den Bevollmächtigten der Handelsvertragsverhandlungen sind überaus pessimistisch gehalten. Die gestrige Rede Dr. Hermes im Reichstage, der wegen der schweren Lage der deutschen Landwirtschaft eine Beschränkung der Einfuhr von lebendem Vieh nach Deutschland vorschlägt, widerspricht bekanntlich der wichtigen polnischen Forderung für den Handelsvertrag. Es wird bereits von unüberwindlichen Schwierigkeiten gesprochen. Die offizielle Propaganda sucht den Nachweis zu erbringen, daß die Befürchtung der deutschen Landwirtschaft vor der polnischen Konkurrenz völlig unberechtigt sei. Falls die deutsche Landwirtschaft eine Herabsetzung der Zinnsätze preise wünsche, müsse sie allerdings gegen die Einfuhr aus Polen aufzutreten; aber dieser Standpunkt könne nicht im Interesse

## Hermes als Verhandlungsleiter unmöglich

SPD Warschau, 5. Dezember.

Die Besprechungen über die Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen haben durch die Rede des deutschen Unterhändlers Hermes im Reichstage eine starke Belastung erfahren. Ein Nachmittagsblatt hält es für unmöglich, daß ein Beamter des Außenministeriums mit Hermes noch verhandeln könne, nachdem er mit seiner Rede gezeigt habe, daß er die Verhandlungen nur sabotieren wolle. Hermes sei daher als Galt zu betrachten, der sich Warschau einmal ansehen wolle. Man müsse ihn einen Führer durch die Stadt, eine Loge in der Oper und einen Schlafwagen für die Rückfahrt besorgen. Der Krakauer Kurier, dessen Informationen stets von amtlicher Seite stammen, erklärt mit aller Entschiedenheit, daß die polnische Regierung sich einen solchen Verhandlungsleiter nicht mehr gefallen lassen dürfe und fordert die Regierung auf, dies der Reichsregierung auf diplomatischem Wege beizubringen.

SPD Warschau, 6. Dezember.

Der deutsche Bevollmächtigte für die Handelsvertragsverhandlungen, Dr. Hermes, hat seinen Aufenhalt in Warschau für einen weiteren Tag verlängert. Die Glos Pradny, die Regierungskreisen nahesteht, erklärt darin ein günstiges Anzeichen und hofft, daß der deutsche Bevollmächtigte seinen bisherigen unnachgiebigen Standpunkt endlich aufgegeben habe. Express Varonny weiß jedoch mitzuteilen, daß der Standpunkt Dr. Hermes' nach wie vor gegen den Handelsvertrag gerichtet sei. Er habe vor allen Dingen auch die Unterzeichnung des neuen Holzvertrages abgelehnt, nachdem der alte am 4. Dezember abgelaufen ist. Express Varonny erklärt darin ein Anzeichen für die politische Behandlung der Handelsvertragsverhandlungen durch die Reichsregierung. Er knüpft an die aus dem Ausfall der Holzverträge für die polnische Handelsbilanz erwachsenden Schäden an und fordert die polnische Regierung auf, entsprechende Gegenmaßnahmen gegen die Einfuhr deutscher Waren nach Polen anzuordnen.

Form von Krankengeld und anderen Unterstützungen wurden 9888 971 Mark ausgegeben. Auf die Verwaltungsausgaben entfielen 2 123 194 Mark, so daß, wenn die geschätzte Rücklage von 5 Prozent erfolgen soll, tatsächlich noch eine Unterbilanz vorhanden ist.

Die W.E.Z. verlangt eine „schärfere Kontrolle der Versicherungen durch die Parlamente und die Öffentlichkeit“, dem restlos zustimmen wäre, wenn nicht andererseits gerade die politischen Interessenvertreter der Fertigwarenindustrien nicht selten der Verwirklichung dieser Forderung im Wege stehen würden. Am Ende aber kommt die bekannte Melodie von der zwecklosen Besteuerung der Wirtschaft, und der Verfasser schließt mit den folgenden Worten:

„Es wäre durch die Wirtschaft, wie durch die Versicherungsnehmer wirklich zu fordern, daß die Versicherungen bei ihrer Bewilligung mehr auf ihren eigentlichen Daseinszweck verwiesen würden. Dann wäre für die Industrie eine erhebliche Steuer wohl zu erleichtern und bei den Versicherungsnehmern die Leistung wesentlich besser als sie heute in den meisten Fällen gewährt wird.“

Der Zweck des Aufsatzes gilt also, wie jeder deutlich erkennen wird, der Feststellung, die Versicherungen schwimmen im Geld, weil die Unternehmer durch die Sozialabgaben zu stark belastet würden. Obendrein verschwenden die Versicherungsträger die vereinnahmten Beiträge zu Verwaltungszwecken. Das sind dieselben Angriffe, die von der reaktionärsten deutschen nationalen Presse tagtäglich erhoben werden. Diese aber wird nicht durch das Reich, den Staat und eine Gemeinde subventioniert. Das sind Publikationsorgane einer sozialversicherungsfeindlichen Partei. Wenn aber das Leipziger Messeramt die 1,2 Millionen Subventionen glaubt verwenden zu können, um in dieser Form gegen die Sozialversicherung scharfzumachen, dann werden sich die Träger der Subventionen eingehend mit dieser Frage beschäftigen müssen. Sie können und dürfen nicht dulden, daß ein Organ einer von ihnen subventionierten Unternehmung mit derartigen Methoden gegen offizielle Einrichtungen zu Felde zieht. Am allerwenigsten aber hat das Leipziger Messeramt das Recht, über die hohen Verwaltungskosten ins Feld zu ziehen, wenn es selbst durch mancherlei kostspielige Unternehmungen — wir erinnern an das geplante Hochhaus — die Verwaltungskosten des Messerapparates in einer Weise zu steigern sucht, über deren Berechtigung zum mindesten stärkste Zweifel vorhanden sind.

Wenn man sich über „luxuriöse“ Baulichkeiten der Sozialversicherungsträger in den Propagandaorganen entkultet, dann spricht das Messeramt sein Urteil über das wirklich luxuriöse Hochhaus selbst. Jedenfalls werden sich die Träger der Subventionen ernsthaft überlegen müssen, ob sie verantworten können, für derartige Dinge Millionen hinauszuwerfen. Dies um so mehr, als die W.E.Z. wehklagend über die Kapitalnot der Unternehmer schreibt, die vor allen Dingen bei den Gemeinden, aber auch im Staat und im Reich nicht kleiner ist, als etwa bei den Ruhrindustriellen, die sich jetzt einen so kostspieligen Angriff gegen die Arbeiter geleistet haben.

## Deutschnationale und Kriegsschuldfrage

SPD Berlin, 6. Dezember. (Radio.)

Die deutschnationale Reichstagsfraktion treibt Außenpolitik mit allen Nadeln. Sie hat eine Reihe Anträge im Reichstag eingebracht, die wie folgt lauten:

1. Die Reichsregierung zu ersuchen, die Einsetzung eines internationalen, nur aus Angehörigen von im Weltkrieg neutral gebliebenen Ländern zu bildenden Schiedsgerichts zur Untersuchung der Kriegsschuldfrage unter Offenlegung aller Dokumente der am Weltkrieg beteiligten Länder für dieses Schiedsgericht zu fordern und so lange, bis der Spruch eines solchen Schiedsgerichts ergangen ist, bei allen internationalen Verhandlungen davon auszugehen, daß Deutschland den Artikel 231 des Versailler Vertrages nicht mehr anerkennt.

2. Die Reichsregierung zu ersuchen, in Fortführung der seit dem Jahre 1924 in Sachen der Kriegsschuldfrage unternommenen Schritte anlässlich der Reparationsverhandlungen die Erklärung abgeben zu lassen, daß Deutschland das ihm durch Artikel 231 des Versailler Vertrages aufzugesungene Schuldbekenntnis nicht anerkennt und es ablehnt, die von Deutschland geforderten Zahlungen, wie es in dem Artikel 231 geschieht, mit einer Pflicht zur Wiedergutmachung begründen zu lassen.

3. Die Reichsregierung zu ersuchen, zur Vorbereitung der bevorstehenden Reparationsverhandlungen alsbald eine Denkschrift über die deutschen Leistungen an die Entente seit 1918 einschließlich der Gebietsverluste, Wegnahme und Zerstörungen, auch soweit durch den Ruhrstreik verursacht, gegliedert nach Gebieten und Worten, vorzulegen.

Das ist Verhängungspulver für die völlige Opposition in der Deutschnationalen Partei, nichts weiter. Denn im Ernst glaubt ja auch kein deutschnationaler Führer daran, daß mit diesem deutschnationalen Antrag etwas anzufangen ist. Jahrelang haben die Deutschnationalen im Reichstabinett gefesselt, durch ihre neueste Aktion entkultet sie nur noch einmal die ganze Lächerlichkeit, die die „deutschnationale Außenpolitik“ kennzeichnet.

## Theaterkravall auch in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 5. Dezember.

Ähnlich wie vor einigen Tagen das Hamburger Staatstheater war heute das Frankfurter Schauspielhaus Schauplatz eines unbeschreiblichen allgemeinen Tumults. Bei der Aufführung der Komödie „Ehen werden im Himmel geschlossen“ kam es gleich zu Beginn des ersten Aktes zu lauten Protestrufen. Volle Sitze der Ruhestörer sofort an die Luft, aber dieses energische Einschreiten gab das Signal für einen unbeschreiblichen Tumult. Namentlich von der Galerie herab wurden wilde Schimpfzüge gegen die Ordnung schaffende Polizei ausgehoben. Einige Ruhestörer konnten zwar entfernt, aber es konnte nicht verhindert werden, daß zahlreiche Stuhl- und Kränzenbomben ins Parkett geschleudert wurden. Die Besucher des Parketts und des ersten Ranges mußten schließlich mit vor die Augen gehaltenen Taschenlampen den Raum verlassen. Die Schauspieler, von dem Publikum befehle, das Stück zu Ende zu führen, hielten trotz des pestilenzartigen Gestanks in dem Foyer, in der Vorhalle und in dem Innenraum des Theaters aus und spielten das Stück, allerdings vor fast leerem Haus, zu Ende. Die hinausgeworfenen sammelten sich vor dem Schauspielhaus und randalierten dort weiter, bis sie von der Polizei zerstreut wurden.

## Hakenkreuzler gegen Bibelforscher

Innsbruck, 5. Dezember.

Am Dienstagabend kam es in einer Versammlung der internationalen Bibelforschervereinigung zu schweren Ausschreitungen. Nationalsozialisten lösten die Versammlung. Als sie aufgefordert wurden, den Saal zu verlassen, schlugen sie mit Stühlen auf die Anwesenden ein. Auch von der Galerie wurden Stühle in den Saal geworfen. Mehrere Personen wurden verletzt, darunter drei schwer. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor.

## Eiserichs „Heimatschutz“

SPD München, 5. Dezember.

Das Echo auf die Neugründung Eiserichs, den sogenannten Heimatschutz, hat das Wesen und die Bedeutung der geplanten „Volksbewegung“ in Bayern enthüllt. Es handelt sich um nichts anderes, als um den Versuch einer Raubjagd der deutschnationalen Heimatschutz, also der Neugründung der schicksalhaften Hilsgruppen für die politische und soziale Reaktion in Bayern, nachdem Zerplitterung und Führerlosigkeit die vaterländischen Verbände seit langem zu jämmerlicher Ohnmacht verurteilt haben. Um sich das Wohlwollen der Regierung zu sichern, stellen die Drahtzieher, die allesamt deutschnationaler Couleur sind, die ganze Aktion als eine Art Hilfsdienst für die Regierung held dar. Die bei der Gründung gehaltenen Reden, vor allem der Hinweis auf den pflichtmäßigen Einsatz der Person, riefen aber so sehr nach hochverräterischen Vorbereitungen, daß maßgebende Regierungsstellen, die Bayerische Volkspartei und noch mehr der Bauernbund das Vorhaben Eiserichs beargwöhnen und zum Teil offen ablehnen. Diese Kreise sehen in der Heimatschutzaktion neue Gefahren für ihren Staat, nachdem gerade in Bayern die Erfahrungen gezeigt haben, daß in diesen schicksalhaften Verbänden die Nebenregierungsgelüste den fruchtbarsten Nährboden haben.

Die stärksten Bedenken spricht ein führendes Organ der Bayerischen Volkspartei, die Augsburgische Postzeitung, aus, die bereits in der Zeit der Proklamierung des Heimatschutzes den Anfang einer neuen Untergrabung der Staatsautorität erblickt. Das Blatt warnt besonders dringend davor, daß die Bayerische Volkspartei nicht etwa wie in den Jahren 1921/23 das Menschenmaterial für die Kraftsprüche der neuen, sogenannten überparteilichen, Führer liefert.

Wie die Zeit-Notizen mitteilen, unterhandelt Eiserich zur Zeit mit maßgebenden bayerischen Kreisen über die Finanzierung seines neuen Unternehmens. Dabei sollen auch Haden Württemberg und Desterreich gesponnen worden sein. Insbesondere aber werden die Helfer der bayerischen Abteilung der Technischen Reichsanstalt im Ministerium bearbeitet. Eiserich und seine Freunde hoffen, daß bei einem Abbau der Teno von den 600 000 Mark, die der Bayerische Landtag als Subvention für die „Reichshilfe“ bewilligt hat, ein wesentlicher Teil für die neue Drogen-Lader gemacht werden kann.

## Die bayerischen Partikularisten

APD München, 6. Dezember. (Radio.)

Die bayerischen Koalitionsparteien haben versucht, durch die Regierung Held einen politischen Auspost aus den Verhandlungen der letzten Tage durch Einbringung einer Entschließung zu ziehen, in der der Landtag seinen Willen kundgibt, am Fortbestand des Staates Bayern festzuhalten und alles zu tun, damit die Bayern nach Verfassung und Verträgen zustehenden Rechte gewahrt werden. Die sozialdemokratische Fraktion lehnte es entschieden ab, der bayerischen Reaktion die von ihr verlangte Unterstützung zu gewähren. Sie begründete ihre Haltung damit, daß sie in den von den bayerischen Regierungsparteien bis zuletzt betriebenen Methoden nicht nur eine Schädigung Bayerns, sondern eine unmittelbare Gefährdung des inneren Friedens und ein Verhängnis für die staatliche und wirtschaftliche Weiterentwicklung des deutschen Volkes erblickt. In namentlicher Abstimmung wurde die Entschließung mit 98 Stimmen angenommen. Unter den Gegnern der Entschließung befand sich als einzige bürgerliche Partei die Deutsche Volkspartei.

## Das letzte Geleit für Joseph Selz

SPD Berlin, 6. Dezember. (Radio.)

Im Krematorium in der Gerichtsstroße in Berlin hatte sich Mittwochnachmittag eine zahlreiche Trauergemeinde versammelt, um Joseph Selz das letzte Geleit zu geben. Buchdrucker aus allen Teilen Deutschlands und aus dem Auslande waren gekommen und erwiesen unter dem Schwarzumfließen Bonner Guldenbergs und der roten Fahne der Sozialdemokratischen Partei dem toten Freund die letzte Ehr. Auch Paul Löbe und Peter Grafmann schloßen nicht. Die Berliner Typographie sang stimmungsvoll das Lied „Sei getreu“. Der zweite Vorsitzende des Buchdruckerverbandes, Krauß, rief dem toten Kollegen Worte der Verehrung und des Dankes nach. Leipzig sprach für den ADGB und eine ganze Anzahl anderer Redner folgten ihm. Dann wurde der Sarg hinausgetragen und nach Wilmanns übergeführt, wo Joseph Selz in heimatlicher Erde beigesetzt wird.

## Winterbeihilfe für Fürsorgeempfänger

SPD Der Hauptausschuß des braunschweigischen Landtages hat auf Antrag der sozialistischen Regierung auch in diesem Jahre eine Winterbeihilfe für Fürsorgeempfänger beschlossen. Alle Sozialrentner, Kleinrentner, Arbeitslosenunterstützten und sonstigen in offener Fürsorge befindlichen Einwohner erhalten eine Winterbeihilfe von 15 Mark für den Hauptunterstützungsempfänger, 10 Mark für die Ehefrau und 7 Mark für jedes Kind. Es werden insgesam etwa 14 000 Personen unterstützt werden. 265 000 Mark sind für Winterbeihilfen von der braunschweigischen Regierung verlangt und vom Hauptausschuß des Landtages bewilligt worden.

## Die Waffenkontrolle

SPD Genf, 5. Dezember.

Die Kommission für die Kontrolle der privaten Waffenherstellung trat am Mittwoch unter dem Vorsitz des Grafen Bernstorff zu ihrer dritten Tagung zusammen. Der erste Tag verlief wenig verheißungsvoll. Nach einer kurzen Rede des Grafen Bernstorff, die in dem Wunsch gipfelte, dem Waffenschatz einen einseitigen Entwurf nach Lugano senden zu können, wurde in einer engeren Unterkommission in eine Nachprüfung der bestehenden Streitkräfte eingetreten. Wie verlautet, gelang es in dieser Unterkommission nicht, Einigkeit herbeizuführen. Nach wie vor besteht der Gegensatz zwischen den Ländern mit einer eigenen großen Waffenfabrikation, die für ein Mindestmaß an Öffentlichkeit und Kontrolle sind, und den Ländern, die ihr Kriegsmaterial einkaufen müssen und die insoweit die Öffentlichkeit nicht nur der privaten, sondern auch der staatlichen Waffenherstellung anstreben.

Der einzige bemerkenswerte Vorfall bestand darin, daß die Annäherung zwischen England und Frankreich bei der Frage der Luftschiffahrt in Erscheinung trat. Während England bisher jede Einbeziehung der Flugzeuge in das Abkommen ablehnte, teilte der englische Vertreter in der Unterkommission jetzt mit, daß England sich dem französischen Standpunkt, nicht nur die Herstellung von Militärflugzeugen, sondern auch von Zivilflugzeugen zu erlassen, anschließe. Dieser Standpunkt dürfte trotzdem nicht durchgehen, da nicht nur Deutschland, sondern auch die Vereinigten Staaten von Nordamerika und andere Länder gegen die Bezeichnung der Zivilflugzeuge als Kriegsmaterial sind.

## Der Militarismus in der Schweiz

LU Basel, 5. Dezember.

Der schweizerische Nationalrat wählte in seiner Sitzung am Mittwoch zum Vizepräsidenten den Sozialdemokraten Paul Graber mit 78 von 112 gültigen Stimmen. 43 Stimmentel waren leer oder unglücklich. Weitere Stimmen erhielten die Sozialdemokraten Grosjean und Grimm. Nationalrat Paul Graber, der seit 1912 dem Parlament angehört, ist gegenwärtig Redaktionsmitglied der sozialdemokratischen Zeitung „Sentinelle“ und Sekretär der romanischen sozialdemokratischen Partei der Schweiz. Der Nationalrat lehnte ebenfalls die Beratung des Voranschlags für 1929 fort. Bei den Krediten für das Militärdepartement ergaben sich die üblichen Auseinandersetzungen. Von sozialdemokratischen und kommunistischer Seite wurden, wie in den letzten Jahren, die Militärausgaben stark kritisiert, die diesmal 86 550 Millionen ausmachen gegen 84,9 Millionen im letzten Jahre. Die Erhöhung ist eine Folge der Wiedereinführung der Landwehrkurse und des neuen Besatzungsgesetzes.

## 36 Millionen Frank Defizit

SPD Paris, 5. Dezember.

Die Pariser Volkszeitung führt ihre Untersuchungen in der Affäre der Gazette de France eifrig fort. Bisher wurde ein Defizit des Konzerns in Höhe von annähernd 86 Millionen festgestellt, immerhin eine Ziffer, die erheblich unter den zuerst berichteten liegt. In Paris und in zahlreichen Provinstädten hat ein Sturm von Zeitungen, die ihre Einlagen zurückfordern, auf die Agenturen eingelegt.

Aus Kopenhagen wird gemeldet: Das Nobelkomitee beschloß, in diesem Jahr keinen Friedenspreis auszugeben, sondern damit bis zum nächsten Jahr zu warten.



# 1132695 sozialdemokratische Stimmen!

## Die Wahlen in der Tschechoslowakei

(J. B.) Nach beendeter Zusammenzählung aller Stimmen, die bei den tschechoslowakischen Landes- und Bezirkswahlen abgegeben wurden, zeigt sich, daß der Wahlerfolg der Sozialdemokratie noch größer ist, als man zunächst annehmen konnte, ebenso wie auch die Niederlage des Bürgerblocks erheblich schwerer wird.

Besonders die tschechische Sozialdemokratie weist einen herrlichen Erfolg aus. Trotz der Ausschaltung der drei jüngeren Jahrgänge von 21 und 24 Jahren, die im Gegensatz zu den Parlamentswahlen in die Landes- und Bezirksvertretungen nicht wählen dürfen, trotz der langen Sekundaritätsvoraussetzung von einem Jahre, die besonders die Arbeiter schwer trifft, konnte die tschechische Sozialdemokratie ihre Stimmenzahl von 630 894 auf 729 277, also um nahezu 100 000, heben. Die deutsche Sozialdemokratie hat infolge ihrer Nichtteilnahme bei den Wahlen in der Slowakei, wo sie anfänglich der Parlamentswahlen über 9000 Stimmen aufbrachte, zwar ihre Stimmenzahl von 411 040 auf 403 418 gesenkt, in Wahrheit aber etwa 3 Prozent Stimmen gewonnen, nachdem durch das höhere Wahlfaktor die Zahl der abgegebenen Stimmen um 8 Prozent niedriger ist als bei den Parlamentswahlen.

Die internationale Sozialdemokratie mußert also in der Tschechoslowakei 1 132 695 Stimmen von insgesamt 8 673 000, und sie marschiert mit dieser Stimmenzahl weitläufig an der Spitze aller übrigen Parteien. Ihr prozentueller Anteil an den Gesamtstimmen beträgt 13,0 Prozent, gegen die Parlamentswahlen, wo er 14,67 Prozent betrug, bedeutet das eine Steigerung um mehr als 2 Prozent des Gesamtanteils. Die Kommunisten sind von 970 498 auf 819 145 Stimmen gesunken, ihr Anteil hat sich von 13,14 Prozent auf 12,20 Prozent gesenkt. Sie haben über 150 000 Stimmen verloren, wenn ihre Katastrophe nicht größer war, so danken sie das hauptsächlich den politischen und kulturellen Verhältnissen in der Slowakei und in Karpatenrußland. In Böhmen und Mähren haben sie erheblich schwerere Verluste erlitten: die deutsche Arbeiterklasse wendet sich von ihrer Agrarpolitik ab. Die tschechischen Nationalsozialisten, die man ebenfalls dem Arbeiterlager zurechnen kann, steigen durch Verbindung mit der „Nationalen Arbeitspartei“ ihre Stimmenzahl von 809 195 auf 702 353, also um 88 000, ihr Anteil an den Gesamtstimmen liegt von 9,95 auf 10,50 Prozent. Rechnet man die Stimmenzahl dieser vier Arbeiterparteien zusammen, so ergibt sich, daß sie 2 654 188 oder 30,8 Prozent betragen, gegen 37,78 Prozent bei den Parlamentswahlen. Die Arbeiterklasse mußert also in der Tschechoslowakei etwa 40 Prozent aller abgegebenen Stimmen; sie verteilten sich aber auf vier Parteien. Man kann ermessen, wie groß die Bedeutung einer einheitlichen parlamentarischen Vertretung wäre, wenn diese Macht zur Gänze in die Hände geworfen werden könnte!

Als feste Unverletzlichkeit muß es bezeichnet werden, daß die Regierung in weiser Voraussicht ihrer schweren Niederlage den Landesvertretungen am Vortage der Wahl die Geschäftsordnungen durch eine Verordnung einfach bitterte. In dieser Geschäftsordnung werden die gewählten Abgeordneten wie Schulkinder behandelt, so daß selbst das bürgerliche Prager Tagesblatt (Strib), man werde an eine Disziplinarordnung in den Mittelschulen erinnert. Die Abgeordneten dürfen nicht über politische Fragen sprechen; es wird ihnen angeordnet, sich „anständig und ruhig“ zu verhalten; sie müssen die Sitzungen unbedingt besuchen und — als Krönung des Ganzen — wenn sie nicht parlieren, so kann sie der von der Regierung ernannte Landespräsident wie ungehorsame Suben mahnen, indem er sie einfach des Mandats für verlustig erklärt. Dagegen kann man zwar in das Innenministerium berufen, aber ohne ausschließende Wirkung. 44 000 Wähler schenken einem Menschen ihr Vertrauen und bestimmen ihn zu ihrem Abgeordneten, und ein Bureaucrat kann den Willen dieser 44 000 erwachsenen Staatsbürger, aus deren Steuergebern er besteht, einfach umstoßen! Mit dieser unerschrockenen „Geschäftsordnung“ ist die Demokratie in der Tschechoslowakei vollends vor die Hunde gegangen. Freilich sind die Tage dieses Regimes nunmehr gezählt. Wenn auch die Herrschenden bereits in einer Sitzung erklärt haben, die Wahlen hätten kein solches Ergebnis gezeigt, daß eine politische Kursänderung nötig sei, und überdies seien sie ja durch die Landes- und Bezirkswahlen im Parlament gar nicht betroffen, so wird man es ihnen schon laut genug in die Ohren schreien, daß ihre Zeit um ist, und daß sie mit ihrem ganzen Troß zu verschwinden haben.

## Hege gegen einen sozialdemokratischen Bürgermeister

Aus Schlesien wird uns geschrieben:

In Bunzlau /Schl. amtiert seit nahezu 10 Jahren Genosse Burmann als erster Bürgermeister. Er hat es trotz der vielfachen Schwierigkeiten der Nachkriegszeit verstanden, vorbildlich für die wirtschaftliche, kulturelle und soziale Entwicklung der Stadt zu wirken, obwohl ihm vom Zweiten Bürgermeister Dr. Prizel und dem Stadtbaurat Candrian des öfteren Knüttel zwischen die Beine geworden wurden. Dem Treiben seiner Gegner im Magistrat suchte Burmann dadurch ein Ende zu machen, daß er den beiden wesentliche Dezernate abnahm. Diese Maßregel wurde von den Betroffenen ohne Einspruch hingenommen. Als darauf die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion und die Fraktion der Reformen Candrian, der ihnen zu hausbesitzerfeindlich war, in öffentlichen Erklärungen ausdrücklich das Vertrauen entzogen, wurde ein Wahlgang gegen Burmann eingeleitet. Candrian ist nämlich der Vertrauensmann verschiedener Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, die in Bunzlau Bürgerblock vereinigt sind. Seine Hintermänner, verschiedene Vertreter des Finanz-, Boden- und Industriekapitals, Bank- und Fabrikbesitzer, Großkaufleute, Großgärtner usw., veranstalteten eine Bürgerversammlung, die zu einer schändlichen Hege gegen den ersten Bürgermeister Burmann ausartete. Der öffentliche Zweck der Versammlung war den ersten Bürgermeister zu Fall zu bringen, damit man wieder ungehindert mit dem Magistrat und dem Bauamt Geschäfte auf Kosten der Steuerzahler machen könne. Die Mut der Gewählten repräsentieren richtet sich insbesondere gegen das städtische Grundbüchlein, das gewissen Spekulant die besten Grundstücke vor der Nase wegführt, und dadurch der so gewinnbringenden Bodenpekulation einen Riegel vorsetzt.

Nunmehr hat die sozialdemokratische Partei eingegriffen und in der Abwehr gegen die heillosen Hege und Herabwürdigung der städtischen Verwaltung ein Protesttelegramm an den Piesinger Regierungspräsidenten geschickt. In dem Telegramm wird hervorgehoben, daß sich verschiedene Stadträte bei ihrem Vorgehen in der Bürgerversammlung ausdrücklich auf die Billigung des Regierungspräsidenten berufen haben. Daraufhin ist nun der Regierungspräsident den Hege in die Parade gefahren. Der zweite Bürgermeister Dr. Prizel ist nachdem sich der Regierungspräsident in Bunzlau informiert hatte mit sofortiger Wirkung zwangsurlaubt worden. Außerdem wurde das Disziplinarverfahren gegen ihn eingeleitet. Der Stadtbaurat Candrian wurde ebenfalls auf 8 Wochen zwangsurlaubt, um einen geordneten Geschäftsvorkehr im Stadtbauamt herbeizuführen. Das Verfahren gegen beide dürfte noch einige Ueberraschungen zeitigen. Die Hegepartei gegen den ersten Bürgermeister Genossen Burmann aber kann alsügig gesteuert bezeichnet werden.

# Die Bauern von Bardoli

## Steuerstreik gegen die Unterdrücker

(Von unserem Orientkorrespondenten.)

SPD Bombay, im Dezember.

In einem ländlichen Distrikt der Vereinigten Provinzen in dem Bezirk von Bardoli tobte seit fast dreiviertel Jahren ein unblutiger, aber mit unendlicher Erbitterung geführter Kampf.

Die Gegner sind auf der einen Seite die indische Regierung, die bisher vergeblich alle Mittel angewandt hat, um die Bauern zur Zahlung der Steuern zu zwingen und auf der anderen die ländlichen Besitzer, die durch passive Resistenz gegen die Erhöhung der Grundsteuer protestieren, weil sie die Vernichtung ihrer Existenz bedeuten würde.

Die Entstehung der Bewegung wie ihre Triebkräfte sind typisch für die große Umwälzung der Anschauungen, die sich im Bewußtsein des indischen Bauern langsam, aber mit großer Intensität zu vollziehen beginnt.

### Die Revolutionierung der häuerischen Welt Indiens

geht fern vom Getriebe der großen Politik vor sich und findet daher nicht den starken Widerstand der Ergebnisse von der Art des Kampfes um die Simonkommission. Dabei ist die Auseinandersetzung der Bauern von Bardoli mit der Regierung für die Gestaltung der indischen Zukunft von entscheidender Bedeutung. Sie zeigt das Erwachen des numerisch stärksten, aber kulturell und politisch rückständigsten Elements im sozialen Organismus Indiens an, das im Augenblick noch unsicher nach dem Weg zur Befreiung von einem Druck sucht, dessen Last bis jetzt noch jeder Herrscher des Landes auf ihre gebuldhigen Schultern abgewälzt hat.

Wahrheitshalber hätten die Träger des gegenwärtigen Kampfes sich auch diesmal — wie seit Jahrhunderten — dem Willen des Mächtigeren gefügt und die ihren Schultern aufgebürdete höhere Belastung durch Engelsschnallen des Hungerriemens wieder ausgeglichen. In diesem Falle würde ihr Widerstandswille durch das Eingreifen eines Intellektuellen aufgezehrt, der die Bauern zum Kampf für ihr Recht organisierte und die Vorherrschaft seines Meisters Gandhi dabei bis ins kleinste zur Anwendung gebracht hat. Bardoli hat aber heute der ungekrönte Herrscher des gesamten Bezirks von Bardoli ist, kam auf das Land, durch die soziale Not getrieben, die viele der indischen Intellektuellen aus ihrer Bahn wirft und sie unter dem Druck der Verhältnisse zu den politischen Führern der Landbevölkerung macht. Patel veranlaßte die Bauern beim Herannahen der Steuerbeamten mit ihren gesamten Habeleistungen in den Dschungel zu gehen. Um von ihrem Herannahen rechtzeitig unterrichtet zu sein, wurde ein regelmäßiger Vorpostendienst eingerichtet. Die Vorpostenorgane der Regierung fanden sich in den Dörfern vor verlassenen Türen.

Den Steuerbeamten ist es gelungen,

das öffentliche und wirtschaftliche Leben des Bezirks durch ihren Vorstoß seit Monaten lahmzulegen.

Nur 90 Prozent der Gemeindevorsteher und 75 Prozent der übrigen Beamten des Bezirks haben ihre Ämter niedergelegt. Die von der Regierung entbundenen Exekutivbeamten erhalten keine Lebensmittel und der über sie verhängte soziale Boykott ist so vollständig, daß die Mehrzahl von ihnen vorgezogen hat, ihre Posten zu verlassen.

## Der Sport der Imperialisten

### Friedenskonferenz der britischen Völkerverbündigten

SPD London, 6. Dezember.

In London trat am Mittwoch unter dem Vorsitz Lord Cecil's eine von der britischen Völkerverbündigten veranstaltete Friedenskonferenz zusammen. In seiner Eröffnungsrede stellte Lord Cecil fest, daß Großbritannien mehr als ein Viertel seiner gesamten Staatsausgaben für Rüstungszwecke verwende. Es sei bedauerlich, in so schwieriger Zeit wie der gegenwärtigen jährlich eine Summe von 2 Milliarden Mark für militärische Zwecke auszugeben. Lord Cecil wandte sich im weiteren Verlauf seiner Rede gegen die weitverbreitete Vorstellung, als ob die Außenpolitik eine „mythische Angelegenheit“ sei und von Kräften bestimmt würde, die lediglich besonderen Spezialinteressen verständlich wären.

In einer stark pazifistischen Rede betonte der folgende Redner, der britische Feldmarschall Sir William Robertson, daß der Verlust an Menschenleben und die Zerstörung des Reichtums der Nationen in einem zukünftigen Kriege um ein Vielfaches größer sein werde als in den Jahren 1914/1918. Die Leiden der zivilen Bevölkerung durch Luftangriffe und den chemischen Krieg wären überhaupt unausdenkbar. Feldmarschall Robertson wandte sich ferner in scharfen Worten gegen die imperialistischen Tendenzen, die sich in der amerikanischen Flottenpolitik und in offiziellen amerikanischen Äußerungen zur Spitzenfrage bemerkbar machten und betonte, daß die gegenwärtige Haltung Amerikas in der Flottenfrage eine auffallende Ähnlichkeit mit der von Deutschland vor 1914 eingenommenen Stellung habe.

SPD Der britische Luftminister erklärte am Mittwoch im Unterhaus — wie uns aus London gemeldet wird — daß das britische Luftflottenbudget R. 100 nunmehr zu 85 Prozent fertiggestellt sei und im kommenden Frühjahr vollendet sein dürfte.

## Norwegens Arbeiterpartei erfolgreich

LU Oslo, 5. Dezember.

Die Auszählung der bei den Gemeindevorwahlen abgegebenen Stimmen wurde von der Bevölkerung mit großem Interesse verfolgt. Das Ergebnis lag erst spät in der Nacht vor. Danach ist es der Arbeiterpartei in Oslo gelungen, den beiden vereinigten bürgerlichen Parteien einen Sitz abzunehmen, so daß die bürgerlichen Parteien und die Arbeiterpartei über je 42 Sitze verfügen. Von den 42 Sitzen der bürgerlichen Parteien entfallen zwei auf die freikundige Zentrumspartei, die in gewissen Fragen mit der Arbeiterpartei zusammengehen dürfte. Die Ergebnisse aus den kleineren Städten zeigen im Norden Fortschritte der Arbeiterpartei, im Süden Fortschritte der bürgerlichen Parteien.

MTB Oslo, 5. Dezember.

Bei den Wahlen in den Stadtgemeinden gewann die Arbeiterpartei nach den bisher vorliegenden Ergebnissen 70 Mandate. An dem Verlust sind die Kommunisten und die Konservativen mit je 25, die Kapitalisten mit 10 und die anderen bürgerlichen Gruppen ebenfalls mit 10 Mandaten beteiligt. In Oslo wird die Arbeiterpartei, die zwei Mandate gewonnen hat, voraussichtlich 42 Mandate erhalten, die Konservativen 40 und die Radikalen 2.

## Eine Niederlage Stalins

Iglanow, der von Stalin wegen seiner Hinneigung zur rechten Opposition aller seiner Moskauer Kameraden entsetzt war, ist auf dringendes Verlangen der professionellen Arbeiterverbände zum Volkskommissar für die Arbeit ernannt worden. Diese Ernennung hat Komski, einer der schärfsten Gegner Stalins, im Volksbureau durchgesetzt.

Dabei ist es dank der außerordentlichen Disziplin der Steuerbeamten bisher noch nicht zu einem einzigen Zusammenstoß gekommen. Bardoli hat nämlich gleichzeitig ein strenges Aikoholverbot durchgeföhrt, das die Regierung außerdem schon große Summen an Steuerausfällen gelöst hat. Wie groß die freiwillige Disziplin auch der nur indirekt an dem Streik Beteiligten ist, zeigt folgender Vorfall. Der Obersteuereinsamler des Bezirks war zu einer Inspektion nach Bardoli gekommen. Es war ihm aber nicht möglich, ein Automobil zu mieten, er erhielt es erst dann, als er eine schriftliche Erlaubnis Patels vorweisen konnte.

Die Sympathien der gesamten indischen wie eines Teils der anglo-indischen Öffentlichkeit liegen auf Seiten der Bauern. Der Pionier in Rastuta, eines der wenigen von Engländern redigierten Blätter, das sich in indischen Fragen einer gewissen Objektivität befleißigt, hat einen Spezialkorrespondenten in das Streikgebiet entsandt. Dieser Berichterstatter nennt die Angelegenheit einen Skandal und er bezeichnet

das Verhalten der Regierungsbeamten als ungewöhnlich hartherzig und grausam.

Ein aus indischen Postkürnern bestehendes Untersuchungskomitee drückt sich über die Verhältnisse in Bardoli mit noch größerer Schärfe aus. In einem umfangreichen Exposé, das aus 25 Kapiteln besteht und auf den Ausfögen von 200 in 20 Sitzungen vernommenen Zeugen beruht, werden

die Repressalien der Regierung gegen die Streikenden von der Kommission als ein wahres System des Terrors bezeichnet. Die Regierung ist z. B. dazu übergegangen, sich für die nicht gezahlten Abgaben an Landbesitzer der Steuererweigerer schadlos zu halten. Bei dem zwangsweisen Verkauf der Grundstücke sind schwere Mißbräuche vorgekommen. Da Regierungsbeamte, Polizisten und professionelle Geldverleiher die günstige Gelegenheit des Fehls anderer Käufer benutzt haben, um billig in den Besitz von Boden zu kommen. Ländereien im Werte von 300 000 Rupien sind auf diesem Wege für 11 000 Rupien verschleudert worden. Daneben haben sich die Steuerbeamten

schwere Mißhandlungen der Bevölkerung und selbst von Frauen zuschanden kommen lassen, ohne etwas anderes als allgemeines Vergernis zu erreichen.

Das Verhalten der Regierung in dem Falle ist schwankend wie immer. Der Generalgouverneur der Vereinigten Provinzen, Sir Leslie Wilson, ist zwar zur Spezialberichterstattung über den Fall zum Bijetönig berufen worden, aber zu einem Entschluß hat sich noch keine der beteiligten Instanzen aufraffen können, weil die anglo-indische Bureaucratie sich aus Prestigegebüden scheut, einen begangenen Fehler öffentlich einzugehen. Dabei wird sie früher oder später doch zu Konzessionen genötigt sein, denn das Beispiel von Bardoli kann sich bei der ersten besten Gelegenheit auch anderswärts wiederholen.

Höchstwahrscheinlich wird die Regierung zu einer vollständigen Revision ihrer Landsteuerpolitik gedrängt werden. Diese Reform ist jedoch nicht mehr ohne aktive Mitarbeit der Bauern als mitbestimmender Faktor bei der Festsetzung seiner Abgaben möglich. Damit ist der Anfang für die endgültige Befreiung des indischen Bauern aus seiner langjährigen Sklaverei gemacht, dem weitere Fortschritte in der Art des Kampfes von Bardoli in kürzeren Intervallen und in größerem Umfang folgen werden.

## Amerikas inoffizielle Beteiligung

SPD Paris, 6. Dezember.

Der Matin und der Excelsior wissen heute übereinstimmend mitzuteilen, daß die Teilnahme der Amerikaner an den bevorstehenden Sachverständigenverhandlungen zur Revision des Dawes-Planes jetzt vollkommen und endgültig gesichert sei. In seiner Unterredung mit Poincaré habe der Reparationskommissar Barker Gilbert erklärt, daß nach einer von ihm selbst unternommenen Untersuchung die amerikanische Regierung keinerlei Widerspruch gegen die Teilnahme zweier amerikanischer Sachverständiger an den bevorstehenden Beratungen erheben würde. Sie verlange lediglich, daß sie selbst keinerlei Verantwortung für die Tätigkeit der beiden amerikanischen Sachverständigen zu übernehmen habe. Sie lehne es daher auch ab, die Auswahl der beiden Sachverständigen zu treffen oder sie zu ernennen. Sie habe daher vorgeschlagen, daß die Reparationskommission diese Auswahl vornehme.

Es sei heute schon außer Zweifel, daß D w o n g zur Teilnahme an den Verhandlungen aufgefordert würde.

## Das neue China

TU Peking, 5. Dezember.

Wie aus Peking gemeldet wird, ist die Kreisakademie in Wampu wegen Uebereinkommen des kommunistischen Elements in ihr aufgelöst worden. Außerdem wurde die Besatzung von vier chinesischen Kanonenbooten verhaftet. Die Mannschaft wird beschuldigt, kommunistische Propaganda betrieben zu haben. Der Kommandeur der chinesischen Flotte ist zurückgetreten.

## Bozrom in Kangju?

TU Peking, 5. Dezember.

Wie gemeldet wird, veröffentlicht die Zeitung North China News eine Meldung des englischen Missionars Simson über die mohammedanischen Karawanen in der Provinz Kangju. Simson berichtet, daß, nachdem der General Ma sich gemeldet habe, der Kanting-Regierung zu gehören, seine Truppen einen Bozrom unter der christlichen Bevölkerung verübt, die sich zur Wehr setze. 14 000 Tote seien nach dieser Meldung in der Stadt Dschian getötet worden. Ganze Städte seien geplündert und verbrannt worden. Simson nimmt an, daß in dieser Zeit bei den Kämpfen, dem Hunger und der Pest etwa 500 000 Menschen umgekommen seien.

## Linksregierung in Estland

TU Reval, 5. Dezember.

Das neue estländische Kabinett, das am Dienstag gebildet wurde, setzt sich wie folgt zusammen: Staatsminister Rei (Sozialist), Außenminister Pask (Christlich), Innerer Minister (Arbeiterpartei), Kriegsminister Juhka (Arbeiterpartei), Landwirtschaftsminister Sooberg (Ansdler), Wirtschaftsminister (Sozialist), Kultusminister Johanson (Sozialist).

Das Parlament hat der neuen Regierung mit 53 gegen 24 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen.

Verantwortlich für den textuellen Teil: Kurt Gänther in Leipzig. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Hugo Schuppan in Leipzig. Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft „Arbeiterstimme“, Leipzig.

Folgende Prospekte liegen heute bei: Für den Westbezirk vom Kaufhaus W. Joste u. Co., Leipzig-Plagwitz.

Für den Ostbezirk vom Schusters Warenhaus, Eigenbahnstraße.

Wir empfehlen die Prospekte besonderer Beachtung!

Diese Nummer enthält 16 Seiten.







Wieder das Wunder von Konnersreuth Ein Redakteur wegen Gotteslästerung verurteilt

Das Wunder von Konnersreuth spielt schon seit langem nicht mehr in den Köpfen der Gläubigen, dafür aber noch immer in den Gerichtssälen. Um seine Willen mußte ein Redakteur gestern in Berlin über sich ein Urteil ergehen lassen — wegen Gotteslästerung; hat er an sich verwirkten Gefängnisstrafe von einem Monat erhielt er eine Geldstrafe in Höhe von 300 Mark.

Das Wunder von Konnersreuth und Gotteslästerung? Ist Therese Neumann von der katholischen Kirche nicht endgültig abgeschüttelt worden? Doch! Trotzdem Gotteslästerung?

Der Redakteur des Pfaffenpiegels, Julius Gottlieb Treuber, hatte nämlich in seinem Blatt das Titelbild einer in Wien erschienenen Broschüre „Das Wunder von Konnersreuth“ übernommen. Man sah da im Vordergrund eine weibliche Person, die Wangen und beide Hände mit Wundmalen bedeckt, im Bett liegen. Im Hintergrunde rechts drängen sich Menschen an der Tür zu ihrem Zimmer, begleitet, die wundertätige Therese zu sehen. Links steht schmunzelnd ein Mann, bekleidet mit dem Rock des katholischen Geistlichen. In der rechten Hand hält er ein Nachtgeschloß, aus dem ein Blatt Papier herausragt; in der linken eine Sammelbüchse. Unter dem Bilde steht zu lesen: „Ein Wunder, das wieder gefüllte Töpfchen!“

Das war also nach der Staatsanwaltschaft die Gotteslästerung — die Beleidigung einer Einrichtung der katholischen Kirche. Der Redakteur sagte: „Keine Idee!“ Bloß die Dummen, die an das Wunder von Konnersreuth geglaubt und der örtliche Pfarrer, der auf Dummenfang ausgegangen war, sollten hier verhöhnt werden. Eine Beschimpfung des Priesterstandes als solchen habe ihm fern gelegen. Auch den katholischen Wunderglauben habe er nicht treffen wollen.

Das Gericht 1. Instanz sprach den Angeklagten frei; es war der Ansicht, daß der Wunderglaube zwar zu den Wesensmerkmalen der römisch-katholischen Kirche gehöre, jedoch keine Einrichtung der römisch-katholischen Kirche sei. Wenn vielleicht auch der Priesterstand als solcher getroffen werden sollte, so nicht das Priesteramt im allgemeinen.

Der Staatsanwalt beruhigte sich nicht bei dem freisprechenden Urteil. In der Berufungsverhandlung zitierte er alle Reichsgerichtsentscheidungen. Rechtsanwalt Genosse Dr. Kurt Rosenfeld nannte sie veraltet, vor der Revolution entstanden, entsprächen sie nicht mehr dem Geist der neuen Zeit. Sollte das Gericht trotzdem zur Verurteilung gelangen, so würde seine Entscheidung dem Rechtsauschuß des Reichstages als Material für die Unhaltbarkeit des Gotteslästerungsparagraphen dienen. Das Gericht stand aber mutig seinem Mann, die Verhöhnung der Therese Neumann, des Wunders von Konnersreuth, bedeutete für die Richter die Verhöhnung des katholischen Wunderglaubens überhaupt; die Verhöhnung des Pfarrers von Konnersreuth, eine Verhöhnung des Priesterstandes im allgemeinen. So kamen die Herren zur Verurteilung. Der Gotteslästerungsparagraph hatte den Sieg davongetragen.

Zuwiel Lehrlinge

Starke Ueberfüllung des Bäckereigewerbes

Man schreibt uns: Die Zeit rückt näher, wo sich die Eltern und Vormünder mit der Unterbringung ihrer schulpflichtigen Söhne und Mündel Kopfzerbrechen machen. Allgemein herrscht bekanntlich das Bestreben in den Elternkreisen, die Kinder einen solchen Beruf erlernen zu lassen, in dem sie später auch einigermassen vor wirtschaftlicher Not gesichert sind.

Das Bäckergewerbe zählt bestimmt zu den Berufen, in denen Lehrlinge recht gern beschäftigt werden. Und auch die Eltern haben in den unbemittelten Kreisen häufig ein starkes Interesse, ihre aus der Schule entlassenen Söhne möglichst vollständig vom Tisch als Esser wegzubringen. Im Bäckereigewerbe bietet sich hierzu eine gute Gelegenheit, da allgemein die Lehrlinge in Kost und Wohnung beim Lehrmeister beschäftigt werden und somit wenigstens für den leiblichen Unterhalt gesorgt ist.

Es darf aber auch die zweite Seite, die das Bäckergewerbe aufweist, nicht außer Betracht gelassen werden. Vom Zentralverband der Bäckermeisterinnungen ist kürzlich das Ergebnis einer Umfrage veröffentlicht worden, aus dem mit aller Deutlichkeit hervorgeht, daß eine starke Ueberfüllung mit Lehrlingen in diesem Gewerbe vorhanden ist. Neben 66 283 Bäckergehilfen werden 53 840 Lehrlinge beschäftigt.

auf je 100 Gehilfen entfallen 81,2 Lehrlinge.

Ueber diesen Reichdurschnitt ragen die folgenden Landestelle hinaus: Baden mit 2227 Gehilfen und 2240 Lehrlingen, Westfalen 750 Gehilfen und 823 Lehrlinge, Ost- und Westpreußen 1451 Gehilfen und 1559 Lehrlinge, Pommern 1090 Gehilfen und 1801 Lehrlinge, Sachsen 3133 Gehilfen und 4140 Lehrlinge und Württemberg mit 1893 Gehilfen und 2172 Lehrlingen. Hier werden weit mehr Lehrlinge als Gehilfen beschäftigt, so daß bereits in drei Jahren der Gehilfenstand vollständig durch Neuausgelernte ersetzt werden kann.

Die Folge dieser überaus starken Lehrlingshaltung wirkt sich für die Bäckergehilfen wirtschaftlich schlecht aus. Für viele Tausende aus der Lehre entlassene junge Menschen gibt es keine Gelegenheit, als Gehilfe im erlernten Beruf zu verbleiben. Viele Tausende sind gezwungen, bereits nach Beendigung ihrer Lehrlingszeit als ungelernete Arbeiter in andere Berufe überzugehen und wiederum eine sehr große Anzahl hat das Unglück, längere Zeit erwerbslos zu sein. Nach den amtlichen Ergebnissen über die Arbeitslosigkeit bei den Bäckern betrug im Monatsdurchschnitt die Zahl der erwerbslosen Gehilfen 24 041. In den Großstädten ist durch den gewaltigen Andrang der jugendlichen Laibse zu verzeichnen, daß ganz besonders die älteren verheirateten Gehilfen mit einer mehrmonatigen Arbeitslosigkeit rechnen können.

Diese von den Unternehmern festgestellten Zahlen können bestimmt nicht anreizend wirken, um die Eltern und Vormünder zu veranlassen, ihre Söhne und Mündel in die Bäckerlehre zu geben. Es werden bestimmt die Eltern nicht so dumm sein können und ihre Söhne ein Handwerk erlernen lassen, obwohl sie im voraus wissen, daß es für sie in späteren Jahren keine Arbeitsmöglichkeit geben wird.

Trotz dieser gewaltigen Ueberfüllung mit Lehrlingen streben die Bäckermeister bei den Behörden die Genehmigung zu einer Verlängerung der Lehrzeit auf 4 Jahre an. Wir meinen, wenn ein Handwerk erlernt wird und schließlich Jahre hindurch von den Eltern bedeutende Zuschüsse für den Unterhalt erforderlich sind, so darf man aber erwarten, daß dann auch eine wirtschaftliche Existenzsicherheit geboten ist. Das trifft leider im Bäckereigewerbe nicht zu, und daher warnen wir die Eltern und Vormünder, ihre Söhne und Mündel in die Bäckerlehre zu geben.

Der Haushaltsauschuß des Reichstages nahm am Dienstag folgende Entschlußfassung an: „Die Reichsregierung zu ersuchen, unbeschädigt einen Belegentwurf zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Arbeiter und Bediensteten vorzulegen und im Benehmen mit den Ländern in verstärktem Maße für die Wiederbeschäftigung der Wartestandbediensteten zu sorgen.“

Severings Auffassung

Die Verbindlichkeitserklärung preisgegeben

SPD Der Reichsinnenminister Severing äußerte sich am Mittwoch nach seiner Rückkehr aus dem Ruhrgebiet vor der Berliner Presse über seine Schiedsrichteraufgabe. Der Minister führte aus: Es ist falsch, daß ich eine gebundene Marschroute für mein Schlichteramt habe. Ich habe den Auftrag der Reichsregierung nur unter der Voraussetzung angenommen, daß beide Parteien mich als Schlichter anerkennen und daß mir keine Bedingungen gestellt werden. Diese Voraussetzung wurde erfüllt. Der Arbeitgeberverband hat den Wunsch geäußert, daß auch die Arbeitszeitfrage in die Erörterung einbezogen und geregelt würde. Ferner hat er gewünscht, daß die Regelung möglichst langfristig erfolge und daß ich zur Untersuchung der Wirtschaftlichkeit der Betriebe ins Ruhrgebiet komme. Ich habe zugestimmt, diese Wünsche zu berücksichtigen, da es ja auch Wünsche der Gewerkschaften waren. Meine Reise nach dem Ruhrgebiet hatte vor allem den Zweck, zu zeigen, daß die Beilegung des Konflikts nicht auf die lange Bank geschoben werde. Es kam darauf an, Störungen der Wiederaufnahme der Arbeit zu vermeiden. Auf Grund meiner Vollmacht konnte ich Modalitätenanordnungen und Einzelheiten regeln, falls die beiden Gruppen nicht selbst zu einer Vereinbarung über die Wiedereinstellung der Arbeiter gelangten. Erfreulicherweise waren die Befürchtungen nach dieser Richtung hin unbegründet. Am Schluß dieser Woche dürften 75 Prozent der Betriebe wieder laufen. Wenn noch nicht alle Arbeiter zu diesem Zeitpunkt wieder eingestellt sein werden, so liegt das an technischen Ursachen. Die Hochöfen müssen erst wieder angeblasen werden, ebenso muß das Schichtweien erst wieder geregelt werden. Der Schiedspruch

Tätens und ebenso der Vermittlungsvorschlag Bergemanns werden von mir auf ihren Inhalt und ihre wirtschaftlichen Auswirkungen genau geprüft.

Ich habe nicht die Absicht, meinen Spruch zu überstürzen. Meine Aufgabe ist, einen neuen Schiedspruch zu fällen. Der Reichsarbeitsminister konnte den Schiedspruch Tätens nicht abändern. Er konnte nur ja oder nein sagen. Mein Schiedspruch bedeutet kein Desavouieren des Reichsarbeitsministers. Der Schiedspruch Tätens berücksichtigt nicht genug die komplizierten Lohnverhältnisse. Sie sind in ihm zu sehr schematisiert worden. Der erste Mann der Walzenstraße verdient täglich 20 M. und mehr, der ungelernete Arbeiter an derselben Stelle 80 Pf. pro Stunde. Bei der Arbeitszeitfrage wird zu beachten sein, daß im Nordwesten Arbeiter noch eine 60stündige Arbeitszeit pro Woche haben und daß selbst in den Schwermetallbetrieben noch 57 Stunden gearbeitet wird. Die kommenden Besprechungen werde ich zunächst mit den Gewerkschaften, dann mit dem Arbeitgeberverband und schließlich mit beiden Parteien gemeinsam führen.

Voraussichtlich werde ich meinen Schiedspruch Ende der nächsten Woche fällen.

Die Arbeitsaufnahme in Nordwest

WVB Dortmund, 5. Dezember.

Der Arbeitgeberverband teilt auf Anfrage mit: In der weiterverarbeitenden Industrie sind zur Zeit 70 Prozent der Belegschaft wieder bei der Arbeit und bei den Hüttenwerken 30 Prozent. Die Hüttenwerke beginnen heute mit dem Anblasen der Hochöfen.

Handelskammer-Reaktion

Leipziger Handelskammer gegen Angestellte

Anfang November besaßte sich die Handelskammer in Leipzig in einer öffentlichen Gesamtsitzung, über die jetzt im Organ der Handelskammer, der Mitteldeutschen Handelsrundschau, berichtet wird, mit der Erhöhung der Jahresarbeitsverdienstgrenze in der Angestelltenversicherung auf 8400 Mark. Ueber diese Frage referierte Dr. Hans Rüdert, der in der Mitteldeutschen Handelsrundschau darüber auch einen reaktionären Artikel veröffentlichte. Rüdert

schloß zu behalten. So schrieb die Bergwerkszeitung erst kürzlich, daß die wertvollen und besserbezahlten Schichten der Angestellten in der Lage seien, Rücklagen zu machen, um sich in späteren Jahren selbständig machen zu können. Es wäre deshalb eine starke Zumutung, diese Angestellten durch Zwangsversicherung für ein Sozialrentnerleben zu interessieren. Das ist mehr als hoch! Daß in einer Zeit wie der gegenwärtigen auch die besser bezahlten Angestellten keine Ersparnisse machen können, die im Falle einer Berufsunfähigkeit oder im späteren Lebensalter eine ausreichende soziale Sicherung sind, bedarf keines Beweises. Und so ist der ganze Kampf gegen die Erhöhung der Pflichtversicherungsgrenze ein sehr durchsichtiges politisches Manöver. Daß die Leipziger Handelskammer dabei nicht fehlt, wundert uns keineswegs. Der lokalen Reaktion gehört sie schon immer an.

Textilindustrie Westfalen

WVB Berlin, 5. Dezember.

Das Reichsarbeitsministerium hat im Vorkonflikt in der sächsischen Textilindustrie, in der zur Zeit ein vertragloser Zustand besteht, eingegriffen und die Parteien zu Beschränkungen eingeladen, die nächsten Montag in Berlin stattfinden sollen.

Die Aktion der Postler in Oesterreich

TU Wien, 5. Dezember.

Die parlamentarische Lage ist wieder einmal etwas unklar. Der Finanzminister hat in der Sitzung des Nationalrates am Dienstag erklärt, daß er über das von der Regierung dem Bundesangehörtel in der Besoldungsfrage gemachte Angebot nicht viel hinausgehen könne. Die Sozialdemokraten sind für die Forderungen der Bundesangehörtel und auch der Postangestellten voll eingetreten. Die Großdeutsche Volkspartei hat im Nationalrat einen Antrag eingebracht, der den Forderungen der Bundesangehörtel zum Teil gerecht wird. Dieser Antrag wird am Donnerstag im Finanzausschuß zur Verhandlung kommen.

Die Auswirkungen der passiven Resistenz der Postangestellten machen sich allmählich fühlbar. Trotzdem Ueberstunden im Postbetriebe angelegt wurden, stockt der Dienst. Die Briefzustellung erleidet empfindliche Verspätungen. Die Zahl der im Hauptpostamt zurückgebliebenen Sendungen ist auf rund 500 000 gestiegen. Mehrere hundert Postbeutel, die mit dem Mittwoch-Nacht- und Morgen-Schnellzug in Wien eingetroffen sind, liegen aufgestapelt in den Kammern und Bahnhöfen.

Das Aktionskomitee der Postangestellten, das am Mittwoch eine Sitzung abhielt, hat mit Rücksicht auf die völlig ungeklärte parlamentarische Lage keinen Beschluß gefaßt.

Zulassung von Angestellten nach Frankreich zur beruflichen und fachlichen Fortbildung

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben:

Zwischen der deutschen Reichsregierung und der französischen Regierung ist vor kurzem eine Vereinbarung getroffen worden, in der festgelegt wird, unter welchen Bedingungen Angestellte, die sich in Frankreich beruflich und sprachlich fortbilden wollen, zugelassen werden. Gemäß Verfügung des Präsidenten der Reichsanstalt sind für das Kalenderjahr 1928 220 Stellen für kaufmännische und technische Angestellte zu belassen. Die Antragsteller müssen ihre Ausbildung bereits abgeschlossen haben und mehrere Jahre im Inlande praktisch tätig gewesen sein. Außerdem werden nur qualifizierte Bewerber zugelassen. Es ist ferner Bedingung, daß die Bewerber bereits bei Stellung ihres Antrages einen französischen Unternehmer bekanntgeben, der bereit ist, sie zum Zwecke der beruflichen und sprachlichen Fortbildung anzustellen. Zugelassen sind männliche und weibliche Angestellte. Grundsätzlich soll das 30. Lebensjahr nicht überschritten sein. Anträge zur Zulassung sind stets an das örtliche Arbeitsamt zu richten.

Gute Bücher Zeitschriften



sowie Broschüren und Werke aus allen Wissensgebieten in sehr reichhaltiger Auswahl kaufen Sie am vorteilhaftesten in der Buchhandlung der Leipziger Buchdruckerei AG Leipzig C 1. Fernruf 72206

gibt in diesem Artikel zu, daß die Verdienstgrenze für die zwangsweise Zugehörigkeit zur Angestelltenversicherung vor dem Arlege bereits auf 5000 Mark bemessen war, so daß die Erhöhung auf 8400 Mark, also um 70 Prozent, die erst zum 1. September dieses Jahres durchgeführt worden ist, lediglich den Teuerungswertniffern entspricht. Die Angestellten-Verbände hatten übrigens eine Erweiterung des Versicherungspflichtkreises bis zu Gehältern von 12 000 Mark jährlich gefordert.

Die Handelskammer hat eine Entschlieung „ohne Widerspruch angenommen“, in der erklärt wird, daß die Verordnung des Reichsarbeitsministeriums „nicht zu rechtfertigen“ sei, daß sie den Kreis der versicherungspflichtigen Angestellten „ungebührlich weit“ ziehe und den Angestellten selbst „keinen guten Dienst“ leiste. Die Handelskammer fordert deshalb:

- 1. „daß Reichsrat und Reichstag von ihrem gesetzmäßigen Recht Gebrauch machen, eine Aenderung der vom Reichsarbeitsminister vorgenommenen Festsetzung zu verlangen;“
- 2. „Beseitigung des aus der Inflationszeit übernommenen Zustandes, daß der Reichsarbeitsminister allein... eine derartig einschneidende Maßnahme treffen kann.“

Dazu schreibt uns ein Freund der Volkszeitung: Gegenüber der früher geltenden Grenze von 5000 Mark Jahres-einkommen ist bei unserer Geldbewertung die derzeitige Pflichtversicherungsgrenze von 8400 M. eine Selbstverständlichkeit. Sie war längst erforderlich. Wenn die Handelskammer hierzu noch behauptet, daß diese Grenzverweiterung nicht im Interesse der Angestellten liege, so will sie damit nur ihre eigenen Absichten verschleiern. Daß auch für die besser bezahlten Angestellten die soziale und wirtschaftliche Lage immer unsicherer wird, ist offensichtlich und wird auch wachsende Erkenntnis dieser Angestelltenkreise selbst. Die Unternehmer fürchten, daß von dieser Erkenntnis der Weg zur Gewerkschaft nicht mehr weit ist. Sie bieten deshalb alles auf, diese Angestelltenkreise mit der bekannten Ideologie in ihrer Gesol-

Und dabei der gleiche Preis!



Für 12 Tassen Queta Rot mit 10% Bohnenkaffee zahle ich auch nur 5 Pf. wie andere Frauen für einfachen Malz- oder Kornkaffee. Also nehme ich Queta, der uns allen viel besser schmeckt!

Man braucht nur einen Esslöffel pro Liter!



# Sächsische Angelegenheiten

## Modernes Bodenrecht in Sachsen

Die praktische Anwendung des modernen Bodenrechts (des Erbbauens und der Reichsheimstätten) hat auch im Jahre 1927 in Sachsen bemerkenswerte Fortschritte mit sich gebracht.

Im Jahre 1927 sind erneut 112 Hektar Bauland unter Erbbaurecht gestellt worden gegenüber 107 Hektar im Jahre 1925 und 86 Hektar im Jahre 1926. Insgesamt befinden sich jetzt rund 500 Hektar Bauland in Sachsen unter Erbbaurecht. Darunter befinden sich rund 10 000 Wohnungen. Im Jahre 1927 sind 3500 Wohnungen neu auf Erbbauboden errichtet worden. Auch auf diesem Gebiet zeigt die Entwicklung jährlich eine erhebliche Steigerung. Wenn teilweise neuerdings Bedenken gegen die Erbbauweise geltend gemacht werden so zeigt die Entwicklung in Sachsen das Gegenteil. Soweit formale Schwierigkeiten bestehen dadurch, daß nach einer Entscheidung des Oberlandesgerichts der gesamte Inhalt des Erbbauvertrags in das Erbbaugrundbuch eingetragen werden muß, sind Bemühungen um Vereinfachung im Gange. — An Reichsheimstätten sind im Jahre 1927 neu errichtet worden 995, außerdem sind rund 50 Gartenheimstätten neu errichtet worden. Insgesamt waren Ende 1927 vorhanden 3493 Reichswohnheimstätten und 1132 Reichsgartenheimstätten. Rund 290 Hektar Bauland und 100 Hektar Gartenland standen unter Reichsheimstättenrecht. Auch hinsichtlich der Reichsheimstätten zeigt die Entwicklung von Jahr zu Jahr eine erhebliche Zunahme. Eine von den Heimstättenangehörigen im Auftrage des Arbeitsministeriums vorgenommene Kontrolle über den Zustand der Reichsheimstätten hat irgendetwas erhebliche Mängel oder Beanstandungen nicht zutage treten lassen.

## Wieder einer verlor

Dem ehemaligen Sekretär des Textilarbeiterverbandes Max Winkler ist, wie wir der Staatszeitung entnehmen, die Leitung des Arbeitsamtes in Reichenbach i. B. übertragen worden. Winkler ist bekanntlich vor einiger Zeit seines Postens im Textilarbeiterverband enthoben worden, da er die arbeiter- und gewerkschaftsfeindliche Politik der NSD vertrat, zu der er als einflussreicher Dreißigjähriger gehörte. Nun hat Winkler rasch wieder einen Posten erhalten. Daß damit auch den Interessen der Arbeiterschaft gedient ist, muß man allerdings hart bezweifeln.

## Ergebnis der politischen Amnestie

Nach einer Mitteilung der Staatskanzlei ist im Bereich der sächsischen Justizverwaltung die durch das Gesetz über Straffreiheit vom 14. Juli 1928 gewährte Amnestie in 519 Strafsachen 614 Beschuldigten und Verurteilten zuteil geworden.

Wir müssen schon sagen, daß diese Mittelung nicht gerade sehr auffällig ist. Die Öffentlichkeit hat ohne Zweifel ein Interesse daran, genauer zu erfahren, welche Gruppen von Straftaten hierbei berücksichtigt sind, welche Strafformen insgesamt erlassen worden ist usw. Vielleicht läßt sich die sächsische Regierung, die ja im allgemeinen mit sachlichen Mitteilungen an die Öffentlichkeit sehr sparsam ist, doch herbei, hierüber nähere Auskunft zu geben.

## Eisenbahnrebel

Am Sonntag legten auf der Kleinbahnlinie Jittau-Reichenau wahrscheinlich angezogene Gurken beim städtischen Schlachthof in Jittau eine 4,20 Meter lange Eisenbahnschiene über das Gleis, die aber von dem Frühzug um 3,40 Uhr zur Seite geschleudert wurde. Weiter wurde an anderer Stelle verfußt, eine Weiche umgesteuert. Auch ein Verbotstafel wurde herausgerissen und über die Schienen gelegt. Der Frühzug nach Döbnitz wurde dadurch zum Halten gezwungen. Die Reichsbahndirektion hat zur Ermittlung der Täter eine Belohnung von 300 Mark ausgesetzt.

Der neue Landesleiterarzt. Der Oberregierungsveterinärarzt Dr. Zieschmann beim Landesgesundheitsamt ist vom Gesundheitsministerium mit Wirkung vom 1. Oktober 1928 an zum Landesleiterarzt und Ministerialrat im Wirtschaftsministerium ernannt worden.

## Das Zündholz

Eine Kriminalgeschichte von Anton Tschschow.

II.

Zwei Wochen verstrichen. Eines Morgens sah der Untersuchungsrichter am Schreibtisch und blätterte das Aktenstück „Mart Jwanowitsch“ durch. Schukowitsch ging nervös im Zimmer hin und her: „Herr Untersuchungsrichter, wenn Sie von der Schuld des Verwalters und Nikolajstas überzeugt sind, warum wollen Sie nicht einsehen, daß auch Marja Jwanowna schuldig ist? Aber, lieber Freund, das sind doch bloß unsichere Annahmen...“ „Ich will Ihnen beweisen, daß ich recht habe!“ „Also bitte schon, beweisen Sie!“ „Haben Sie das schwedische Zündholz vergessen? Ich werde herausbekommen, wer dies Zündholz im Zimmer des Ermordeten angezündet hat! Weber der Verwalter noch Nikolajstas haben niemals derartige Zündhölzer besessen, das steht fest. Die Zündhölzer gehörten dem dritten Mörder, und das war Marja Jwanowna! Ich werde es nachweisen.“ „Schön“, brummte der Untersuchungsrichter, „sehen Sie sich; wir werden mit der Vernehmung anfangen.“

Nikolajstas wurde herbeigeholt. Er war blaß und zitterte. „Nikola Tereschow“, begann der Richter, „wir wissen alles! Sind Sie vorbestraft?“ Nikolajstas sah den Richter an, begann zu weinen, und es war kein Wort von ihm herauszukriegen. „Abführen!“ schrie der Untersuchungsrichter. „Wesow!“

Der Verwalter wurde ins Zimmer geführt. „Sehen Sie sich mal hin“, sagte der Untersuchungsrichter. „Ich will hoffen, Sie werden heute nicht mehr bestreiten...“ Beim vorigen Male behaupteten Sie noch, Sie wären an dem Mordfall nicht beteiligt. Zum letztenmal frage ich Sie heute: bekennen Sie sich schuldig? Morgen wird es schon zu spät sein!“ „Ich kann nichts bekennen“, antwortete der Verwalter. „Ihre Beweisführung ist falsch.“

„So! Dann will ich Ihnen darstellen, wie sich der Vorfall abgespielt hat. Am Sabbatabend waren Sie mit Mart Jwanowitsch in seinem Zimmer und tranken mit ihm Schnaps. Nachts um eins erklärte dann Mart Jwanowitsch, er sei müde und wolle schlafen gehen, und gab Ihnen noch ein paar Aufträge. Auf ein verabschiedetes Zeichen nahmen Sie zusammen mit Nikolajstas Ihren Herren an den Händen und Füßen und warfen ihn aufs Bett. Nikolajstas setzte sich ihm auf die Füße, Sie auf den Rücken. In dem Augenblick betrat eine schwarzmaskeerte Dame das Zimmer und begann Mart Jwanowitsch zu würgen. Während des Kampfes löschte das Licht aus. Die Dame entnahm ihrer Tasche ein Schwärzchen schwedischer Zündhölzer und steckte die Lampe an. — War es nicht so? Nach Ihrem Gesichtsausdruck zu urteilen stimmt es. Sie hatten Furcht, der Ueberfallene könnte wieder zum Bewußtsein kommen und versehen ihm einen wuchtigen Schlag auf den Kopf. Dann trugen Sie die Leiche fort und legten sie unter den Fliederbaum. Schließlich beförderte ihr den Leichnam über den Raum, springt hinüber, trägt ihn bis zur Brücke, werdet dort von einem Bauern überrascht und laßt im ersten Schrecken davon.“ Der Verwalter stand auf, wollte etwas erwidern, brach aber

# Das Problem der Landchule

Fr. B. Die Aufgaben der Klein- und Landgemeinde auf dem Gebiete des Schulwesens sind zwar sehr umfangreich, werden aber stark bedingt durch die Landesgesetzgebung, in Sonderheit durch die Mittel, die den Gemeinden für ihre eigenen Zwecke durch die Finanzgesetzgebung der Länder und des Reiches überlassen werden.

Der Volksstaat muß ein wesentliches Interesse daran haben, daß allen seinen Gliedern eine möglichst gute Bildung zuteil wird. Er muß auf einen möglichst gleich hohen Stand der Volksbildung bedacht sein. Im Verfolg dieses Zieles muß er notwendigerweise auf die „Dorfschule“ stoßen, die seit langem eine Aktenbrödelstellung unter den Schulen eingenommen hat. Und gerade in der großen Masse der Landbevölkerung liegt heute noch eine ungeheure Menge an Anlagen und Intelligenzen brach, die gewendet und entwickelt werden müssen, damit sie der Volksgesamtheit und im besonderen der Arbeiterschaft dienstbar gemacht werden können. Die Landchule ist ganz systematisch niedergehalten worden, weil die Nachhabe einer früheren Zeit kein Interesse an einer geistig hoch entwickelten Landbevölkerung hatten und auch nicht haben konnten. Dabur sind Verhältnisse eingetreten, die sich heute kaum wieder gutmachen lassen.

Sachsen hat unter der sozialistischen Regierung eine wesentliche Hebung der Landchule versucht. Das Schulbedarfsgesetz, das eine Angleichung der Landchule an die übrigen Schulen erstrebte, konnte bis heute noch nicht restlos durchgeführt werden, weil sich die Verhältnisse früherer Zeiten nur allmählich und mit einem großen Kostenaufwand ausgleichen lassen. Dabei war in Sachsen die Lage nie so trostlos wie in verschiedenen anderen Ländern. Schon durch das Volksschulgesetz vom Jahre 1873 war für Sachsen die einklassige Schule beseitigt worden, eine Schulform, die heute noch in vielen Gebieten des Reiches stark vorherrschend ist. 88,8 Prozent aller Kinder nehmen ihren Bildungsgang durch die Volksschule. Davon besuchen wiederum zwei Fünftel Landchulen. Wenn man nun bedenkt, daß in Preußen z. B. 75,6 Prozent aller Schulen Landchulen mit weniger als vier Lehrkräften sind, dann wird es jedem klar, wach überragende Bedeutung das Problem der Hebung der Landchule hat. Hier liegt eine der wichtigsten Gegenwartsaufgaben unserer Zeit, eine Aufgabe, die vor allem von der Arbeiterschaft mit aller Klarheit gesehen werden muß, denn es handelt sich zum weitgrößten Teil um Arbeiterkinder und um den Nachwuchs der Arbeiterschaft, der in den ungleichbedeutenden Landchulen geistig verkümmern muß.

Damit soll durchaus nicht gesagt sein, daß in der ungleichbedeutenden Landchule nichts geleistet würde. Wir haben sehr viel Verständnis und Sinn für die schwierige Arbeit der Lehrer in diesen Schulen. Aber sie können bei allem guten Willen nur leisten, was im Rahmen so wenig entwickelter Schulverhältnisse möglich ist. Neben der geringen Gliederung hat die Landchule meist noch unter einer sehr starken Klassenbelegung zu leiden. Ueber die Verhältnisse in Preußen gibt eine Statistik, die nach dem Stand vom 1. Mai 1927 aufgestellt worden ist, genaueren Aufschluß. 44 318 Kinder sitzen in einklassigen Schulen mit mehr als 60 Schülern. 514 einklassige Schulen haben zwischen 60 und 69 Kinder, 42 Schulen zwischen 70 und 79 Kinder, 18 Schulen zwischen 80 und 89, 7 Schulen zwischen 90 und 100 und 4 Schulen über 100 Kinder, dazu untere eine mit 110 Kindern in einer Klasse. 86 381 Kinder sitzen in Klassen mit 51 bis 60 Kindern. Diese Zahlen geben ein geradezu trostloses Bild deutscher Schulverhältnisse. Dazu kommt, daß einige deutsche Staaten bis heute noch nicht den Artikel 148 der Reichsverfassung, der die achtjährige Schulpflicht vorschreibt, durchgeführt haben. Ungegliederte Schulen mit starken Klassen und verkürzter Schulzeit, das sind die wesentlichsten Zeichen der Bildungsnot in der vernachlässigten Landchule. Daneben macht sich ein starker Mangel an geeigneten Lehr- und Lern-

mitteln und Schulräumen bemerkbar. Die Gemeinden unter deutschnationaler Mehrheit haben auch heute noch nichts für die Schule übrig. Solange diese Verhältnisse bestehen, wird die Landchule immer an ihrer wirtschaftlichen und geistlichen Abhängigkeit von den Gemeinden krank. Die Volksschule, wenigstens die Landchule, muß eine Veranstaltung des Staates werden. Wenn wir dies fordern, dann denken wir nicht in erster Linie an sächsische Verhältnisse, sondern sehen die Dinge bewußt im Reichsmaßstab.

Die Landchule muß in ihrer Leistungsfähigkeit der gut ausgebauten städtischen Schule angenähert werden. Dazu ist es nötig, daß ihr der nötige Bedarf an Unterrichtsräumen und eine entsprechende Ausstattung an Lehr- und Lernmitteln zur Verfügung steht. Die Schulstellen müssen vermehrt werden, damit die Ueberfüllung der Klassen beseitigt wird. Eine Höchstzahl von 30 bis 35 Kindern pro Klasse, so wie sie in Sachsen und Thüringen eingeführt ist, sollte für das gesamte Reichsgebiet Gültigkeit erlangen. Die achtjährige Schulpflicht und die Fortbildungspflicht für Knaben und Mädchen sollten aus dem Bereich der papiernen Forderungen in die Wirklichkeit erhoben werden. Weitergehender Kinderschutz gegen Ausbeutung in ländlichen Betrieben ist anzustreben.

Um eine bessere Gliederung der Landchule zu erreichen, wird man den in Sachsen beschrittenen Weg der Zusammenlegung von Schulbezirken auch gehen müssen. Wir sind uns durchaus der Mängel einer solchen Maßnahme bewußt, glauben aber, daß die Vorteile einer Hebung des allgemeinen Bildungsniveaus alle Nachteile einer Schulzusammenlegung aufwiegen.

Um dem Schüler der Landchule die Möglichkeit zu geben, daß er in der Volksschule gewonnene Bildung weiterführen kann, müssen für Landbezirke Aufbauschulen, an die Schüler heimlich angegeschlossen sind, errichtet werden. Für anormale Kinder, die einer besonderen Fürsorge bedürfen, sind die entsprechenden Hilfseinrichtungen zu schaffen. Der Landlehrer ist rechtlich und wirtschaftlich den übrigen Lehrern völlig gleichzustellen.

Es ist ein weiter Weg. Viele Jahre werden vergehen, ehe die Landchule ihre Aktenbrödelstellung unter den Schulen überwunden hat. Noch weiß man nicht, ob nicht ein kommendes Reichsschulgesetz alle Ansätze zur Hebung der Volksschule wieder zerstört. Trotz alledem! Die Arbeiterschaft muß alles einsehen, um das Bildungsniveau der Klasse zu heben. Das wiederum ist Voraussetzung für einen Aufstieg der Arbeiterklasse überhaupt. In diesem Sinne werden auch die Kommunalpolitiker ihre Aufgabe sehen müssen. Nicht in einer festeren Bindung an die Gemeinde liegt das Heil der Landchule. Die Landchule soll kannerst gedeihen, wenn sie Staatschule ist.

Banzen. Dreifacher Raubüberfall. Ein unglaublicher Raubüberfall wurde auf den Beamten der Stationskasse in Singwitz verübt. Zu dem Beamten, der allein im Dienstraum anwesend war, trat plötzlich ein Unbekannter mit vorgehaltenem Revolver ins Zimmer und forderte die Herausgabe der Stationskasse. Der Beamte lieferte darauf keine Blechschiffe mit etwa 20 Mark ab, womit sich der Räuber aber nicht zufrieden erklärte. Durch seine weiteren Drohungen mit Erschießen nötigte er den Beamten, noch seine Privatmittel von 45 Mark herauszugeben. Darauf konnte der Räuber unerkannt entkommen.

Dresden. Gegen die Eingemeindung. Wie berichtet wurde, plant Dresden u. a. auch die Eingemeindung von Hosterwitz. Dagegen machen sich aber allerhand Widerstände geltend. Beim dortigen Gemeinderat von Hosterwitz ist ein Antrag von 34 Eingemeindungsgegnern eingegangen, die eine Bürgerabstimmung über die Frage der Eingemeindung fordern. Dem Antrag muß stattgegeben werden. Da die Zahl der Stimmberechtigten über 760 beträgt, sind die Aussichten für eine Eingemeindung offenbar nicht sehr groß.

ohnmächtig zusammen. „Jetzt hat er sich verraten!“ sagte der Untersuchungsrichter. „Aber das Zündholz“, rief Schukowitsch unruhig. „Ich muß den Fall aufklären!“ Er erhob sich und lief aus dem Zimmer.

Gegen sechs Uhr kam er zurück und war so aufgeregt, daß seine Hände zitterten und seine Wangen braunten. „Hören Sie mich an und staunen Sie“, sagte er zum Untersuchungsrichter, „ich habe noch einen vierten Täter entdeckt: Eine Frau, und was für eine Frau! Für einen Händebred dieser Frau hätte ich auch mein Leben hingeben! Ich sah nach Mart Jwanowitschs Gut... Unterwegs fragte ich in allen Läden nach schwedischen Zündhölzern. Schließlich gab man mir in einem Dorf in der Nähe des Gutes ein Paket mit neun Schwärzchen. Wer hat die zehnte Schwärzchen gekauft? Frage ich. Man nennt mir den Namen einer Dame. Wissen Sie, welche Dame das war? Sie würden es nie erraten! Es ist die junge hübsche Gattin unseres Polizeihauptmanns, Olga Petrowna, die das Schwärzchen Zündhölzer kaufte...“

„Kollege, Sie haben Ihren Verstand verloren!“ Durchaus nicht. Sie raucht nicht, sie liebt Mart Jwanowitsch. Er zieht ihrer Liebe die Liebe einer hübschen kleinen Witwe vor, sie ist eifersüchtig, und so weiter... — Wir müssen zu ihr fahren und den Fall untersuchen.“ Der Untersuchungsrichter zwachte mit den Schultern. Schukowitsch drang in ihn: „Herr Untersuchungsrichter, ärgern Sie nicht! Diesmal irre ich mich nicht. Es ist ein Roman, über den die ganze Welt sprechen wird. Sie werden ausgezeichnet werden.“ „Also schön, in drei Teufels Namen denn, fahren wir hin...“

Als der Wagen des Untersuchungsrichters vor dem Hause des Polizeikommissars vorfuhr, war es schon dunkel. „Wir sagen einfach“, schlug Schukowitsch vor, „wir hätten einen Unfall mit dem Wagen gehabt und müßten daher vorprehen.“ Sie klingelten und wurden hineingelassen. Eine stattliche Dame mit voller Figur, dunklen Augen mit langen Wimpern und einem überaus hübschen Gesicht, ungefähr dreißigjährige Jahre alt, begrüßte die Gäste auf das freundlichste; das war Olga Petrowna, des Kommissars Frau.

„Das freut mich“, sagte sie, „Sie kommen gerade zum Abendbrot zurecht. Mein Mann ist nicht zu Hause; er ist zu Besuch beim Pfarrer. So treten Sie doch bitte näher, setzen Sie sich...“ Wie kommen Sie in unsere entlegene Gegend?“ „Zufällig“, erwiderte der Untersuchungsrichter, „eine Weiche brach aus, und da wir gerade so nahe waren...“ „Ja, eine Weiche!“, wiederholte Schukowitsch; doch dann trat er auf Olga zu und rief: „Wo ist Mart Jwanowitsch? Wo ist der Mann, den Sie getötet haben?“ „Welcher Mart Jwanowitsch?“ fragte Olga und wurde dunkelrot. „Im Namen des Geleches, antworten Sie mir: wo ist Mart Jwanowitsch? Wir wissen alles!! Zeigen Sie uns die Stelle, an der seine Leiche liegt, sonst müßten wir...“ „Welche Leiche?“ fragte Olga, sehr unruhig. „Aha, Sie zittern, Sie werden unsicher... Wir wissen alles! Ihre Genossen haben Sie angeheben...“

Olga Petrowna wurde blaß. Letzte sagte sie: „Gehen wir. Er ist in der Badestube verstorben. Aber erzählen Sie es um Himmels willen nicht meinem Mann! Darum bitte ich Sie...“ Olga Petrowna nahm einen Schlüssel von der Wand und führte die Besucher über den Hof zur Badestube. Es regnete. Olga ging voraus, die beiden Männer hinterher; sie sagte nachmal: „Ich beschwöre

Sie, sagen Sie das keinem Menschen! Da ist die Badestube. Sie schloß auf und ließ die Herren eintreten. Schukowitsch zündete ein Streichholz an.

„Wo ist der Tote?“ fragte der Untersuchungsrichter. „Dort, auf der obersten Bank“, antwortete Olga zitternd. Schukowitsch entzündete ein Licht und kletterte zur obersten Bank hinauf. Dort lag er eine Gestalt liegen, die mit einer Decke verhüllt war und — schnarchte...“

„Aufstehen!“ schrie Schukowitsch. „Wer ist denn da?“ fragte eine tiefe Stimme. Schukowitsch sah den Unbekannten an und schrie gelend auf; es war der Rittmeister Ritschlow. „Mart Jwanowitsch, Sie, das ist doch nicht möglich!“ „Doch, ich bin es, Schukowitsch! Was machen Sie denn hier? Und wer ist das? Der Untersuchungsrichter! Wir kommen Sie hierher?“ Mart Jwanowitsch sprang rasch von der Bank, um den Untersuchungsrichter zu begrüßen. Olga verließ schnell den Raum.

„Bist du es nun, oder bist du es nicht?“ fragte der Untersuchungsrichter. Mart Jwanowitsch trank drei Gläser Wodka hintereinander aus und rief Schukowitsch zu: „Was sehen Sie mich denn so an? Trinken Sie lieber ein Glaschen!“ „Aber so sag mir doch, wie kommt du hierher?“ „Warum nicht? Ich liebe hier bei Olga Petrowna...“ habe hier einen kleinen Aufenthalt genommen. Sie tat mir einfach leid. So eine junge Frau und hat einen alten Mann... Na, und nächste Woche will ich sie wieder verlassen...“ „Das ist doch nicht zu glauben“, rief Schukowitsch. „Warum nicht?“ „Wie kam denn Ihr Stiefel in den Garten?“ „Welcher Stiefel?“ „Wie fanden den einen Stiefel im Schlafzimmer und den anderen im Garten...“ „Woher müßt Ihr das wissen? Das ist doch nicht eure Angelegenheit! Trinkt doch lieber! Aber meinnetwegen, ich werde euch die Geschichte mit dem Stiefel erzählen: Ich hatte keine Lust, zu Olga zu gehen... Da erscheint sie plötzlich unter meinem Fenster und beginnt zu schelten. Betrunkene wie ich bin, werfe ich mit meinem Stiefel nach ihr. Da klettert sie durch das Fenster in mein Zimmer, zündet die Lampe an und fängt mich zu verprügeln an... Dann aber lockte sie mich hierher und schloß mich ein.“

Der Untersuchungsrichter spudete aus und verließ die Badestube. Schukowitsch schloß sich im an. Unterwegs schweigete sie die ganze Zeit. Doheim erwartete sie der Arzt. „Dieser Glöckner“, begann er. „Läß mich mit deiner Politik zufrieden!“ schrie der Richter und warf seine Mähne auf den Tisch. Und zu Schukowitsch gewandt: „Du werde ich auch nicht vergessen!“ „Aber die schwedischen Zündhölzer...“ „Geh und bring mich nicht in Wut...“ Schukowitsch nahm seinen Hut und ging. „Heute trinke ich mir aber einen Rausch an“, murmelte er im Hinausgehen.

Olga Petrowna kehrte aus der Badestube zurück und fand ihren Mann heimgekommen. „Was wollte der Untersuchungsrichter?“ fragte er seine Frau. „Er wollte dir nur erzählen, daß man Mart Jwanowitsch gefunden hat. Denke dir nur: bei der Frau eines anderen! So oft habe ich ihm gesagt“, fügte sie mit entrüstetem Augenblick hinzu. „Diese ewige Jagd nach den Weibern nimmt sicher noch einmal ein böses Ende. Na, da habe ich recht behauptet...“ Der Polizeihauptmann umarmte seine treue Gattin. (Aus dem Ruffischen von G. B.)

Ende.



## Überlastung der Richter

Von Ministerialdirektor Günther in Dresden.

Die Arbeitslast der Richter ist zu einem großen Teile geradezu unerträglich. Die Tatsache ist nicht ausreichend bekannt. Es ist nicht schwer, sich einigermassen darüber zu unterrichten. Die Terminzettel, die an den Sitzungstagen an den Sitzungszimmern aushängen und Zahl und Namen der anstehenden Sachen angeben, der Besuch der öffentlichen Sitzungen beweisen — namentlich an den größeren Gerichten — diese Tatsache: zum Beispiel 50, 60, 100 und mehr bürgerliche Rechtsstreitigkeiten an jedem Sitzungstage vor dem Amtsrichter machen die Überlastung augenfällig. Die vom Gesetz gewollte eingehende Erörterung der Streitstoffe mit den Beteiligten ist oft bei der zur Verfügung stehenden Zeit und infolge der Menge der Sachen technisch nicht durchführbar. Kurze Termine können vielfach nicht gegeben werden. Verhandlungstermine, Beweisaufnahmen, Urteilsverkündigungen und dergleichen mehr werden — ohne Verschulden der Richter — hinausgezögert, die Qualität der richterlichen Arbeit wird beeinträchtigt. Zu diesen und anderen Nachteilen, die den Rechtsuchenden erwachsen, gesellen sich andere: zum Beispiel Raubbau an der Gesundheit, zahlreiche Erkrankungen als Folgen der Arbeitsüberbürdung, keine Zeit zur eigenen, den Interessen der Rechtspflege dienenden Fortbildung, keine oder unzureichende Unterweisung der Referendare und damit Verschlechterung des juristischen Nachwuchses, Abkehr guter juristischer Kräfte vom Justizdienste und anderes mehr.

Diese Überlastung datiert nicht von gestern. Sie geht schon Jahre zurück. Ihre Ursachen? Überfülle von Gesuchen, Überfülle von Prozessen und sonstiger Rechtsansprüche, unzureichende Angliederung der Richter- bzw. Beamtenzahl an neue den Gerichten zugeflossene Arbeitsgebiete (Aufwertungssachen, Mietgerichte, Bezugsungen in Strafsachen, Arbeitsgerichte), veraltete Geschäftsordnung, unzureichende bürokratische Einrichtungen, Mangel an Stenographen und Fernsprechern, unzureichende Büchereien, unzureichende Entlastung der Richter von Geschäften, die anderen qualifizierten Beamten zugewiesen werden könnten, erschlaffte Abordnungen von Richtern an andere Behörden, Dreiteilung der Personalsachen (Min., OLG, GStA) und dadurch bedingte Vermehrung von Verwaltungsgeschäften und unzweckmäßiger Verschleiss richterlicher Kraft, Überzahl von nicht ausreichend eingearbeiteten Assessoren in den stark belasteten Zivilabteilungen der großen Amtsgerichte, Richterwechsel durch unangebrachte Verlegungen und andere Ursachen.

Die Ursachen weisen zugleich den Weg zur Abhilfe. Voraussetzung ist völlige organische Umformung des Rechtswesens, Umgestaltung der Verwaltungstechnik in der Justizverwaltung in organischer und methodischer Hinsicht, mehr schöpferisch, auf Menschen- und Sachökonomie abgestellte Initiative in den geltenden Körpergesetzen und der Justizverwaltung. Die eingehende Erörterung aller dieser Dinge würde viel Raum beanspruchen. Sie können hier nur angedeutet werden. Das Interesse der Allgemeinheit an einer guten, schnellen Rechtspflege erfordert Entlastung der Richter. Abhilfe tut dringend not!

### Eingelaufene Schriften.

Leosilla Regens, Aufschnung und Cyfer. Lebenskampf eines modernen Jüngers. D. Gumbert, Berlin, Stuttgart.  
 Felix Kraus, Der unheimliche Gek. Roman. J. G. Speidel'sche Verlagsbuchhandlung, Wien und Leipzig.  
 Otto Müller, Die Welt. Geschichten. Verlag Albert Langen, München.  
 James Wilson Johnson, Der weiße Kater. Ein Leben im Jahre der Kassen. Mit einem Geleitwort von Friedrich Deltus. Frankfurt Securus-Druckerei G. m. b. H. Abteulung Buchverlag, Frankfurt a. M.  
 Kinnah 1920. Herausgegeben von A. J. Stierfer. Internationaler Psychoanalytischer Verlag, Wien.  
 U. von Alda, Geburtenregelung. Eine ethische und wirtschaftliche Forderung. Verlag Dr. W. Reich, G. m. b. H., Oberursel im Taunus.



## Winterfahrt in die Alpen

Nach Zell am See, Salzburg, Berchtesgaden

Wenn zur Winterzeit in den Großhöfen der Schnee kaum Zeit hat, richtig zur Erde herunterzukommen, weil der Großstadtverkehr beinahe alle Straßen nicht vertragen kann, dann schimmern Berge und Täler der Alpen in ihrer schönsten Pracht, die die Eisriesen über sie gebreitet haben. Wo sich im Sommer das grüne Gewand der Matten bis hoch an die Bergspitzen hinaufzieht, hat der Winter eine dicke, weiße Decke aufgelegt, auf der Silberröhre zu



Tale sausen; wo im Sommer die Sonne sich in klaren Bergseen spiegelt, trägt blühendes Eis Schlittschuhläufer und Schlittensfahrer; wo das Frühjahr gründernde Knospen und Blätter hervorjaubert, gliedert der Raureif in schweigender Einsamkeit.

Einjamkeit! — Das ist das herrliche in dieser winterlichen Alpenwelt. Wer sie liebt und sie liebt, der findet sie da oben. Wer einmal weg sein will von allem nervensprengenden Getriebe, der findet Ruhe, herrliche Ruhe, da oben bei den Eisriesen.

Eine verbilligte Gelegenheit dazu bietet in der Weihnachtswoche der Verwaltungsjahreszug des Leipziger Verkehrsamtes. Der Zug verläßt Leipzig am 1. Feiertag, also am 25. Dezember, 20.50 Uhr und trifft mit Fahrt über Zeitz — Gera — Weida — Hof — Regensburg — Landsbut — Freilassing — Salzburg in Zell am See (Pinzgau, Oesterreich) am 26. Dezember 12 Uhr ein, mit einer Abzweigung ab Freilassing in Berchtesgaden (Bavern) 10.35 Uhr. Die Rückfahrt erfolgt am 2. Januar ab Zell am See 8 Uhr morgens, ab Berchtesgaden 7.50 Uhr. Der Aufenthalt in den Alpen ist also auf eine volle Woche berechnet, die auch in Salzburg verbracht werden kann.

Der Fahrpreis beträgt nach Zell am See und zurück 31,30 Mark, nach Salzburg 26,70 Mark, nach Berchtesgaden 27,30 Mark. Der Zug hält in Leuzsch, Plagwitz und Regau. Zusatzkarten lösen, für 7 Nebenwohnungen einschli. Morgentisch, Heizung, Licht, Stiebtrennung, Bedienungsgehalt, Kurs- und Steuerabgaben vom 26. Dezember bis 2. Januar früh in Zell am See: Zusatzkarte A = 21 Mark für Privatwohnung, Zusatzkarte B = 28 Mark für gute Gasthöfe, Hotels oder Fremdenheime; in Berchtesgaden: Zusatzkarte C = 25,00 Mark für Privatwohnung, Zusatzkarte D = 30,10 Mark für gute Gasthöfe, Hotels oder Fremdenheime; Zusatzkarte E = 1,50 Mark für ein vorausbestelltes Mittagessen am 2. Januar in der Bahnhofswirtschaft Regensburg. Dort ist auch gegen bar zu haben eine Erlebnissuppe für 0,30 Mark und warme Regensburger Würst für 0,20 Mark.

Gegen Abgabe der Zusatzkarten, spätestens bis 17. Dezember, werden Wohnungsbeihilfen ausgestellt.

Sportgerät kann in die Personenwagen mitgenommen werden, soweit die Mitreisenden nicht beschäftigt werden. Gegen Lösung einer Sportgerätekarte zu 50 Pf. (für Hin- und Rückfahrt je eine besondere Karte gleich mit der Fahrkarte lösen) kann es aber auch am Packwagen des Sonderzuges aufgegeben werden. Das Sportgerät muß auf einem Anhänger mit dem Namen des Reisenden versehen sein. Gepäc kann zum Sonderzug zu den gewöhnlichen Tariffäken aufgegeben werden.

Alle Weitere ist zu ersehen aus dem „Führer Nr. 1“, ers



hältlich in unserer Inseratannahme, Tauchaer Straße 10/21, an den Schaltern 2 und 3 Westseite des Hauptbahnhofes und der Bahnhofe Leuzsch, Plagwitz und Regau. Weitere Auskunft durch das Reichsbahnverkehrsamt in Leipzig, Roscherstraße 1, Fernsprecher 70 921 oder 72 761 (Umschalter 758).

# HERVORRAGENDES ANGEBOT

# STAR

Der wundervolle Rasierapparat „Star“ mit unerhört scharfer, lange schnitthaltender Klinge. Apparat mit einer Klinge M. — 50.

Dieses Angebot gibt Ihnen Gelegenheit, die Star-Klinge zu versuchen. Unsere Star-Klingen passen nur in Star-Apparate und werden zu M. 2.— das Paket zu 5 Stück Inhalt verkauft.

Apparat mit einer Klinge

# 50 Pf.



Was angenehmes Rasieren heißt, können Sie nicht wissen, bevor Sie Star-Klingen benutzt haben.

Der Apparat ist schön ausgeführt, dauerhaft, handlich, und leicht zu reinigen. Star-Klingen entzücken durch ihren sanften, angenehmen Schnitt — eine Folge der besonderen Star-Qualität und der eigenartigen Schleifmethode.

Star-Klingen sind stark, nicht biegsam und nur in Star-Apparaten zu gebrauchen.



Zu haben in folgenden und vielen anderen Leipziger Eisen- und Stahlwaren-Fachgeschäften

### Innere Stadt:

Berndt, Lax & Co., Thomassasse 6  
 Gebr. Hausstein, Am Hallischen Tor 2-4  
 Dossin & Schnabel, Blächerstraße 18  
 Köhler & Kunad, Johannisplatz 20  
 Kraushaar & Co., Tauchaer Straße 17  
 Willy Kretschmar, Frankfurter Straße 15  
 Paul Köhn, Petersstraße 24  
 Hugo Kullmann Nachf., Neumarkt 16  
 Hugo Möbius, Dresdener Straße 67  
 J. Carl Müller, Brühl 18  
 J. Carl Müller, Hainstraße 27  
 Rother Nachf., Inh. Walter, Plauensche Straße 2  
 Eligio Suda, Nürnberger Straße 9  
 Arno Schöfeld, Ranfische Gasse 6  
 Adolf Stark, Windmühlenstraße  
 Emil Wilbrand Nachf., Markt 17

### Süden:

Hermann Kalische, Bayerische Straße 50  
 Moritz Seidel, Biederstrasse 2  
 Arthur Wahrig, Dufourstraße 10

### Osten:

Ernst Böttcher, Eisenbahnstraße 76  
 Johannes Grunert, Stettiner Straße 129  
 Herm. Richter & Sohn, Reitzenhainer Straße 25  
 Paul Jentsch, Paunsdorf, Hauptstraße 75  
 Alwin Richter, Breite Straße 22

### Norden:

Heinrich Kohde, Gohlis, Kirchplatz 5  
 Conrad Kunick, Delitzscher Straße 44  
 Walter Lorenz, Wahren, Bahnhofstraße 23  
 Herm. Paul Naumann, Hallische Straße 145  
 Arthur Werner, Mückern, Hallische Straße 140

### Westen:

Gustav Berger, Kleinschocher, Dieckstraße 19  
 Walter Böhm, Lindenau, Karl-Heine-Straße 72  
 Fedor Groß, Lindenu, Josephstraße 47  
 Albert Hoppe, Plagwitz, Zschoscherstraße 33  
 Hugo Moritz, Lindenau, Gumborfer Straße 30  
 Hermann Rudolph, Lindenauer Markt  
 Hermann Seidel, Plagwitz, Zschoscherstraße 34  
 Paul Wüchel, Großschöcher, Hauptstraße 23  
 Weitere Bezugsquellen, auch von auswärts, weist nach  
**Erich Brinkmann, Leipzig W 31**  
 Nonnenstraße 32 Fernruf 410 68



## Das Haus sagt aus ...

Es wird um keinen Nietenbetrag gestritten, es ist auch keine vorwärtige Rechtsangelegenheit, auch sonst keine Sensation, trotzdem ist der Verhandlungsraum des Arbeitsgerichts mit Zuschauern stark gefüllt, und am Korridor wartet fast noch ein Dutzend Zeugen. — Eine Aufwarterin sagt von einer Pensionärin Lohn für vierzehn Wochen ein, pro Woche macht es zehn Mark aus, sind also insgesamt einhundertvierzig Mark eingeklagt. Die Sache kompliziert sich aber durch folgenden Tatbestand: Die Aufwarterin hatte zusammen mit ihrem Mann, einem abgehauten Angestellten, von der Klägerin eine dürftig und primitiv möblierte Küche gemietet, die wöchentlich zehn Mark kostete. Die zehn Mark Miete wurden nun des öfteren gegen die zehn Mark Lohn aufgerechnet, so daß die Geld- und Rechtsverhältnisse für Außenstehende nicht ganz klar waren. So kam es auch, daß die Pensionärin behauptet, daß die Klägerin die ganze Zeit die Aufwartung besorgt habe, nur zwei Wochen wollte sie zugestehen.

Zur Aufhellung der tatsächlichen Verhältnisse waren zahlreiche

Mieter aus der Pension und auch einige andere Hausbewohner als Zeugen geladen. Der Rest der „Hausbevölkerung“ hatte fast vollständig im Zuhörerraum Platz genommen ... Zeugenvernehmung.

1. Der „Herr Bankier“. Er teilt dem Vorsitzenden in aller Schnelligkeit mit, daß er bis „vor dem Kriege“ selbständig gewesen sei, jetzt „allerdings“ nur mehr Vertreter sei. Er habe sich nicht darum gekümmert, welche „Person“ bei ihm ausgelegt habe, „eine sieht wie die andere aus“ ...

2. Die „Hausfreundschaft“, eine ehemalige Schauspielerin. Sie ist betont herzhaft und besüßert, durch die Zeugenaussage ihr zartes Leben zu gefährden. Sie will nur gesehen haben, daß die Klägerin gelegentlich den Hund der Pensionärin spazieren geführt habe. Auf die Frage der Klägerin, ob sie sich nicht daran erinnern könne, daß sie vor ihr die Zimmer in Ordnung gebracht habe, sagt sie: „Es ist möglich, alles ist möglich, aber ich erinnere mich an gar nichts, verstehen Sie, an gar nichts!“

3. Die nächste Dame ist eine Kaffeehauerin der Beklagten, auch sie erinnert sich deswegen an nichts ...

4. Eine Zeugin wird aufgerufen. „Ihr Alter?“, fragt der

Richter. „Einunddreißig“, sagt sie zögernd. Nach einigen Minuten hebt sie zögernd die Hand ... so wie man das in der Schule gelernt hat ... „Bitte, ich war nicht ganz im Bilde bei Ihrer Frage, ich bin nämlich vier und dreißig Jahre alt.“ Im Zuhörerraum erhebt sich ein Gemurmel, „So eine Verlogenheit!“, sagt eine dicke Dame hinter mir. „Ja, ja, die heutige Jugend ...“, brummt der Herr im Pelz neben ihr. „Alles wegen der Männer!“, klingt eine abschließende Bemerkung.

Die Zeugenvernehmung geht weiter, und man merkt deutlich, daß fast sämtliche Zeugen, und vor allem die Zeuginnen, nur vornehmlich auf Seite der Beklagten stehen und mit aller Gehässigkeit und feindseligen Abwehr auf alle Versuche der Klägerin reagieren, die deren Gedächtnis wieder aufzufrischen will. Es steht eben auf der einen Seite „das Haus“ und auf der anderen Seite die „Fremde“, „Hausfreundschaft“ gegen powere Reinemachefrau.

Das Resultat ist auch, daß die Klägerin nur für einen Bruchteil der Zeit Lohn bekommt ... Es ist ja kein Wunder, das Haus sagt aus, das Haus der Spießbürgerlichkeit und der bürgerlichen Borniertheit sagte aus gegen die Proletarierfrau. Es ist ja kein Wunder, ist so etwas wie eine „patriotische“ Pflicht ...



# LEBENSMITTEL

in unserem Hause einzukaufen ist jetzt doppelt so angenehm, denn Sie können an allen Einkaufsständen unserer Lebensmittelabteilung direkt bezahlen und die Waren

# GLEICH MITNEHMEN

Dadurch findet eine außerordentlich flotte Abwicklung statt, die für Sie eine große Zeitersparnis bedeutet und für uns das Bewußtsein, unseren Kunden einen erneuten Dienst erwiesen zu haben.

### Kolonialwaren

Zucker gemahlen	1 Pfd. 25.5
Puderrucker	1 Pfd. 38.5
Kaff. Sultaninen	1 Pfd. 38.5
Smyrna-Sultan	1 Pfd. 75, 85, 50.5
Mohn, blau	1 Pfd. 60.5
Kokosnuß geraspelt	1 Pfd. 58.5
Mandelersatz	1 Pfd. 65.5
Haselnußkerne	1 Pfd. 1.28
Orangant	1 Pfd. 1.20
Zitronat	1 Pfd. 1.40
Mandeln, süß	1 Pfd. 1.95
Mandeln, bitter	1 Pfd. 2.10
Maiskernpuder	3 Pfd. 95.5
Welzenmehl	5 Pfd. 95.5
Kaiserauszugmehl	5 Pfd. 1.15

Backpflaum	1 Pfd. 80, 50, 35.5
Mischobst	1 Pfd. 95, 50.5

### Fettwaren

Margarine	1 Pfd. 54, 48.5
Rindertalg	1 Pfd. 50.5
Kokos-Speisefett	1 Pfd. 85.5
Schmelzmargarine	1 Pfd. 85.5
Schmelzbutter	1 Pfd. 2.40

Molkereibutter	1/2 Pfd. 1.—
Allert. Molkereibutter	1/2 Pfd. 1.15
Smyrna-Foig.	200-g-Pak. 25.5
Kranzfeigen	3 Pfd. 95.5
Mandarinen	2 Pfd. 95.5

### Diverse Weine

Tarragona	1 Pfd. 85.5
Insel Samos	1.30
Malaga	1.40
27er Siebeldinger	1.30
Sonnenberg	1.30
27er St. Martin	1.40
26er Gaubickelheimer	1.50
20er Remicher	1.70

### Rindfleisch

Brust	1 Pfd. 1.00
Boimfleisch	Pfd. 1.10
Hohe Rippe	Pfd. 1.20
Gulasch	1 Pfd. 1.25
Schmorfleisch	1 Pfd. 1.50
Rouladen	Pfd. 1.60
Querrippe	Pfd. 85.5

### Schweinefleisch

Bauch	1 Pfd. 1.10
Keule	1 Pfd. 1.25
Kamm	1 Pfd. 1.30
Rücken	Pfd. 1.40
Fettz. Ausbr. Pf.	1.—
Gehacktem Pf.	70.5

Walnüsse	1 Pfd. 62.5
Haselnüsse	1 Pfd. 85, 55.5

### Wild- und Geflügel

Hirschragout	1 Pfd. 50.5
Hirschblatt	1 Pfd. 1.—
Hirschkeule u. Rück.	1 Pfd. 1.40
Hasenkeulen	St. 1.25
Jge. Enten	1 Pfd. 1.45
Suppenhühner	1 Pfd. 1.45

### Wurstwaren

Schweinskopf	1 Pfd. 95.5
in Gelee	1 Pfd. 95.5
Landleberwurst	1 Pfd. 1.40
Echte Braunschweig. Schlackw.	Pfd. 2.50
Echte Braunschweig. Teewurst	Pfd. 1.95
Kalbisleberwurst	1 Pfd. 2.00
Cervelatw.	Pfd. 2.20
Salami	Pfd. 2.20
Nußschink.	Pfd. 2.20
Kass. Rippsp.	Pf. 1.85
Schweinekleinf.	in Gelee Pfd. 45.5
Plackwurst	Pf. 1.50

Weinbrand-Verschn.	1/2 Fl. 2.45
Jamaica-Rum-Verschnitt	1/2 Flasche 2.95

### Konfitüren

Märchen-Figuren	St. 25, 15, 10.5
Schokoladen-Herzen	5-St.-Kart. 30.5
Gewürz-Honigkuchen	Paket 1.—, 50.5
Pflastersteine	Pfd. 80.5
Weihnachts-Schokolade	200-g-Taf. 60.5
Lebkuchen, 6-Stück-Blechdose	95.5

### Kalbfleisch

Brust	1 Pfd. 1.20
Kamm	1 Pfd. 1.20
Keule	1 Pfd. 1.40
Niere	1 Pfd. 1.40

Pfifferfleisch	1 Pfd. 95.5
----------------	-------------

### Pökeiffleisch

Keule	1 Pfd. 1.25
Kamm	1 Pfd. 1.40
Bauch	Pfd. 1.10
Rinderbrust	Pf. 1.60

### Hammelfleisch

Bauch	Pfd. 1.20, 1.—
Rücken	Pfd. 1.30, 1.10
Keule	Pfd. 1.40, 1.20

### Konserven

Gemüse-Erbisen	50.5
Kaiserschoten	1.75
Jg. Schnittbohnen	1.05, 85, 62.5
Junge Wachbohnen	85.5
Gem. Gemüse	1.95, 1.65, 1.25, 95.5
Jg. Karotten, extra kleine	1.15
Prinzelbohnen	1.95, 1.50
Spargelabschnitte	1.75
Spargelköpfe, grün	2.95, 2.45
Stangenspargel 50/60	2.95
Pflaumen mit Stein	70.5
Birnen, ganze Frucht	95.5
Heidelbeeren	1.10
Mirabellen	1.25
Hawai-Ananas	1.25
Reineclauden	1.50
Senfgurken	1-Lit.-Dose 95.5

Kiel. Sprott.	1-Pfd.-Kiste 55.5
Frankf. Würste Paar	50.5

### Diverse Käse

Brie-Ecken	Stück 55, 25.5
Limburger	1 Pfd. 68.5
Edamer, halbfett	1 Pfd. 95.5
Tilsiter, halbfett	1 Pfd. 95.5
Gebelratskäse	Stück 1.50

Emmentaler Käse ohne Rinde	1 Pfd. 85.5
Schweizer Käse ausgewogen	1 Pfd. 1.50

Sonntag den 9. Dezember ist unser Haus von 2—6 Uhr geöffnet!

# ALTHOFF





Die Ruheohnordnung

Auf dem Sächsischen Gemeindetage wurde auch ein Antrag der sozialdemokratischen Vertreter verhandelt, der ein Ersuchen an das sächsische Ministerium des Innern forderte, die „Richtlinien für Ortsgelege über Ruhegehalt an Gemeindeangestellte und Ruheohn an Gemeindearbeiter“ zurückzuziehen.

Man hätte nun erwarten sollen, daß die Kommunisten, die während der ganzen Tagung sich in blühender Begeisterung der Sozialdemokratie lächerlich machten, wenigstens diesem Antrage ihre Gnade erweisen hätten.

Die sozialdemokratische Auffassung vertrat Genosse Finsterbusch, Dresden. Er versuchte auch, falls die Zurückziehung der Richtlinien nicht zu erreichen ist, durch Forderung ihrer Einzelbestimmungen Besserungen hineinzubringen.

Die Bürgerlichen hielten es nicht für nötig, auf diese Forderungen einzugehen. Das Verhalten der Kommunisten gab ihnen die Gewißheit, daß sie bei deren blindwütigen Kampfe gegen die SPD ja schnell noch nicht das Strafgericht eines geschlossenen aufstrebenden Proletariats zu fürchten haben.

Deutschland in der Welt voran

Die Sprache der Behörden

In der Frankfurter Zeitung werden drei Briefe von Behörden abgedruckt, die sehr anschaulich den in Deutschland üblichen Ton der Behörden verdeutlichen. Der erste Brief ist das Schreiben einer englischen Postbehörde an eine Frankfurter Firma:

Meine Herren!

Unter Bezugnahme auf Ihre kürzlich ergangene Mitteilung betreffend ein Paket Nr. 36, das an N. N. in Frankfurt, Deutschland, gerichtet war, habe ich Ihnen zur Kenntnis zu geben, daß nach angelegten Erkundigungen es den Anschein hat, daß das Paket, obwohl als Luftpaket behandelt, in unserem Lande eine gewisse Verzögerung erlitt, doch ist der Grund für diese Verzögerung bisher noch nicht festgestellt worden.

Ihr sehr ergebener Diener

Hilfskontrollleur.

Den zweiten Brief hat eine Leiterin der F. J. auf Ihre Anfrage von einem französischen Bahnhofsleiter erhalten:

M i e s, 10. September 1928.

Gnädige Frau,

Ich habe die Ehre, Ihnen auf Ihren Brief vom 18. September zu antworten und Ihnen mitzuteilen, daß der Verkehr der P.M. Autos von Grenoble nach Annecy mit Wirkung vom 25. September, der Verkehr von Annecy nach Genf vom 20. September eingestellt ist. Trotzdem können Sie im Oktober von der Winterstrecke der Alpen Gebrauch machen, von dem Verkehr, welcher nur am Dienstag und Sonnabend zwischen Grenoble und Viz durchgeführt wird.

Der Bahnhofsleiter

Das dritte Dokument ist ein Mahnzettel des Frankfurter Fernsprechamts (ein Leipziger Exemplar dürfte wohl nicht anders aussehen):

Mahnzettel.

Sie werden hiermit aufgefordert, für den zum 1. 9. 28 gef. Anschlag den Rückstand an Fernsprechgeldern im Betrage von 16.23 RM, und die Mahngebühren im Betrage von 20 Pf., insgesamt 16.43 RM, binnen drei Tagen, vom Tage der Ausgabe des vorliegenden Mahnzettels zur Post ab gerechnet, entweder am Schalter einer hiesigen Postanstalt bar einzuzahlen oder auf das Postkontokonto des Fernsprechamts Frankfurt (Main) Nr. 58 600 zu überweisen, widrigenfalls unverzüglich zur Pfändung geschritten werden muß.

Der Empfänger dieses gepanzerten Zettels teilte der F. J. mit, das Amt sei obenrein im Unrecht gewesen und habe einen ihm überlaiden Betrag falsch verbucht. Er hat sich schriftlich beklagt, doch man ihm ohne weiteres mit Pfändung drohe, und hat die Frage gestellt, ob es absolut notwendig sei, daß man dem Kunden des Fernsprechamts immer wieder ins Gedächtnis einhämmere, daß er für das Fernsprechamt da sei und nicht umgekehrt. Er bekam die Ant-

Stadtratswahl im Januar

Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts über die Amtsdauer des Stadtrats Dr. Böhme — Bleibt Dr. Böhme seinem Versprechen treu?

Vor sechs Jahren wurde Stadtrat Dr. Böhme zum zweitenmal zum Stadtrat gewählt. Nach den damals noch geltenden Bestimmungen bedeutete die Wiederwahl Wahl auf Lebenszeit. Um diese zu umgehen, wurde mit Böhme vereinbart, daß er nach sechs Jahren, für die sonst Stadtratswahlen erfolgten, sein Mandat niederzulegen habe.

Die Stadtverordneten riefen die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts an. Gestern hat auch dieses entschieden und die Entscheidung des Verwaltungsgerichts bestätigt. In dem uns über diese Verhandlung zugegangenen Bericht heißt es:

Daß die zweite Wahl erst nach Ablauf der ersten Wahlzeit erfolgt ist, sei unerheblich, die kleine Zwischenzeit (etwa ein Monat) spiele keine Rolle. Anders würde die Sache zu beurteilen sein, wenn Dr. Böhme anderwärts einen Posten angenommen gehabt hätte. Das Eingehen eines Privatdienstverhältnisses mit der Stadtgemeinde Leipzig in der Zwischenzeit sei dagegen ohne Bedeutung, ebenso die Tatsache, daß sich Dr. Böhme auf Grund vorangegangener Besprechungen mit den verschiedenen Parteien damit einverstanden erklärt habe, daß die zweite Wahl nur auf

sechs Jahre gelten sollte und daß der Rat diese Vereinbarung trotz ihrer Kenntnis nicht angefochten hat. Der Rat habe sie gar nicht angefochten können, weil es damals noch keinen § 85 der Gemeindeordnung gab.

In erster Linie sei jedoch zu berücksichtigen, daß die Stadtverordneten die zweite Wahl Dr. Böhmes gewollt haben. Sie sei, wie schon ausgeführt, als Wiederwahl im Sinne von § 88 der Ken. Städteordnung anzusehen. Bei dieser Bestimmung handle es sich um zwingendes Recht und um den Schutz des öffentlichen Interesses. Sie wolle die Unabhängigkeit der Ratsmitglieder sichern. Eine Wiederwahl Dr. Böhmes bedeutete aber nach damaligem Recht Wahl auf Lebenszeit und deshalb sei der Beschluß auf Ausschreibung der Wahl ungeleglich.

Das Oberverwaltungsgericht hat also die früher geltende Bestimmung: Wiederwahl ist Wahl auf Lebenszeit, als unabdingbares Recht erklärt. Jetzt kommt es auf Herrn Dr. Böhme an. Er wäre nicht wieder Stadtrat geworden, wenn er nicht erklärt hätte, nach sechs Jahren sein Mandat niederlegen zu wollen. Wie uns versichert wird, hat Stadtrat Dr. Böhme dieses Versprechen vor etwa Jahresfrist, als der Streit um die Mandatsdauer des unter gleichen Umständen wiedergewählten Stadtrats Bluth ausgefochten werden sollte, aufs neue erneuert und erklärt: wie auch immer die Entscheidung der Verwaltungsgerichte ausfallen möge; er stehe zu seinem Wort, das ihn verpflichtet, am 12. Dezember 1928 sein Amt niederzulegen. Es wird also nur noch eine Frage weniger Tage sein, ob in diesem Jahre noch oder doch gleich zu Beginn des nächsten Jahres eine Stadtratswahl vorgenommen wird.

Der „Patentsenat“ am Reichsgericht

Im Namen des „Volkes“!

Im Reichsgericht gibt es eine exklusive Abteilung, einen Gang, der für gewöhnliche Sterbliche nicht bestimmt ist, das Patentsgericht, die oberste Instanz in Patentstreitigkeiten. Dort kämpfen die Kapitalisten um Patente und Lizenzen, die sie vorher ihren Arbeitern und Angestellten geklaut haben. Die Öffentlichkeit ist von vornherein ausgeschlossen, von wegen Invidienprobleme und so. Grund genug, sich mal den Laden näher anzusehen. Der Diener ist mal für einen Augenblick von seinem Posten verschwunden, ich schlüpfte hinein. Also im ersten Ansehen bemerkt man nichts Geheimnisvolles, nur die verstaubte Würdigkeit und „Erhabenheit“ aller Räume des Reichsgerichts: Prunkvoll ummoderne Beleuchtungskörper, schwere Holzmöbel mit üppigem Zierat, dumpfe Luft, es riecht ein bißchen nach modrigen Paragrafen, die Menschenwürde bedeuten.

Aber, wenn man genauer beobachtet, merkt man, daß so etwas wie der Geist eines Schulzimmers untermischt mit der Apparatur eines technischen Konstruktionsbureaus im Hintergrund lauert. Dort sitzt nämlich der „hohe Senat“, Herren mit imponierender Glatze, finsternen Inquiritorenmienen, einem roten, etwas spitzigen Knieel und einem zur „Uniforh“ gehörenden weißen Ding, das ein Bastard von Serviette und Vorhemdchen ist. Diese würdigen Richter sitzen also im dichten Knäuel um einen Maschinentisch herum, den sie sich von einem Sachverständigen, der ein bißchen nach Oberlehrer aussieht, erklären lassen. Von Zeit zu Zeit läuft er zur linken Seite des Saales, wo sich eine schwarze Tafel, ja eine richtig gehende Schultafel stülwidrig ausbreitet.

Soweit sieht es aber vor dem Patentsgericht noch halbwegs normal aus, interessant wirkt erst das, was sich vor dem Gericht jenseits der Barriere herumwäht. Herumwäht? Jawohl, da befinden sich nämlich die beiden „Parteien“, die Herrschaften nämlich, die sich wegen der von anderen erarbeiteten Patente hier in den Haaren liegen. Der „Obermimer“ ist auf beiden Seiten der Rechtsanwalt, er auch in rotem Amtsmantel repräsentiert. Spähig wird es nun, wenn sich die Rechtsgelehrten über technische Dinge zu streiten beginnen, davon haben sie nämlich nicht immer sehr viel Ahnung und deswegen steht hinter ihnen ein ganzer Apparat von Sachverständigen und sonstigen Einflüsterern, vor allem aber auch der „Chef“, der Patentschreiber. Und man hört und staunt, wie man da über die kleinsten technischen Einzelheiten fundenlang verhandelt, begutachtet, gegenbegutachtet, Rathos aufwendet, vor Wut wüßelt, wenn der „hohe Senat“ mal eine besondere Feinheit der Beweiführung nicht gleich lapidiert. Es ist besonders erheitend, wie auf beiden Seiten der Generalstab bei jedem Wort eines der ihren

begeistert zustimmend mit dem Kopf schüttelt und wenn der Gegner etwas behauptet, nur mittelbig verächtlich lächelt.

Dann fährt wiederum alles zu der Schultafel und man beginnt von neuem zu zeichnen, es wird erklärt, erläutert, und man schwißt vor Aufregung und Wut, wischt sich die mit Kreide beschmiereten Hände in den guten Anzug und kämpft mit Wut und Verbißtheit. Wahrhaftig, es wäre der Stoff für einen George Gork. Die Herrschaften sind ja unter sich, ganz unter sich. Eigentlich stimmt es ja für den besonderen Fall nicht, denn ich bin ja der A u ß e n s e i t e r! Es ist auch kaum eine Viertelstunde vergangen, da werden die Deutschen auf mich aufmerksam, sehen mich zuerst mißtrauisch an, wissen nicht, ob ich auch ein „Kollege“ von ihrer „Zukunft“ bin oder vielleicht ein Saalbedienter. Endlich ist man sich darüber einig, daß ich zu der „Öffentlichkeit“ gehöre, die ja hier prinzipiell ausgeschlossen ist. Es wird nach dem Diener getingelt und ich werde mit spartanischer Strenge hinausgewiesen.

Draußen beginne ich mich dann mit einem derer zu unterhalten, die „vom Bau“ sind. „Ja, wissen Sie“, beginnt der mit zu erzählen, „dadrinnen geht der Kampf nicht um Kleinigkeiten, die sind nicht alle umsonst aufgeregt, das kommt nicht von den schlechtesten Nerven“. Aber es wird hier über Millionenwerte entschieden. Aber nicht nur um Millionen, sondern auch um Menschenwürde! Da ist schon mancher als reicher Mann hineingegangen und als er wieder rauskam, war er arm wie eine Kirchenmaus! Das war so einer, der geglaubt hat, daß er mit seinen paar hunderttausend Mark auch schon was ist gegenüber den „Großen“. Da hätten Sie mal sehen sollen, wie der geweint hat wie er den Prozeß verloren hatte... Zuerst wollte er sich das Leben nehmen, aber so schlimm ist es ja nicht, man beruhigt sich ja dann doch! Und wissen Sie, und er beugt sich vorsichtig zu mir, „da heißt es immer das „oberste deutsche Gericht“! Hat sich was! Es sind doch immer nur die ganz Großen, die ganz Mächtigen, die Herren von den Konzernen und Trusts, die bekommen das Recht, das die anderen suchen...“

Ja, es ist eine sonderbare Art des „Rechtes“, das hier gesprochen wird! Es ist ein glänzendes Beispiel, wie „menschenfreundlichkeit“ und „gerechtigkeit“ es im Kapitalismus zueht: Die Patente, die die Arbeiter, Angestellten, Ingenieure, kleinen Handwerker erarbeiten und erfinden, werden ihnen von ihren Unternehmern gestohlen. Es gibt ein Gesetz, das das erlaubt! Und vor dem „Patentsenat“ des Reichsgerichts kämpfen die Räuber, die Ausbeuter; die kleinen Diebe gegen die Macht des Großkapitals. Ueber all dem steht unparteiisch und majestätisch der „hohe Senat“ und spricht „Recht“, spricht das, was sich Recht nennt, „im Namen des Volkes“.

word, man könne leider an der Fassung nichts ändern, der Text sei von Berlin vorgeschrieben.

Wie sehr jedoch die Spitzen deutscher Behörden bis ins Gratesgehörnereichende Wert darauf legen, von ihren „Untergebenen“

rückgegeben werden, so genügt nicht das einfache „erz.“, sondern es muß mit „geh. erz.“ zu deutsch „gehörigst erbedigt“ gezeichnet werden. „Es erben sich Gesetz und Rechte...“

Sitzung der Stadtverordneten

Die Stadtverordneten halten am Freitag, dem 7. Dezember, 18 Uhr, im Neuen Rathaus eine Sitzung mit folgender Tagesordnung ab: Erwerbung der Mitgliedschaft beim Konsumverein Leipzig-Plagwitz und Umgegend, Kreishauptmannschaftliche Entscheidung wegen der Wahl eines Mitgliedes des Verwaltungsrates für die technischen Werke, Ortsgelege über Quartier- und Naturalleistungen für die bewaffnete Macht, Wahl von 2 Preisrichtern und 2 Stellvertretern in ein Preisgericht, Wahl eines Vertrauensmannes und eines Stellvertreters für die Sächsische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft, Hauptrechnung der Stadt Leipzig für das Rechnungsjahr 1928, verschiedene Rechnungen, Haushaltsplan der Stadt Leipzig für das Rechnungsjahr 1928 (Mikäußerung des Rates), Ablösung von Leipzig Stadtanleihen, Satzung der Stadtbank (4. Nachtrag), Beitritt zur Zentralbücherei für Blinde, Förderung des Reschotel-Unternehmens, Eintritt in die Gesellschaft sächsischer Jugendberufshilfen usw. Weiterführung der Werkstätten für Erwerbsbehinderte, Friedhof in Leipzig-Sellerhausen (Grabstellengebühr), Schloßumbauten in der Hallischen und Holzhauser Straße, Befestigung von Vorgartenland in der Plauerstraße, Neubefestigung eines Fußwegs im Rosental, Riesaer Straße (Verbreiterung), Straßenbauten (Einspruch), Ortsgelege über die Pflege des Stadtbildes, Bebauung von Leipzig-Connewitz-Nordwest, Ueberlassung von Land in Leipzig-Gohlis an einen Siedlerverband, Arbeitsgeberdarlehen für Beamtenbedler, 38. Volksschule (Heizungsanlage), Instandhaltung der Schulgebäude usw., Ergänzliche Berufshilfen in den Volksschulen usw., Nachtrag über den gemischten Schulausschuss und den gemischten Berufsschulausschuss zur Schutzordnung der Stadt Leipzig, ärztliche Versorgung der Schulen, Kinderärzten usw., kostenfreie Ueberlassung eines Schiffs an eine Gemeinschaft für Musikpflege, Autobusverbindung für die Gartenvorstadt Marienbrunn usw., Verwaltungsgebäude für den Arbeits-

HALLE 2, AM SONNTAG, DEM 9. DEZEMBER. HEIMABEND IN DER LIBERIA. Ein Film von wilden Völkern und wilden Tieren in dunkeln Erdellen. Mit Vortrag. • BEGINN 18 UHR.

ganz besonders höflich behandelt“ zu werden, davon zeugt die folgende, ebenfalls an die Frankfurter Zeitung gerichtete Zulchrift: Höflichkeit kann niemals schaden, auch nicht im Verkehr der Herren Beamten untereinander. Bei einer gewissen Reichsbehörde — sie ist nicht genannt, aber der Reichswirtschaftsminister kennt sie bestimmt — erhalten die Arien als Erbedigungsanerkennung die üblichen Buchstaben „erz.“ neben dem Handzeichen des Beamten. Handelt es sich aber um Affen, die dem Herrn Präsidenten dieser Behörde zu-



# Wo ruft die Pflicht?

- Funktionäre.**
- Saahsch.** Morgen Freitag, 18.30 Uhr, Sitzung im Rathaus, Frauen.
- Entschl.** Montag, 10. Dezember, Vortrag der Genossin Thiel: "Die Frauen im städtischen Parlament", abends 20 Uhr, im Hofen-Hörsaal.
- Wöhlig.** Montag, 10. Dezember, fällt der Frauenabend aus.
- Sozialistische Arbeiter-Jugend.**
- Groß-Leipzig.** Probe für die Feier am 18. Dezember Sonnabend, den 8. Dezember, in der Albertshalle. Alle Beteiligten: Pederchor, Sprechchor, Ordner müssen 22 Uhr im Ballettsaal anwesend sein. Keiner darf fehlen — es ist nur eine Probe! Pakete müssen morgen Freitag im Sekretariat abgeholt werden. Dezentematerial ist abzuholen.
- Jungsozialisten.**
- Zentrum.** Freitag, den 7. Dezember, Jugendheim, Töpferstraße, Genosse Kurt Hilbig referiert über "Das Erfurter Parteiprogramm".

- Schule.**
- Elternräte des Ostbezirks.** 12. bis 22., 24. und 28. Volkshaus. Montag, den 10. Dezember, 20 Uhr, wichtige Versammlung, Reichshaus, Rebenhaaf. Vollzähliges Erscheinen ist notwendig.
- Gemeinschaft Kinderfreunde.**
- Ostbezirk.** Sonntag, den 9. Dezember, 18 Uhr, in Schönefeld, Rathausaal, Vorführung des Streifenfilms. Programm & 15 Pf. in den Filialen der L. A. und bei den Helfern.
- Sprechchor.**
- Für alle Krimmischau-Spieler** Probe für Halle morgen, Freitag, 20 Uhr, im Volkshaus. Zimmer an der Tafel.
- Mitglieder-Voranstaltungen**
- Ortsverein Wagnitz-Kindenau-Schleußig.** Morgen Freitag, den 7. Dezember 1928, 20 Uhr, im Festsaal, proletarischer Arbeiterabend (Die roten Spanen) Mitwirkende: Arbeiter-Sängerchor Südwest, Geselle Reinhold Schönknecht. Programme 40 Pf., Jugendliche und Erwachsene 20 Pf. Programme sind zu haben Volkshaus. Adressierte Karten sind im Sekretariat abzuholen. Wagnitz, Welfenfelder Straße. Gesellen besucht mit euren Angehörigen diese Veranstaltung.
- Groß-Heinrich.** Morgen, 20 Uhr, im Lindengarten spricht Genosse Gustav Ernst über das städtische Wohnungswesen. 2. Punkt: Bericht des Genossen Dönnhardt.

## Eine Warenbetrügerin festgenommen

Am 3. Dezember in der 17. Stunde erschien in einem Geschäft am Johannisplatz eine unbekannte Frau, die Waren im Gesamtwert von 67 Mark auswählte und sie nach einem Grundriss in der Dresdenstraße bringen ließ, in dem sie vorher um Unterzeichnung gebeten hatte. Anschließend hatte die Unbekannte die Pflicht gehabt, dem Boten des Geschäfts das Paket abzuschleifen. Bei dessen Eintritt in dem genannten Grundriss war die Unbekannte bereits abgewiesen worden und hatte sich entfernt. Bei einem weiteren Betrugsversuch zum Nachteil eines Schuhwarengeschäfts am Augustusplatz konnte sie festgenommen werden. In ihr wurde die angebliche Sekretärin Lonny Wehl, geboren am 22. Februar 1901 in Berlin, festgestellt. Es liegt die Vermutung nahe, daß sie noch Firmen oder Verleihen geschädigt hat, die bisher keine Anzeige erstattet haben. Sie werden gebeten, sich zwecks Anzeigeerstattung beim Kriminalamt zu melden. P.

## Warnung vor einem Einmieterdieb

Das Kriminalamt teilt mit: Am 3. Dezember nachmittags mietete sich in einer Pension in der Wroinadenstraße ein angeblicher Bankbeamter Karl Ludwig Hausmann, geboren am 27. Februar 1899 in Altschiffenburg, ein. Er wollte aus Berlin zurückgereist sein. Im Verlauf der darauffolgenden Nacht hatte er die Wohnung unter Mitnahme der Schlüssel und Hinterlassung einer Schuld für Kost und Logis heimlich verlassen. Ferner hat er von einem anderen Pensionär einen blauen zweireihigen Kadettanzug, einen Sportanzug mit langer Hose, einen bläulichen Regenmantel, innen die Firmenzugehörigkeit "Aquatite", ein Paar braune Halbschuhe, Größe 43, und etwa 20 Kramkisten (Selbstbinder) im Gesamtwert von 688 Mark mitgenommen und gestohlen. Der angebliche Hausmann war 27 bis 30 Jahre alt, etwa 1,70 Meter groß, schlank, langes, nach hinten gekämmtes Haar, und trug blauen Anzug und ab und zu im rechten Auge ein Glas. Angaben, die zur Feststellung der Person des Einmieterdiebes und Betrügers dienlich sein können, wolle man dem Kriminalamt mitteilen.

## Anfälle in Leipzig

- Betriebsunfall mit tödlichem Ausgang.** Beim Abfaden von Eisenwaren aus einem Eisenbahnwagen in der Berliner Straße geriet gestern gegen 14 Uhr der 32 Jahre alte Zimmermann F. E. Bölsch aus Südthüringen zwischen die Räder von zwei Loren. Er wurde schwer querschlüsselt und mit erheblichen Verletzungen nach dem Krankenhaus St. Jakob gebracht. Hier ist er heute früh gestorben.
- In die fahrende Straßenbahn hineingelaufen.** Gestern um 17.15 Uhr ist in der Demmeringstraße ein 4jähriger Knabe vor dem Grundstück 41 auf die Straße gesprungen und in einen vollbesetzten fahrenden Straßenbahnwagen der Linie 17 hineingelaufen. Der Knabe wurde an die Bordkante geschleudert. Er mußte mit schweren Querschnittswunden nach dem Krankenhaus gebracht werden.
- Ein Zusammenstoß.** Am Johannisplatz erfolgte gestern gegen 18.15 Uhr ein Zusammenstoß zwischen einem Radfahrer und einem Personengauto. Der Radfahrer kam zu Fall und erlitt einen Rippenbruchs, der seine Weiterführung nach dem Krankenhaus St. Jakob notwendig machte.



### Aus der Umgebung

**„Die L. B. lügt“**  
 Daß die L. B. nach Meinung der Unbeder Mostaus stets lügt, wenn sie die Wahrheit über Dinge berichtet, die den Jüngern Stalins nicht angenehm sind, ist eine Tatsache, die man immer wieder beim regelmäßigen Studium der SUZ feststellen muß. Auch jener Bericht, den die Kommunisten Blücher und Bemann über den Bezirkskongress der Amtshauptmannschaft Leipzig, der in Erlbach i. V. abgehalten wurde, zusammengeschustert haben, ist u. a. wieder übergeschrieben „Die L. B. lügt“. Und warum lügt sie nach der Ansicht dieser Leute? Nur deshalb, weil die Leipziger Volkzeitung in ihrem Bericht über die Tagung des Bezirksverbandes Leipzig davon Kunde gab, daß bei der Gesamtentscheidung über die Vorlage, die die Zuschläge zur Grund- und Gewerbesteuer für die selbständigen Gutsbesitzer betrifft, die kommunistische Fraktion ausgerechnet wurde. Es stimmten nämlich von der kommunistischen Fraktion, die aus fünf Personen besteht und ebenso viel verschiedene Richtungen der RPD vertritt, nur vier gegen die Vorlage. Die Abstimmung geschah durch Erheben von den Händen. Bauermeister-Marktsand ließ bei der Abstimmung sitzen, obwohl sein Nachbar den Versuch unternahm, ihn mit hochzustehen. Auf diesen Sachverhalt ist Bauermeister nach Schluß der Sitzung von einigen sozialdemokratischen Bezirkstagsmitgliedern aufmerksam gemacht worden, ohne daß er den Versuch gemacht hätte, diese Tatsache zu widerlegen. Es gehört also schon eine unverkennbare Portion Frechheit dazu, in der kommunistischen Presse feststehende Dinge auf diese Art abzuleugnen zu wollen.  
 Daß Otto Marxer, der jahrelang der Führer der Kommunisten im Bezirkskongress und ihr kommunalpolitischer Berater war, von Bemann und Blücher Knecht genannt wird, ist besonders bezeichnend für die Schreiber des kommunistischen Bezirksstabsberichts. Bemann und Blücher, diese beiden sollten einmal das ausrufen, was Otto Marxer, der jetzt einiger Zeit nicht mehr der RPD angehört, für diese Partei an Opfern gebracht hat. Dann erst hätten sie Berechtigung, in solcher Art über andere zu reden.

**DER WEG ZUM ERFOLG**  
**Sind Drucke von der Leipziger Buchdruckerei AG**  
 LEIPZIG C I, TAUCHAER STRASSE 19/21  
 FERNRUF 72206. POSTSCHLIESSFACH 269

### Verwendung von Geld in Briefen

Von der Oberpostdirektion wird der Presse geschrieben: Noch immer verfährt das Publikum mit dem Geld und wertvollen Gegenständen in gewöhnlichen Briefen. Gerade zur Weihnachtszeit wollen viele Eltern, Kinder, Gesandtschaften ihren auswärts wohnenden Angehörigen eine besondere Festesfreude dadurch bereiten, daß sie den Weihnachtbrief mit Geldscheinen beschriften. Das Publikum muß aber endlich mit dieser Vorgehensweise brechen, denn durch solche Art der Verwendung wird ungetreuen Elementen ein Mittel an die Hand gegeben, sich auf leichte und bequeme Art Geld zu verschaffen. Briefstahler sind sehr oft namhafte Geldbesitzer, die in die Hände gefallen. Die Nichtankunft eines Briefes mit Geld ist für Absender und Empfänger stets mit Verger und Verdruss verbunden. Schäden erleidet auch die Post, denn das Vertrauen zu ihr wird beeinträchtigt.

Aber auch die Verwendung von Geld in Einschreibbriefen ist nicht zu empfehlen. Geht ein derartiger Brief verloren, so erhält der Absender 40 Mark Ersatz. Wird aber ein Einschreibbrief um seinen Gehaltsbetrag herabgeholt, so ist die Post nicht ersatzpflichtig, da sie nach § 10 des Postgesetzes nur für den Verlust, nicht aber für die Beschädigung eines Einschreibbriefes haftet. Daher sollte Geld nur mit Postanweisung oder Zahlkarte, unter Umständen mit Geldbrief verschickt werden. Unterhält der Absender einen größeren Zahlungsverkehr, so kann ihm nur dringend die Einrichtung eines Postsparkontos empfohlen werden. Um nochmals: Kein Geld in gewöhnliche oder Einschreibbriefe einlegen!

### Vollzeitchrichten

Wer fand die Attentäter? Am 4. Dezember, gegen 17.30 Uhr, verfuhr eine 74 Jahre alte Frau in der Frankfurter Straße, an der Haltestelle der Ortstramstanke, auf einen bereits im Anfahren begriffenen Straßenbahnwagen aufzutreten. Sie rutschte ab und fiel zwischen den Motor- und Anhängewagen. Ein Passant, der den Vorgang beobachtet hatte, sprang sofort hinzu und zog die Frau zurück, wodurch sie vor dem Weiterfahren bewahrt blieb. Er trug sie mit dem Straßenbahnkaffner in die Ortstramstanke und mußte hierbei feststellen, daß ihm beim Transport keine Attentäter, enthaltend 1 Briefstahle mit 25 Mark und verschiedene Bücher, in Verlust geraten war. Das Kriminalamt bittet um Mitteilung aller Wahrnehmungen über den Finder, um dem durch seine Hilfsbereitschaft Geschädigten wieder in den Besitz des verlorenen Gutes bringen zu können.

## Veranstaltungskalender

- Donnerstag, 6. Dezember 1928.**
- Bund Jos. Freidenker,** Ortsgruppe Lindenau-Wagnitz-Schleußig, Festschüler, 19.30 Uhr.
  - Deutscher Verkehrsband,** Zeitungsträgerinnen der inneren Stadt und vom Süden, Volkshaus, 19.30 Uhr.
- Freitag, 7. Dezember 1928.**
- Deutscher Metallarbeiter-Verband,** Bezirksgruppe der Großindustrie und Handwerksbetriebe, Volkshaus, 19.30 Uhr.
  - Bauschlösser und Anschläger,** Volkshaus, 19.30 Uhr.
- In Ausstellungshaus des Städtischen Kunstgewerbe-Museums, Eingang Hofplatzstraße 3, ist täglich von 10—19 Uhr eine Weihnachtswortausstellung des Leipziger Kunstgewerbe-Vereins.



## Eine ganze Heerschar von

leckeren Kuchen, Torten, Puddings usw. können Sie kinderleicht nach Dr. Oetker's neuem farbig illustrierten Rezeptbuch, Ausgabe F herstellen, das Sie für 15 Pfennig bei Ihrem Kaufmann bekommen können. Sie erfahren aus dem Buch auch Näheres über den vorzüglichen

### Backapparät „Küchenwunder“

mit dem Sie auf kleiner Gaskocherflamme backen, braten und kochen können. — Dr. Oetker's Backin-Backpulver, Puddingpulver, Vanillin-Zucker, Gustin usw. sind in allen Geschäften stets

frisch zu haben. — In völlig neuer Bearbeitung ist **Dr. Oetker's Schulkochbuch**

Ausgabe C wieder erschienen. Es will für jede Hausfrau und besonders für die angehenden ein guter Ratgeber in der Haushaltsführung sein. Zahlreiche farbige Tafeln vervollständigen die Sammlung von fast 500 Koch-, Back- und Einmacherezepten. Das 150 Seiten starke Buch ist, wo nicht vorrätig, gegen Einsendung von 30 Pfennig in Marken von mir direkt zu beziehen.

Sie erhalten Dr. Oetker's Fabrikate nur in Originalpackungen, niemals lose, mit der Schutzmarke „Oetker's Heilkopf“ in allen einschlägigen Geschäften.

**Dr. August Oetker, Bielefeld.**



## Wofür es Zuchthaus gibt

Meineld ...

SPD Hensburg, 5. Dezember.

Das Hensburger Schwurgericht beurteilte dieser Tage einen Arbeiter Böle wegen Meinelds zu einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus, fünf Jahren Ehrverlust und dauernder Aberkennung des Rechts zur Bekleidung eines öffentlichen Amtes.

Ein Arbeiter namens Böle wollte in einem Gehölz mit einer Art einige starke Zweige abschlagen, um sie als Bohnenstangen zu verwenden. Er hätte die Bohnenstangen für eine Mark kaufen können. Ein Landjäger überraschte ihn bei seinem „Forktrevel“, erhaltete Anzeige, so daß der Frevler mit einem Strafmandat über 10 Mark belegt wird. Auf seinen Einspruch kam die Sache vor das Amtsgericht, und hier beschwor der von Böle als Zeuge beigebrachte Arbeiter Böle, daß der Besitzer des Gehölzes dem Böle das Abschlagen der Zweige gestattet habe. Der Besitzer bekundete dagegen unter Eid, daß er nur das gelegentliche Schlagen von Buchholz, nicht aber das Abschlagen von starken Zweigen für Bohnenstangen erlaubt habe. Es erfolgte gegen Böle Anklage wegen Meinelds, die ihn jetzt ins Zuchthaus bringt — wegen eines Bagatelldelicts von ein paar Bohnenstangen im Werte von einer Mark.

## Die Zeppelinw

SPD Stuttgart, 5. Dezember.

In Friedrichshafen finden gegenwärtig zwischen der Leitung des Zeppelinwerkes und der württembergischen Regierung Besprechungen über die Zukunft der Zeppelinwerft und die Festlegung

von Maßnahmen für die Erbauung eines neuen Luftschiffes statt. Die württembergische Regierung und auch das Reich habe dem Luftschiffbau je eine größere Summe zur Verfügung gestellt, damit die Arbeiten in Friedrichshafen nicht zum Stillstand kommen. Zunächst soll die Frage der Verlegung der Luftschiffhalle zur Erhebung kommen. Das dürfte voraussichtlich immerhin noch längere Zeit in Anspruch nehmen. U. a. wird auch noch um einen Reichzuschuß für den Bau einer neuen Werkhalle in Friedrichshafen verhandelt, die solche Ausmaße erhalten soll, daß das neue Luftschiff in der gewünschten kürzeren und zugleich wideren Form gebaut werden kann. Man erwartet den Abschluß dieser Verhandlungen für Ende Januar. Dann soll mit dem Neubau der Werkhalle und unmittelbar darauf mit der Verlegung des neuen Luftschiffes begonnen werden. Dr. Eckener rechnet mit der Vollendung des Schiffes etwa im Sommer 1930.

Falls die geplante Luftverkehrsgesellschaft bis dahin gegründet sein sollte, wird das neue Luftschiff im Dienste dieser Gesellschaft einen regelmäßigen Transatlantikverkehr aufnehmen, dessen europäische Basis voraussichtlich in Berlin-Staaken liegen würde, wo eine große dreifache Halle errichtet werden soll. Eine Verlegung der Werft selbst von Friedrichshafen nach Berlin kommt nicht in Frage. Die mit diesem Plan in Konkurrenz stehenden Bemühungen, den Verkehrsflughafen in der oberbairischen Rheinebene oder bei Frankfurt a. M. zu errichten, könnten als endgültig erledigt betrachtet werden.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ unternahm am Mittwoch mit ungefähr 80 Personen an Bord die erste der sieben von der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt vorgeschriebenen Versuchsfahrten. Der Start erfolgte kurz nach 9 Uhr vormittags unter Führung des Kapitäns Lehmann; der Flug ging über das Bodenseegebiet. Um 2 Uhr landete der Lufttriebse glatt vor der Luftschiffhalle in Friedrichshafen.

## Der Arzt als Morphinhist

SPD Berlin, 5. Dezember.

Die Berliner Kriminalpolizei hat einen Arzt aus Charlottenburg unter der Beschuldigung der Beihilfe zum Raufschüttgenutz sowie der Beihilfe zur Rezeptfälschung verhaftet. Nach den bisherigen Feststellungen hat der festgenommene nicht weniger als 500 Raufschüttgenutzrezepte angeschlossen.

In verschiedenen Berliner Apotheken war seit längerer Zeit ein junger Mann erschienen, der sich auf ordnungsgemäß ausgestellte Krankenassistentenrezepte größere Mengen Morphium, Kokain und Kether verabreichte. Es fiel schließlich auf, daß die Rezepte stets von demselben Arzt unterschrieben waren, und daß auch andere Patienten Rezepte dieses Arztes vorlegten. Als der junge Mann eines Tages bei einem Apotheker abends auf Grund eines Rezeptes die höchstzulässige Menge von Morphium verlangte, sah die Apotheker Verdacht und setzte sich mit dem Arzt telefonisch in Verbindung. Er erhielt aber nur eine unverständliche Antwort und benachrichtigte die Kriminalpolizei. Die Kriminalbeamten fanden den strahlenden Arzt im kleinsten Morphiumrausch im Bett liegend vor. Er hatte kurz vor dem Erscheinen der Beamten eine neue Dosis Morphium genommen.

Der junge Mann, der inzwischen ermittelt werden konnte, hat der Kriminalpolizei gegenüber ein Geständnis abgelegt. Er entstammt einer angesehenen Berliner Familie, verließ in Abenteurerlust das Elternhaus und geriet schließlich in die französische Fremdenlegion, wo er nach längerer Erkrankung an Malaria dem Raufschüttgenutz verfiel. Seine Eltern holten ihn zurück und ließen ihn in einem Sanatorium eine Entziehungskur durchmachen, die anfangs Erfolg hatte. Dann lernte der Blühende den Arzt kennen, der als schwerer Morphinhist den jungen Mann wieder dem Raufschüttgenutz in die Arme trieb. Der dem Gift nun verfallene fälschte dann Krankenscheine und ließ von dem Arzt Rezepte ausstellen. Der im Volkseigengewahrsam befindliche Arzt konnte wegen seines vollkommen gesunkenen Zustandes noch nicht vernommen werden.

**Prüfen**  
Sie meine  
**Stern-Butter**  
Gepulvert ohne Wasserzusatz  
Plagwitzer Dampfmoellerei  
aus Leisnig, Pomm. 40778  
Sie ist **unerreich**  
an **Reinheit** u.  
**Geschmack**!!  
Überall zu haben

**LINOLEUM**  
Läuter Toppiche  
mit kleinen Fehlern  
ab 1.80 Mk. ab 9.- Mk.  
Stauben werden Sie über  
die riesige Auswahl und  
die billigen Preise.  
Wachstuche  
ab 1.80 Mk  
Tischdecken  
ab 3.- Mk  
**Bernh. Nestler, Eisenbahnstr. 99**

**Wein**  
Weißwein v. Faß, Lit. 1.60 u. 1.40  
Rheingölzer . . . . . Fl. 1.-  
Niersteiner . . . . . 1.25  
Liebfraumlich . . . . . 1.50  
Oppen Goldberg . . . . . 1.60  
1921er Crescenzenz 2.- 10.-  
Nierst. Roßberg Riesl. Fl. 2.80  
Weiß. Bordeaux Graves 2.-  
Tokayer Ausbruch . . . . . 2.50  
Papalwein . . . . . 2.70  
Fruchtakt . . . . . 1.50  
Allasch Kümmel . . . . . 2.70  
Pflaferminz . . . . . 2.45  
Halb u. Halb, Abisei . . . . . 2.65  
Cordial Medoo . . . . . 3.05  
Goldwasser, Frühnelie . . . . . 3.-  
Curacao, weiß, Blutor . . . . . 3.-  
Cherry Brandy usw. . . . . 3.-  
Feine alte abbläuzerte Rot- u. Weißweine von seit. Güte.  
Alle Liköre literweise, isose: Liter 4.00, 3.80, 3.60, 3.20 Mk.  
Deutsche Weinbrand-Marks „Winkelhausen“ Liter vom Faß 4.50  
**P. R. Naumann**  
Kurprinzstraße 12 Keller im Hofe Tel. 17082  
Klein Laden

Sieben erschienen!  
**Kinderland 1929**  
Das Jahrbuch für Arbeiterkinder  
in Stadt und Land  
reich illustriert, gebunden **Mk. 1.50**  
Alle Kustäger und Filialen der Volksgesundung nehmen  
Bestellungen entgegen  
**Leipziger Buchdruckerei A. G.**  
Abteilung Buchhandlung, Leipzig 6 1  
Tauscher Straße 19/21

# Spielewaren

Ein interessantes Bild von der Reichhaltigkeit der Auswahl bietet sich Ihnen beim Besuch unserer ganz bedeutenden und sehenswerten Abteilung im 3. Stock. Hier einige Beispiele von unserer Leistungsfähigkeit.

- Holzpferr 25,-
- Trompeten 35,-
- Hunde 50,-
- Stehaufs 50,-
- Flieger-Karussell 65,-
- Mensch ärgere Dich nicht 75,-
- Wackel-Ente 75,-
- Richters Universal-Baukasten 90,-
- Postkarren 95,-
- Baby 95,-
- Klingelroller 95,-
- Klingelroller besetzt 1.25
- Bilderbaukasten 1.25
- Laubsäge-Garnitur 1.50
- Kindermop 1.50
- Gummi-Tiere 1.50
- Kippauto 1.75
- Fahrbar 1.95
- Holzbaukasten 1.95
- Festbaukasten 2.25
- Postauto 2.75
- Trittroller 2.75
- Spielmagazin 3.75
- Holzautobus 3.95
- Märklin Metallbaukasten 4.50
- Festungen 9.75
- Plüschschaukel-pferd 18.75
- Eisenbahn 19.50

Auto mit Uhrwerk und Geige . . . . . 65,-  
Lustvoll spielbar, ca. 40 cm l., 8.50 cm h., 2.75  
Stirnleuchten mit Leuchten . . . . . 56,-  
Zweiräder, 8.50 cm h., 30 cm l., 4.50  
Festung Holz auf Holz . . . . . 1.25  
Kartenspieler, auf Holz, groß . . . . . 5.50  
Eisenbahn, Spielzeug, ca. 10 cm l., 4 Wagen 2.95  
Lernwagen, gelb lackiert, mit Holzrad 2.95  
Auto, fertig mit Uhrwerk 95,-  
Auto, fertig, in Uhrwerk, mit Uhrwerk, ca. 10 cm l., 8.50 cm h., 2.75  
Verkaufstand, fertig lackiert . . . . . 4.95  
Eisenbahn, mit gutem Uhrwerk, ca. 10 cm l., 8.50 cm h., 2.95  
Kochherd, fertig mit Uhrwerk . . . . . 1.20  
Werkzeug, aus Holz, fertig lackiert . . . . . 50,-  
Kuh auf Rädern . . . . . 75,-  
Laternen, fertig lackiert, mit Uhrwerk . . . . . 7.90  
Schaukelstuhl, fertig lackiert . . . . . 5.90  
Dampfmachine, fertig lackiert, mit Uhrwerk . . . . . 6.90  
Schaukelstuhl, fertig lackiert, mit Uhrwerk . . . . . 7.90  
Bücherei, fertig lackiert, mit Uhrwerk . . . . . 1.90  
Wagen, fertig lackiert, mit Uhrwerk . . . . . 1.25  
Kochherd, fertig lackiert, mit Uhrwerk . . . . . 2.95  
Auto, fertig lackiert, mit Uhrwerk . . . . . 1.25  
Clown, fertig lackiert, mit Uhrwerk . . . . . 1.25  
Fahrer, fertig lackiert, mit Uhrwerk . . . . . 50,-  
Häuschen, fertig lackiert, mit Uhrwerk . . . . . 1.25  
Baby, fertig lackiert, mit Uhrwerk . . . . . 1.25  
Kartenspieler, fertig lackiert, mit Uhrwerk . . . . . 1.25  
Fahrer, fertig lackiert, mit Uhrwerk . . . . . 1.25

# K A U F H A U S BRÜHL



# Vorzügliche billige Konserven

das schönste Weihnachts-Geschenk!

**ff. Kalifornische u. Spanische Früchte**  
 besonders preiswert:  
 Ananas extra Qualität . . . . . 2-Pfd.-Dose **1.23**  
 Spanische Aprikosen . . . . . 2-Pfd.-Dose **1.45**  
 Kalifornische Pfirsiche . . . . . 2-Pfd.-Dose **1.65**  
 Kaliforn. Frucht-Salat Melange, 2-Pf.-Dose **1.98**  
 Kalif. Stangen-Spargel extra stark, 2-Pf.-Dose **2.88**

**Naschgänse** . . . . . 98 ♂ Extra starke Hasen . . . . . 5 80  
 kostreift . . . Stück

Hirschblatt Pfd. **1.10** Hirsch-Ragout Pfd. **50**  
 Rücken oder Hirsch-Kochfl. Pfd. **80**  
 Keule . . . Pfd. **1.20** Supp.-Hühner Pfd. **1.35**

**Unsere große Weihnachts-Ausstellung**  
 in Nürnberg u. Thorer Pfefferkuchen, Baumbehang, Dragees, Parterre u. 4. Stock, **ist eröffnet!**  
 Verkauf zu billigsten Preisen!

<b>Jg. Schnittbohnen</b> 1 85 ♂ 2-Pfund-Dose	<b>Brechbohnen</b> 65 ♂ 2-Pfund-Dose 88	<b>Spinat</b> 55 ♂ 2-Pfund-Dose 65	<b>Riesen-Stg.-Spargel</b> 2 58 oder <b>Spargel-Köpfe</b> 2
<b>Prinzebohnen</b> 95 ♂ 2-Pfund-Dose 1,55	<b>Wachsbruchbohnen</b> 68 ♂ 2-Pfund-Dose	<b>Pfifferlinge</b> 2 40 2-Pfund-Dose	
Jg. Schnittbohnen 2-Pfd.-Dose <b>68 62</b> ♂	Gemischtes Gemüse mit Spargel u. Morchel . . . . . 2-Pfd.-Dose <b>98 88</b> ♂	Pflaumen . . . . . 2-Pfd.-Dose <b>68</b> ♂	Pflaumenmus . . . . . 2-Pfd.-Elmer <b>88</b> ♂
Gemüse-Erbisen . 2-Pfd.-Dose <b>58 50</b> ♂	Gemischtes Gemüse mit reichlich Spargel . . . . . 2-Pfd.-Dose <b>1.20</b>	Pflaumen halbe Früchte 2-Pf.-Da. <b>98</b> ♂	Zweifr.-Marmelade . 2-Pfd.-Elmer <b>95</b> ♂
Jg. Erbsen mittelfein . . 2-Pf.-Dose <b>1.10</b>	Gem. Gemüse mit reichlich Spargel . . . . . 2-Pfd.-Dose <b>1.38</b>	Apfelmus . . . . . 2-Pfd.-Dose <b>75</b> ♂	Rhein. Apfelkraut . . 2-Pfd.-Elmer <b>1.25</b>
Jg. Erbsen fein . . . . . 2-Pfd.-Dose <b>1.50</b>	Gem. Gemüse mittelf. 2-Pf.-Dose <b>1.75</b>	Kirschen . . . . . 2-Pfd.-Dose <b>1.15</b>	Pflaumen-Konfitüre 2-Pfd.-Elmer <b>1.15</b>
Jg. Erbsen sehr fein . 2-Pfd.-Dose <b>1.60</b>	Gem. Gemüse fein . . 2-Pfd.-Dose <b>1.95</b>	Stachelbeeren . . . 2-Pfd.-Dose <b>1.10</b>	Kirsch-Konfitüre . . 2-Pfd.-Elmer <b>1.38</b>
Kaiser-Schoten . . . . 2-Pfd.-Dose <b>1.68</b>		Mirabellen . . . . . 2-Pfd.-Dose <b>1.20</b>	Himbeer-Konfitüre . 2-Pfd.-Elmer <b>1.38</b>

<b>Karotten</b> gewirfelt . . . . . 50 ♂ 2-Pfund-Dose	<b>Spezial-Gemüse</b> mit Spargel, getr. Erbsen und Morchel . . . . . 2-Pfund-Dose <b>65</b> ♂	<b>Erdbeeren</b> . . . . . 2-Pfund-Dose <b>1 75</b>	<b>Aprikosen-Konf.</b> 2-Pfd.-Elm. <b>1 25</b>
<b>Stg.-od. Brechspargel</b> 1-Pfd.-Dose <b>1 15</b>		<b>Reineclauden</b> 2-Pfund-Dose <b>1 25</b>	<b>Erdbeer-Konf.</b> . . 2-Pfd.-Elmer <b>1 38</b>

Backwaren		Getr. Früchte besonders zu empfehlen	
Weizenmehl . . . . . 5-Pfd.-Beutel <b>95</b> ♂	Rosinen . . . . . Pfd. <b>60 35</b> ♂	Backobst . . . . . Pfd. <b>75 50</b> ♂	Ringäpfel . . . . . Pfd. <b>1.00</b>
ff. Stollenmehl 5-Pfd.-Beutel <b>1.05</b>	Sultaninen . . . . . Pfd. <b>68 50 32</b> ♂	Pflaumen . . . . . Pfd. <b>70 60 38</b> ♂	Mandel-Ersatz . . . Pfd. <b>1.20 65</b> ♂
Kaiser-Auszugsmehl 5-Pfd.-B. <b>1.15</b>	do. das feinste, was wir führen Pfd. <b>80</b> ♂	Pfirsiche . . . . . Pfd. <b>80</b> ♂	Coocosschnittzel . . . . . Pfd. <b>58</b> ♂
do. Mühle Rünigen, 5-Pfd.-Beut. <b>1.25</b>	Große süße Mandeln . Pfd. <b>1.98</b>	Aprikosen schöne große Ware . . . . . Pfd. <b>1.40 1.10</b>	Blauer Mohr . . . . . Pfd. <b>60</b> ♂

Schmelzmargarine . . Pfd. <b>78 65</b> ♂	Oelsardinen . . . . . Clubdosen <b>45</b> ♂	Jam.-Rum-Versohn. 38% % Fl. <b>2.95</b>	Neue Haselnüsse . . . . . Pfd. <b>55</b> ♂
Schmelzbutter . . . . Pfd. <b>2.40 2.20</b>	do. . . . . 3 Dosen nur <b>1.95</b>	Weinbrand-Versohn. 38% % Fl. <b>2.75</b>	Neue Walnüsse . . . . . Pfd. <b>65 55</b> ♂
Molkerei-Butter . . . . ¼ Pfd. <b>1.00</b>	ff. Bücklinge . . . . . Pfd. <b>65</b> ♂	Echter Weinbrand 38% % Fl. <b>2.95</b>	N. Tafelfeigen 3 Pfd. <b>1.00</b> Pfd. <b>38</b> ♂
Cocosfett . . . . . 1 Pfd.-Tafel <b>58</b> ♂	Sprossen . . . . . 1-Pfd.-Kiste <b>58</b> ♂	Bat. Arrak-Versohn. 40% % Fl. <b>3.60</b>	Knaackmandeln . . . . . Pfd. <b>1.80</b>
Margarine . Pfd. <b>68 58 54 48</b> ♂	Oelsardinen Kg.-Da. 38/40 Fische <b>2.25</b>	Kümmel . . . . . 30% % Fl. <b>2.95</b>	Amerik. Aepfel (rote) . . . Pfd. <b>45</b> ♂
	Fat. Holl. Sardell. 1% Pfd.-Da. br. <b>2.38</b>		

**Frisch-Fleisch ff. Wurstwaren**  
 fabelhaft billig und Qualität!  
**Rindkochfleisch** . . . . . Pfd. **85** ♂  
**Kamm oder hohe Rippe** Pfd. **95** ♂  
**Gehaktes** . . . . . Pfd. **95** ♂  
**Gulasch** . . . . . Pfd. **1.05**  
**Schmorfleisch** oh. Knoch. Pfd. **1.28**  
**Hammel-Ragout** . . . . . Pfd. **85** ♂  
**Hammel-Rücken** . . . . . Pfd. **98** ♂  
**Hammel-Keule** . . . . . Pfd. **1.15**  
**Schweine-Bauch** . . . . . Pfd. **1.08**  
**Schweine-Keule** . . . . . Pfd. **1.15**  
**Koteletts** . . . . . Pfd. **1.40**  
**Rouladen oder Roastbeef** Pfd. **1 38**  
**Kalbsskeule oder Rücken** Pfd. **1 28**

Telephonische Bestellungen: 709 41.

Leipzig, Königsplatz  
**Das Haus der volkstümlichen Preise!**

**Weihnachts-Stollen** in bekannt. Güte, aus best. Zutaten hergestellt, Rosinen- oder Mandelstollen, 2 Pfd. 1.80 . . . . . Probestück **25** ♂  
 Eigene Konditorei.  
 Verkauf im Erfrischungsraum  
 — Versand ins In- und Ausland. —

**Unser Haus ist Sonntag, den 9. Dez., nachm. von 2-6 Uhr geöffnet!**

**Familien-Nachrichten**

Nach einem arbeitsreichen Leben verschied nach kurzer schwerer Krankheit im Alter von 55 Jahren meine herzengute Mutter  
**Hulda verw. Friedrich geb. Schulze**  
 L.-Anger, den 6. Dezember 1928  
 Mölkauer Straße 31, p.  
 In tiefer Trauer  
**Minna Friedrich**  
 Die Einäscherung findet Sonnabend, den 8. Dezember, 2 Uhr auf dem Südfriedhofe statt.

**Pelze eigener Herstellung!**  
 Pelzmäntel in mod. Farb v. 85 ♂ an  
 Pelz-Auto-Deck. m. Muff v. 60 ♂ an  
 Pelz-Schale auf Seide v. 18 ♂ an  
 Besatzteile v. 1.- ♂ an  
 Neuanfertigung u. Reparaturen  
**O. Beck, Katharinenstr. 17, Fabrikstr. 11, Tel. 257 91**

**Strumpf-Schmidt, Otto-Schill-Straße 8.**  
**Spezial-Geschäft.**  
 für haltbarste, solide Strümpfe und Trikotagen zu billigen Preisen.

**Reformbetten**  
 Kinderbetten  
 Auflegematratzen  
 Chaiselongues  
 Zahlungsanfertigung ohne Aufschlag  
**Betten-Enke Thomasiusstr. 11**

**Was schenke ich zu Weihnachten??**  
 Eine **ZentRa** Uhr  
 mit dem Qualitätszeugnis der Fachkommission deutscher Uhrmacher  
 Zu haben nur in ZentRa-Uhrengeschäften mit dem roten ZentRa-Wappen  
 Garantie in allen deutschen Städten

**Zentrum**  
 R. Hartert, Promenadenstraße 24  
 E. Holzmann, Königsplatz 4  
 E. Müller, Windmühlenstraße 34  
 E. Schneider, Schützenstraße 2  
 E. Scholz, Appla Garten 1

**Ost**  
 F. Bauer, Täubchenweg 89  
 P. Holzer, Kreuzstraße 26  
 W. Mezger, Eisenbahnstraße 72  
 Bruno Rothe, Poppernhäuserstraße 8  
 M. Schmidt, Eisenbahnstraße 109

**Nord**  
 A. Eckstein, Kistler Straße 16  
 Amandus Fischer, Hallische Straße 221  
 R. Haedicke, Wahren, Königsplatz 7  
 H. Jäntche, Hallische Straße 126  
 P. Magdeburg, Lindenhalder Straße 18  
 W. Scheide, Gohliser Straße 55

**West**  
 Arno Eckert, Könnertstraße 68  
 R. Schaarschmidt, Karl-Heine-Straße 59  
 Paul Schönfeld, Könnertstraße 15

Plötzlich und unerwartet erhielten wir die traurige Kunde von dem Tode unseres langjährigen Vorsitzenden, Genossen  
**Albert Weigel**  
 Trotz der Gefahren des Sozialistengesetzes und trotz des Weltkrieges stand er unerschrocken in den vordersten Reihen des kämpfenden Proletariats. Sein Andenken werden wir am besten in Ehren halten, wenn wir uns sein vorbildliches Wirken immer als Vorbild dienen lassen.  
**Ortsverein Alt-Leipzig SPD.**

**Schlafzimmer**  
 1 Jahr benutzt 180 gr. Schrank m. Spiegel, 110 gr. Schlafkommode m. Warm- u. Sp. 2 Bettstellen mit Matr., Aufzuge, 2 Nachtschrank m. Warm- u. Sp. 1 Bett, vert. Möbel-Raschig  
**Karl-Seine-Str. 61.**

**NACHRUF**  
 Unser Branddirektor, Herr  
**Richard Käßner**  
 ist am 3. Dezember 1928 verschieden.  
 Der Entschlafene hat sich durch seine langjährige Tätigkeit als Kommandant der Freiwilligen Feuerwehr und als Branddirektor um das Feuerlöschwesen und das Wohl unserer Stadt hoch verdient gemacht  
 Sein Andenken wird bei uns stets in Ehren bleiben.  
 Groitzsch, am 4. Dezember 1928  
**Der Stadtrat. Grund, Bürgermeister**

**Statt besonderer Anzeige.**  
 Plötzlich und unerwartet entschlief am 5. Dezember früh nach einem arbeitsreichen und schaffensfreudigen Leben, im 57 Lebensjahre, mein innigstgeliebter Mann, unser guter, treusorgender Vater und Schwiegervater  
**Herr Oskar Kehr**  
 Leipzig, Zweinaundorfer Str. 62a, den 5. Dezember 1928.  
 In tiefer Trauer  
**Martha Kehr geb. Mosemann**  
 im Namen aller Hinterbliebenen.  
 Die Beerdigung findet Sonnabend, den 6. Dezember, 1 Uhr nachmittags, auf dem Trinitatisfriedhofe vom Trauerhause aus statt. Von Beileidsbesuchen bitten wir abzusehen.

Wer sich gut und billig kleiden will  
 Riesenauswahl ultragener **Anzüge** von 15 Mark,  
**Mäntel** von 10 Mark sowie neue **Anzüge** von 25 Mark und **Mäntel** von 30 Mark spottbillig bei  
**Selinger**  
 Turnerstr. 3  
 Sonntag geöffnet



# Gefrierfleisch und Zucker

## Wo bleibt der Segen der Koalitionspolitik?

Nach dem im August vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands herausgegebenen „Referentenmaterial zur Regierungsbildung“ soll die Frage der Regierungsbeteiligung an der Möglichkeit geprüft werden, ob durch sie „Vorteile für die Arbeiterklasse zu erzielen oder drohende Nachteile abzuwehren“ sind. Das „Referentenmaterial“ maachte:

„Keine Illusionen! Keine überschwenglichen Hoffnungen darauf, was die Teilnahme der Sozialdemokratie an der Regierung innerhalb der kapitalistisch organisierten Gesellschaft in einem Zwangsverband mit bürgerlichen Parteien der Arbeiterschaft bringen kann.“

Es ist sicherlich keine „überschwengliche Hoffnung“, wenn man erwartet, daß die Hoffnungen der Befürworter der Koalitionspolitik wenigstens in geringem Maße erfüllt werden, da ja sonst wenigstens der eine Grund für die Regierungsbeteiligung: „Vorteile für die Arbeiterklasse zu erzielen“, in Fortfall käme. Nun haben die letzten Tage wieder einmal demonstriert, welche Aussichten die Hoffnungen auf „Vorteile für die Arbeiterklasse“ haben. Es handelt sich dabei um Gefrierfleisch und Zucker, um Dinge, die zwar nicht begehrten können, die aber zum Leben nötig sind — mehr, als sie den arbeitenden Massen zur Verfügung stehen.

Die letzte Bürgerblockregierung brachte eine Herabsetzung des zollfreien Gefrierfleischkontingents auf 50 000 Tonnen pro Jahr. Diese Menge reicht so wenig aus zur Befriedigung des Bedarfs, daß Gefrierfleisch fast zu einer Seltenheit geworden ist. Das bedeutet, daß gerade die ärmeren Arbeiter ihren Fleischkonsum stark einschränken mußten,

da sie für den geringen Beitrag, den sie für Fleisch auslegen können, eben nur ein kleineres Stück „Rationalfleisch“ bekommen können. Nun gibt es zwar allerhand Propheten, die entdecken, daß „wir“ zuviel Fleisch essen, aber selbst diese Neumarktingen werden nicht behaupten wollen, daß ausgerechnet es die Vermissten sind, die sich dieser angeblichen Wöllerei schuldig machen.

Der von den Kommunisten im Reichstag gestellte Antrag, die zollfreie Einfuhr von Gefrierfleisch von 50 000 auf 150 000 Tonnen pro Jahr zu erhöhen, war deshalb wohl berechtigt. Der gleichzeitige

sozialdemokratische Antrag, 120 000 Tonnen Gefrierfleisch zollfrei zu lassen,

war tatsächlich etwas klüger. Aber die Reichstagsverhandlungen am 4. Dezember haben gezeigt, daß es auf die mehr oder weniger kluge Taktik der Arbeiterparteien in diesen Fragen nicht ankommt. Alle bürgerlichen Parteien stimmten ohne Ausnahme sowohl gegen den kommunistischen, wie auch gegen den sozialdemokratischen Antrag. Die sozialdemokratische und kommunistische Fraktion, die beide Male zusammen stimmten, blieben allein.

Ob Bürgerblock, ob große Koalition: es gibt nicht mehr Gefrierfleisch!

Dafür gibt es teureren Zucker! Unsere Zuckeragrarier und Zuckerindustriellen sind angeblich notleidend, und deshalb muß ihnen geholfen werden. Es kosteten 50 Rilo Zucker (gemahlener Weizen) in Magdeburg im Jahre 1913 (ohne Sach- und Verbrauchsabgabe) nur 11,70 Mark und dann im Jahresdurchschnitt

1924	22,34 Mark
1925	18,79 Mark
1926	17,98 Mark
1927	21,94 Mark

Im bisherigen Verlauf des Jahres 1928 kostete dieselbe Menge derselben Ware in Monatsdurchschnitten 10,16 Mark (im Oktober) bis 21,31 Mark (im April),

mindestens also 64 Prozent mehr als im Jahre 1913. Die Zuckervertierung geht also über den Durchschnitt der Gesamtvertierung hinaus: Für Zuckeragrarier und Zuckerindustrielle ist „die Preissschere“ nicht zu ihren Ungunsten, sondern zu ihren Gunsten geöffnet.

Für die Verbraucher kommt die Vertierung des Zuckers nicht voll zur Auswirkung, weil die Zuckersteuer (deren Betrag den vorstehend genannten Preisen zugerechnet werden muß), die im Jahre 1913 7 Mark betrug und dann bis Juli 1927 sogar 10,50 Mark für den Zentner betragen hat, seit dem 1. August 1927 auf 5,25 Mark herabgesetzt ist. Aber immerhin: in Magdeburg z. B. kostete am 19. September 1928 (Stichtag der amtlichen Statistik) gemahlener (feiner) Haushaltszucker (Weizen) pro Rilo 60 Pfennig gegenüber 47 Pfennig im Jahre 1913.

„Am Weltmarkt“ ist Zucker wesentlich billiger.

Ein Fachmitarbeiter der Frankfurter Zeitung schätzte den Weltmarktpreis Ende November auf nur 11,50 Mark pro Zentner. Dieser sehr niedrige Preis ist eine Folge des außerordentlich scharfen internationalen Konkurrenzkampfes, an dem in Europa vor allem die Tschechoslowakei beteiligt ist. Wenn man bedenkt, daß dieses kleine Land in der Kampagne 1927/28 1 239 000 Tonnen Zucker erzeugte gegenüber gleichzeitig nur 1 665 000 Tonnen in dem viel größeren Deutschland, so erscheinen die tschechoslowakischen Abstände verständlich. (Die Tschechei wird ihre Produktion in der Kampagne 1928/29 aber auf 1 050 000 Tonnen herabsetzen.) Es ist ebenso verständlich, daß der Zucker aus der Tschechoslowakei sich „mit Vorliebe“ nach dem fruchtbarsten gelegenen Deutschland wendet.

Hier aber hilft er auf die Zollperre. Bei der Einfuhr nach Deutschland verteuert sich der „Weltmarktzucker“ um den Betrag des Zolles von 7,50 Mark pro Zentner, also bereits auf 19 Mark. Mindestens dieser Preis ist den deutschen Zuckerproduzenten

durch die bisherige Zollhöhe garantiert.

Das ist ihnen aber zu wenig. Sie wollen mehr haben. Das können sie gegenüber der ausländischen Konkurrenz nur erreichen, wenn dieser ein noch höherer Zollwall entgegengesetzt wird. Die kapitalistischen Zuckerinteressenten forderten deshalb schon seit einiger Zeit, daß der Zuckersoll von 7,50 auf 12,50 Mark pro Zentner erhöht werde. Sie wollten gleichzeitig die Verpflichtung eingehen, diesen erhöhten Zollfuß nur teilweise auszugleichen.

Und nun ist das Spiel zu ihren Gunsten im Gange. Am 3. November teilte der Reichsernährungsminister im Reichstage mit, daß eine Regierungsvorlage fertiggestellt sei, die die Erhöhung des Zuckersolls von 15 auf 25 Mark pro Doppelzentner vorsehe; eine Erhöhung, die solange gelten solle, wie in Magdeburg der Preis für eine bestimmte Sorte Zucker nicht über 21 Mark pro Zentner steige. Das Berliner Tageblatt bemerkt dazu:

„Die obere Preisgrenze von 21 Mark ist übrigens gewählt worden, weil die Preisbewegung der Magdeburger Börse im Durchschnitt der letzten beiden Jahre etwa diesen Stand einhielt. Da im Lauf dieser Jahre die Zuckerindustrie und die rübenbauende Landwirtschaft im allgemeinen gut ihr Auskommen gefunden hat, ist die Preisgrenze bestimmt nicht zu niedrig angenommen.“

Das scheint uns allerdings auch so. Wir stellen danach fest, daß die Zollpolitik der Regierung der großen Koalition darauf ausgeht, der Zuckerindustrie und der rübenbauenden Landwirtschaft „gut ihr Auskommen“ zu garantieren. Allerdings soll das geschehen angeblich ohne Schädigung der Verbraucher, das heißt, angeblich ohne Preiserhöhung, wenn auch durch

Verhinderung von Preisermäßigungen.

Eine Zuschrift aus Kreisen des Zuckerhandels an das VZ läßt jedoch auch auf die Gefahr indirekter Preissteigerungen schließen. In dieser Zuschrift wird gesagt:

„Man denke nur an eine Verjährung der Qualitäten bis zu einem Grade, wie wir es in der Zwangswirtschaft mit ihrem „gestärkten Abfall“ erlebt haben, aber aber die Industrie beschränkt die Herstellung von Basisorten und stellt sich auf die Produktion der sogenannten Aufschlagsorten (Raffinaden usw.) ein. Es ist ja bekanntlich schon gegen Ende jedes Wirtschaftsjahres so, daß Zucker zum Basispreis bei fast allen Raffinerien nur in beschränktem Maße oder gar nicht zu haben ist, und daß der Bezug von Basisorten an den Mißbezug von teureren Raffinaden gebunden wird. Der Händler und der Konsument bekommt also nicht den Zucker, den er haben will, sondern die Qualitäten, die ihm die Fabrik liefern will und das sind naturgemäß diejenigen, an denen sie am meisten verdient. Diese Erscheinung wird sich bis zu einem völlig unerträglichen Maße steigern, wenn das Moment des Imports von Basisorten aus dem Auslande völlig in Wegfall kommt. Es bedarf nur einer Verstärkung der bereits bisher schon in der Industrie vorhandenen Tendenz, und der gesetzlich festgelegte Preis kann leicht eine Erhöhung von 2 Mark bis 6 Mark per Doppelzentner erfahren.“

Nach erster scheint uns die Tatsache, daß durch diese Art von Zollpolitik Deutschland abgeschnürt wird von einer Entwicklung der Zuckerproduktion der Welt, deren Erfolg darin besteht, daß Zucker heute wesentlich billiger erzeugt werden kann als früher. Maschinenarbeit und vor allem eine erhebliche Sortenverbesserung haben die Rohzuckererzeugung produktiver gestaltet. In dem stärker gewordenen internationalen Konkurrenzkampf kommt diese Tatsache zum Ausdruck, die gleichzeitig eine Entlastung für die Verbraucher durch Verbilligung des Zuckers bedeutet. Nur nicht in Deutschland!

Hier reagiert eine Regierung, an der Sozialdemokraten beteiligt sind, auf Preissteigerungsmöglichkeiten mit Zollerhöhungen.

Wir finden, daß das dem Sinn sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung selbst nach der Absicht ihrer Befürworter entschieden widerspricht.

## © Volkshaus Leipzig

Spezialgerichte. Heute: Hammelfleisch mit ordnen Bohnen u. Kartoffelstücken 85 J. Pfefferfleisch mit Nudeln 1,00 Morgen: Ab 18 Uhr Schweinsknochen mit Meerrettich und Nudeln 1 10 Pökelfinderbrust mit Meerrettich und Nudeln 1,00



# Wieder ein Schritt vorwärts

Wieder ist eine Etappe auf dem Wege zum großen, modernen Warenhaus vollendet. Seit mehreren Wochen verunzierte ein Bausaun fast die ganze Front unseres Hauses. Der Eingang war verlegt, unsere Kunden mußten das Haus durch einen provisorischen Eingang betreten.

Heute werden die Planken fallen. Heute enthüllt sich, in ein Meer von Licht getaucht,

## unser neuer Geschäftseingang.

In seiner modernen Linienführung, in seiner fabelhaften Lichtwirkung, in seiner jedes Gedränge unmöglich machenden Anordnung von Dreh- und Flügeltüren bildet unser neuer Eingang — verbunden mit einer modernen Schauhalle —

## die grosse Sehenswürdigkeit des Westens.

Mit der Eröffnung unseres Einganges beginnt gleichzeitig der große

### WEIHNACHTS-VERKAUF

Beachten Sie morgen unsere vierseitige Beilage!

# KAUFHAUS GEBR. HEILO



Kamelrevolte

Von Sven Hedlin

Nach ist die letzte, von Sven Hedlin in Peking zusammen-

Um 3:16 Uhr sahen wir alle am Frühlingsfestlich — zum letztenmal

„Ja, alle Kamel sind beladen.“

„Viel wohl“, rief Larion uns zu, als er nach vorn an die Spitze

Punkt 6 Uhr verschwand Larion hinter dem mit dem Obo ge-

Inzwischen wurden unsere Zelte abgebrochen, Betten und Decken

Es war nicht schwer zu verstehen, was geschehen war. Die neun

„Was ist geschehen?“ fragte ich. Er machte nur kreisförmige

„Es war 20 Minuten nach 8 Uhr. Wir warteten auf einen Boten

„Was ist geschehen?“ fragte ich. Er machte nur kreisförmige

„Es war 20 Minuten nach 8 Uhr. Wir warteten auf einen Boten

„Was ist geschehen?“ fragte ich. Er machte nur kreisförmige

„Es war 20 Minuten nach 8 Uhr. Wir warteten auf einen Boten

„Was ist geschehen?“ fragte ich. Er machte nur kreisförmige

„Es war 20 Minuten nach 8 Uhr. Wir warteten auf einen Boten

„Was ist geschehen?“ fragte ich. Er machte nur kreisförmige

„Es war 20 Minuten nach 8 Uhr. Wir warteten auf einen Boten

„Was ist geschehen?“ fragte ich. Er machte nur kreisförmige

„Es war 20 Minuten nach 8 Uhr. Wir warteten auf einen Boten

„Was ist geschehen?“ fragte ich. Er machte nur kreisförmige

„Es war 20 Minuten nach 8 Uhr. Wir warteten auf einen Boten

„Was ist geschehen?“ fragte ich. Er machte nur kreisförmige

also ein sehr kurzer Tagesmarsch, aber verhängnisvoll und ereignis-

„Warte einen Augenblick, hier kommt Charly.“

„Aber er bestand sich jetzt mit der ganzen Karawane in einer

Larion war zu Fuß. Er hielt seinen Strang mit der linken

„Es war 4 Uhr geworden, ehe Larion seinen Bericht beendet hatte.

„Es war 4 Uhr geworden, ehe Larion seinen Bericht beendet hatte.

„Es war 4 Uhr geworden, ehe Larion seinen Bericht beendet hatte.

„Es war 4 Uhr geworden, ehe Larion seinen Bericht beendet hatte.

„Es war 4 Uhr geworden, ehe Larion seinen Bericht beendet hatte.

„Es war 4 Uhr geworden, ehe Larion seinen Bericht beendet hatte.

„Es war 4 Uhr geworden, ehe Larion seinen Bericht beendet hatte.

„Es war 4 Uhr geworden, ehe Larion seinen Bericht beendet hatte.

„Es war 4 Uhr geworden, ehe Larion seinen Bericht beendet hatte.

„Es war 4 Uhr geworden, ehe Larion seinen Bericht beendet hatte.

„Es war 4 Uhr geworden, ehe Larion seinen Bericht beendet hatte.

„Es war 4 Uhr geworden, ehe Larion seinen Bericht beendet hatte.

„Es war 4 Uhr geworden, ehe Larion seinen Bericht beendet hatte.

„Es war 4 Uhr geworden, ehe Larion seinen Bericht beendet hatte.

„Es war 4 Uhr geworden, ehe Larion seinen Bericht beendet hatte.

kleinere Stücke, die Momente musleaux und Improvis-

Im Ballets Drei Vinden ist diesmal der Däne Baggejen die

„Alles Theater. Max Falkenberg wird mit dem am 12.

Das Hindernis. Im alten Ensalen wurden bekanntlich beim

Nach dem Tode gehängt

Der Anfang dieser Begebenheit fällt in das jüdische Jahr

1883. Ein Freiheitskrieger durchstobte Polen und Litauen.

„In jenem toten Jahr sah ich in einer Wilnaer Geheime eine

Der Bauer kam ungehindert nach Wilna. Auf dem Rückwege

„Als in Wilna bekannt wurde, daß der Rabbi Masmit gehängt

„In allen jüdischen Tempeln der Stadt betete man für Mas-

„Dumpe Trommelschläge kündigten der Bevölkerung an, daß

„Durch die Wilnaer jüdischen Gassen aber tobte Jammergeschrei.

„Als Oberabbinder Barit das Schloß Murawjews verließ,

„32 Jahre später ging dieser Fluch in Erfüllung. Kurz vor Ab-

„Als ich die Figur Murawjews — eine eiserne Kette um den

„Als ich die Figur Murawjews — eine eiserne Kette um den

„Als ich die Figur Murawjews — eine eiserne Kette um den

„Als ich die Figur Murawjews — eine eiserne Kette um den

Kleine Chronik

Staatsanwalt Arsenko über die Reform des Sowjet-Straf-

Ein Neos Schubert-Abend wird man nicht so bald vergessen,







mit der Leitung der Sozialistischen Arbeiterparteiinternationale aufgenommen und setzt sich für den Aufbau einer englischen Arbeiterparteiorganisation ein.

### Baden und Schwimmen im Winter

Mit dem Anbruch des Winters mehren sich die Erkältungskrankheiten. Die Menschen sind dabei leicht geneigt, sich mehr als gewöhnlich und mehr als gut ist mit Kleidungsstücken auszustatten. Eine ganz falsche Maßnahme. Durch übertriebene Bekleidung im Winter wird dem Körper die Zufuhr von frischer Luft erschwert. Die Haut verwehrt, verliert an Strahlkraft und Elastizität; Stoff- und Blutwechsel werden unterbunden. — Der Mensch fühlt sich unwohl und ist krank.

Es gäbe kein besseres Mittel zur Heilung wie Baden und Schwimmen, wenn Vorurteile und Anekdoten über die Körperbehandlung so leicht zu belegen wären. Das wöchentliche Bad, auch im Winter, ist eine gesundheitsvolle Pflicht erster Ordnung. Wer gar die notwendige Reinigung mit der Verbesserung Schwimmen verbindet, empfängt doppelten Lohn für Geist und Körper. Schwimmen erhält jung, schön und elastisch. Das sind Eigenschaften, die heute hoch im Kurs stehen. In seltener Harmonie werden dabei Glieder und Muskeln betätigt. Die gesundheitsvollen Vorzüge sind unerschöpflich und verdienen weiteste Beachtung. Für den oft „verzärtelten und verbildeten“ weiblichen Körper sowie den sich im Wachstum und in der Entwicklung befindlichen Körper der Kinder ist Schwimmen die ideale Verbesserung. Nun gibt es leider noch viele Eltern und Erzieher, die die im Herbst vor kommenden Erkältungen dem Baden und Schwimmen zuschreiben. Ein ungerichtetes Urteil. Bei sachgemäßer Aufklärung über die Bade- regeln und der nötigen Anleitung ist die Wiederholung dieser An- sichten eine ziemlich leichte. Wer sich nach dem Bade ordentlich abtrocknet und frohrt, danach sich mit flottem Fußmarsch heim- wärts in die nötige Bewegung setzt, wird immer ein wohlge- und prächtiges Schicksal spüren. Blanke Augen und rote Wangen zeigen die gewonnene Frische des Körpers, und die vom Baden und Schwimmen gefäulerten Lungen atmen tief und gern die klare und staubfreie winterliche Luft.

Gerade im Winter, wo viele Menschen keine sonstige Frei- zeitsbewegung haben, sollten sie baden und schwimmen. Des Wassers Kraft, dieser uralte Heilquell, gewährt immer und immer wieder Geist und Körper allerbeste Pflege und Entfaltung.

### Der französische Sport

Was wissen Sie von ihm?

Die bürgerliche Sportmoral ist in allen Ländern tief gesunken. Im tiefsten Wühl scheint sie in Frankreich zu stehen, und zu den bisherigen Ständen gesellt sich nach der englischen Zeitung Athletic News ein neues Meisterstück hinzu. Die englische Sportzeitung meldet, daß ein französischer Sportverein in einer größeren Hafenstadt Nordfrankreichs, von der man tägliche Reise- verbindung nach England hat, folgendes Schreiben an Fußball- spieler Südbenglands sandte:

„Wieviel wollen Sie wöchentlich verdienen in englischem Gold und welche Prämien wünschen Sie im Falle eines Sieges oder bei unentschiedenem Spiel? Unser Verein ist bereit, Ihnen eine Probezeit zu gewähren, und zu diesem Zweck offeriert er Ihnen die Zahlung sämtlicher Reise- und Aufenthalts- kosten.“

Die Hauptrolle in diesen Skandalgeschichten hatte bisher der bürgerliche Fußballverband inne. In letzter Zeit scheint jedoch eine andere Sportart sämtliche Rekorde zu schlagen. Es ist die Leichtathletik.

Die Leichtathletikmannschaften bilden und lösen sich nur so im Handumdrehen. Jener Verein, Sieger in der Groß-Country- Meisterschaft, scheidet sich in wenigen Tagen von all seinen Läufern verlassen und jener andere, der mit Mühe dahin- lehte, gewinnt plötzlich an Ansehen und Wichtigkeit. Jener Meister- läufer, von Beruf Gärtner, wurde als Bankbeamter geheißen. Sein Nachbar, vom Nebenbuhler, ehemals Metallarbeiter, ist ebenfalls in dem Finanzinstitut eingereiht, das diesen Verein unterstützt. Die Eltern profitieren gleichfalls davon. Man ver- schafft ihnen Wohnungen und gibt ihnen auch Beschäftigung.

Nachdem die Rekrutierungsagenten mit den Parklern fertig waren, erinnerten sie sich der Mannschaft, die in Japan gastierte. Und als diese auf dem Heimweg war, führten einige Unterhändler sogar bis Berlin entgegen, um die Unterschrift einer Lizenz zu erhalten.

Es ist der Kampf bis aufs Messer zwischen Vereinen, die sich gegenseitig die Leute stehlen.

### Internationaler Geräte-Weltkampf

Die Freie Turnerschaft U l m a. d. Donau hatte die Städte- mannschaft Korschaach (Schweiz) verpflichtet und damit einen sehr guten Griff getan. Die Schweizer Mannschaften war durch zwei Internationale noch verstärkt worden. Nicht befehrt war die größte Turnhalle Ulms. Die geliebten Schweizer Kunstturner waren über- rascht, eine derart gute Mannschaft anzutreffen, wie sie Ulm selbst. Die Punktunterschiede am Barren und Pferd waren keine großen, am Reck machte es gar nur einen Punkt aus. Das Gesamtergebnis ist 743:721 für Korschaach. Die Leistungen beider Mannschaften fanden bei den Kritikern volle Anerkennung; das Publikum spendete begeistert Beifall.

### Ein Jugunfall

SPD Bielefeld, 8. Dezember. (Radio.)

Heute nacht um 1.30 Uhr entgleisten im Bahnhof Bielefeld sieben Wagen des Güterzuges 5237 Köln—Hannover. Der Pack- wagen stürzte auf die Maschine und überschlug sich. Die Lokomotive bohrte sich in die Erde, während der Tender in die Lokomotive hineingekobert wurde. Der Zugführer mußte von Hilfskräften aus dem Packwagen befreit werden. Er ist leicht verletzt. Hilfskolonnen wurden aus Gütersloh und Minden herbeigeholt. Der Personenzugverkehr Bielefeld—Herford mußte gesperrt werden. Die Angestellten bieten ein würdevolles Bild der Zerstörung. Der Sach- schaden ist noch nicht zu überschauen.

### Wetterbericht der Arbeiter-Turn- und Sportschule

Mitteleben, 0 Grad, 42 Zentimeter Schneehöhe, geföhrt. Stk und Nebel gut.  
Rippdorf, 0 Grad, 8 Zentimeter Schneehöhe, verhascht. Stk und Nebel mäßig.  
Frauenstein, 1 Grad Kälte, 5 Zentimeter Schneehöhe. Stk und Nebel mäßig.  
Oberwiesenthal, 1 Grad Kälte, 45 Zentimeter Schneehöhe, geföhrt. Stk und Nebel gut.  
Fichtelberg, 3 Grad Kälte, 50 Zentimeter Schneehöhe, geföhrt. Stk und Nebel sehr gut.  
Annaberg-Bühlberg, 1 Grad Kälte, 16 Zentim. Schneehöhe, gleich- mäßig. Stk und Nebel gut.  
Johanngeorgenstadt, 0 Grad, 22 Zentimeter Schneehöhe, 1 bis 2 Zentimeter Neuschnee. Stk und Nebel sehr gut.  
Schneeck, 3 Grad Kälte, schwacher Schneefall, 25 Zentimeter Schnee- höhe, 1 bis 2 Zentimeter Neuschnee. Stk und Nebel gut.  
In den schlesischen Gebirgen hat sich die Schneelage verstärkt. Die Sportverhältnisse haben sich weiter gebessert.

### Eingelaufene Schriften

Rust Grottel, Wilhelm Wölke, Der Mensch als Beherrscher der Natur. Verlag Der Büchertrödel S. m. b. H. Berlin.  
Günther Grottel, Schiffe am Himmel. Roman. Einige beschaltete Über- setzung aus dem Dänischen von Erwin Wegner. Verlag Albert Langen, München.  
Graf W. Pfeiffer, Die Fahrt in den Abend. Verlag Albert Langen, München.  
Graf W. Pfeiffer, Der geliebte Stroh. Ein Romanroman. Verlag Grottel & Co., Leipzig und Berlin.  
West-Bödingen, Helden des Wissens. Lebenswerke aus neuerer Zeit. Verlag von Siedler und Schöner, Stuttgart.  
Friedrich Wolf, Der Kampf im Koffenpost. Novellen. Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart, Berlin und Leipzig.  
Emanuel Kocott, Die Lemens. Der Roman einer Familie. J. G. Speidel'sche Verlagsbuchhandlung, Wien IX.  
Julien Green, Mont-Sinere. Roman. J. G. Speidel'sche Verlagsbuchhandlung, Wien.  
Paul Kompfmeier, Unter dem Sozialbengel. Verlag J. G. W. Diez Nachf., Berlin.  
H. Kletter und Hans Heilke, Und die Engeln langen. Ein lustiges Spiel aus anderen Tagen. Verlag Rudolf Kern, Wien XV.  
Professor Karl Grottel, Weltliche Hofstunde. Zweite, verbesserte Auflage. Mit 16 Tafeln. Verlag von Quelle & Meyer, Leipzig.  
Theodor Wiet, Das Kulturleben der Griechen und Römer in seiner Entwicklung. Verlag Quelle & Meyer, Leipzig.  
Hans Heilke, Philosophie des Organischen. Vierte, geführte und teilweise um- gearbeitete Auflage. Verlag von Quelle & Meyer, Leipzig.  
Dr. Ernst Feige, Hauswirtschaft und Hauswirtschaft. Verlag von Quelle & Meyer, Leipzig.  
E. Haack, Die Erde. Einführung in die Theologie. Verlag von Quelle & Meyer, Leipzig.  
Die jüdische Idee und ihre Träger. Beiträge zur Frage des jüdischen Liberalis- mus und Nationalismus. (Schriftenreihe der Jüdischen Rundschau, 1.) Verlag der Jüdischen Rundschau, Berlin W. 1.  
Werner Giermer, Nach Schlüsselberg. 3. Teil der Lebenserinnerungen. Verlag Berlin.  
Ernst Haack, Ernährung und Bekleidung. Rückblicke von Daumier bis Rothschilb. Verlag von Quelle & Meyer, Leipzig.  
Graf W. Pfeiffer, Im Lande der Gerechten. Der Roman einer Kindheit. Wäcker- schilde Gutenberg, Berlin.  
Gustav Wiet, Die Diktatur im Anarch. Verlag v. Theodor Wiet, Leipzig.  
Hans Otto Henel, Der Mann der Stunde. Kleine Erzählungen. Wäcker- schilde Gutenberg, Berlin.  
Grottel, Grottel, Das Schicksal hinter Liebe und Tod. Drei Novellen. Malen-Verlag, Stuttgart.

**S. Seidel-Sänger**  
Singspiele  
Thomaakirchhof 16 Telefon 26688  
Täglich abends 8 Uhr  
**Seidel-Sänger**  
Der Dezember-Spielplan  
= Ein Riesenerfolg =  
Neul Warenhaus Neul  
Der famos bunte Teil entfesselt  
wahre Lachstürme!  
Die zweite Frau  
mit Dir. Arthur Seidel sen.  
in der Titelrolle

**31.- oder Mantel**  
fertige ich Ihnen inkl.  
zweiter Zutat zu neben-  
stehenden Preisen an  
Lieferung prompt in  
ca. 10 Tagen  
**48.-** Ein Versuch und Sie  
sind dauernder Kunde  
**Eleg. Herren-Moden**  
**Fortschritt nur**  
Weststr. 61  
neben Bülthner

Telephon 52777  
**Waldo Oltersdorf**  
bittet Sie für morgen  
den 7. Dezember  
zu einem  
**Sondertanzabend**  
ins  
**Gosenschlöbchen**  
nach L.-Eutritzsch  
Straßenbahn 14, 16, 21

**Achtung!**  
Jeden Sonnabend  
erst ab 5 Uhr  
geöffnet!  
**20% Weihnachts-Rabatt**  
auf die Anzahlung während ich Vorzeiger  
dieses bei Kauf.  
**Auf Teilzahlung bis 24 Monatsraten**  
Damen-Mäntel ab 18.-  
Damen-Kleider ab 12.-  
Damen-Kostüme ab 12.-  
Damen-Röcke, Blusen, Schuhe,  
Strickkleidung, Wäsche billigst.  
Herren-Anzüge ab 25.-  
Herren-Mäntel ab 35.-  
Herren-Jaketen ab 30.-  
Herren-Paletots ab 30.-  
Herren-Knochen-Anzüge und Mäntel  
Mädchen-Kleider u. -Mäntel, Schuhe, Wäsche,  
Gardinen, Federbetten, Teppiche, Stopp-  
Dwandeln, Bilder, Eisen- u. Holzbestände,  
Möbel.  
**Wuhl, Brühl 10-12, 11.**  
und auch Filiale Kreuzstraße 20 (Laden)  
Sonn- tag von 2-6 geöffnet.  
**Achtung!**  
Jeden Sonnabend  
erst ab 5 Uhr  
geöffnet!

Jeden  
Freitag Ball.  
Jeden  
Freitag und  
Sonntag Ball.  
**Grüne Schante**  
**Stadt Lützen**

Heute bis Sonntag ab 5 Uhr:  
Das gewaltigste Filmwerk!  
**Geschlecht  
in Fesseln**  
Ein Film von der Sexualnot  
einsamer Menschen!  
In den Hauptrollen:  
Mary Johnson, Wilhelm  
Dieterle, Gunnar Tolnæs  
usw.  
Außerdem:  
**„Eisbrecher Krassin“**  
sowie das weitere glänz. Programm.  
Jugendliche haben keinen Zutritt  
Anfangszeiten  
5.00, 7.00 und 8.45 Uhr.

**20% Rabatt**  
auf alle  
**Uhren u. Goldwaren**  
wegen Abbruch des  
Ladens  
**Uhrenhandlung**  
**Carl Schumann**  
Otto-Schill-Str. 11.

Refer  
der Volksbegehung  
berücksichtigt  
nur unsere  
Interessent!

**Butter**  
Den Wunsch der Hausfrau:  
„gutgeratene Stollen“  
erfüllen wir!  
Verwenden Sie unsere erprobten Qualitäten in  
**Back-Artikeln**  
Schmelz-Butter allerfeinsten. . . Pfd. 2 40  
Schmelz-Margarine  
feinste bayr. . . . . Pfd. 1.10 80  
Stollenmehl Nossings allerfeinstes, er-  
probt, gut. . . . . 5-Pfd.-Beutel 125  
Sultaninen gute helle extrissimas . . Pfd. 60  
Sultaninen besond. helle Auslese. Pfd. 85  
Korinthen beste choise Amaltes . . Pfd. 75  
Mandeln süß und bitter . . . . . Pfd. 220  
Zitronat . . . . . Pfd. 160  
Dazu die gute  
Bordens-Milch . . . . . Dose nur 58  
Trotz der billigen Preise auch auf Backwaren  
unseren bekannten hohen Rabatt  
**Ganz besonders billig!**  
**8 große Backeler 98**  
nur  
**Noffing**  
Hauptgeschäft: **Brühl** Ecke Rich-Wagnerpl.  
Außerdem folgende Filiale:  
Jubelparkplatz 22 — Breite Straße, Ecke Beucher Straße — Dammringstraße 34  
Hollische Straße, Ecke Lautenstraße — Bayerische Straße 96 — Pogauer Straße 1-3  
Pergstraße 31 — Zichowstraße 51 — Eisenbahnstraße 121

**Stellenangebote**  
Zum baldigen Antritt gesucht  
hinnerer  
**Modelltiichler**  
aus dem Gebiet des Kreiselumpen-  
u. Dampfmaschinenbaues, möglichst  
m. Weiterzeugnis, Schreibgewandt,  
der mit Tischlerei-Afforden. Bei-  
scheid weiß und sich als Vorarbeiter  
eignet, als Kontrollleur für fertige  
Modelle mit Aussicht auf späteren  
Weiterposten. Angeb. u. K. 9 an  
die Exp. d. Bl., Tauch. Str. 19/21

**Mehreze tüchtige  
Stiftemacher**  
für Drahtstift-Schnell-  
pressen und Schlag-  
maschinen für Stifte-  
fabrik nach außerhalb  
lokal gesucht.  
Ausführl. Bewer-  
bungen nebst Beug-  
nisabschriften unter  
Angabe des Alters,  
Art und Dauer der  
bisherigen Beschäf-  
tigung, frühesten  
Eintritt unter 2. 10  
an die Expedition  
d. Blatt., Lauthaer  
Straße 19/21.  
**Intelligente**  
Verkauf, z. Belud u.  
Vrionatfundst. ge-  
sucht. Wochenver-  
d. nach n. unt 100 Mt.  
Berthold, Querk, 2 b

Schulung für eine  
Stund. tägl. gelucht  
K. Deime-St. 78 111111

**Verkaufe**  
Auf Kredit  
Herrenanzüge  
mit 10 Mark Anzahlung  
**Scherbel**  
Markt 2  
(Reihhausstr.)  
**Pelze**  
auf Teilzahlung  
— gleiche Werte —  
wie bei Barzahlung  
1. Rate: 1. 1. 1929  
Eigene Fabrikation  
Große Auswahl  
Berliner-Deberich  
Rifoligstraße 2, nur  
1 Etage, Ecke  
Criminallische Straße  
(gegenüber Füllin)  
**Auf Kredit**  
Wettstellungen mit  
20 Mark  
mit 5 Mark Anzahlung  
4888. Waver. Kauf-  
Haus Hoffmann  
Rathhaus 10, 1. Etage  
**Maurer-**  
Werkzeuge  
und Reparaturen  
Eckardt, Soubstant, 10